

2002

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK
BANQUE NATIONALE SUISSE
BANCA NAZIONALE SVIZZERA
BANCA NAZIUNALA SVIZRA ☒

95. Geschäftsbericht

Ziele und Aufgaben der Nationalbank

Auftrag

Die Schweizerische Nationalbank ist beauftragt, als unabhängige Zentralbank die Geld- und Währungspolitik zu führen. Diese schafft zusammen mit der Finanzpolitik und der Wettbewerbspolitik die grundlegenden Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft. Die Nationalbank hat sich gemäss Verfassung und Gesetz vom Gesamtinteresse des Landes leiten zu lassen. Sie erachtet das Ziel der Preisstabilität als vorrangig.

Preisstabilität

Preisstabilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Inflation und Deflation erschweren die Entscheide von Konsumenten und Produzenten, stören die Wirtschaftsentwicklung und benachteiligen die wirtschaftlich Schwächeren. Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einem Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise von unter 2% pro Jahr gleich. Bei der Festlegung der Geldpolitik orientiert sie sich an einer Inflationsprognose.

Erleichterung des Zahlungsverkehrs

Die Erleichterung des Zahlungsverkehrs gehört zu den wichtigen Aufgaben der Nationalbank. Zusammen mit den Banken und der Post ist sie eine Hauptträgerin des Zahlungsverkehrssystems.

Gewährleistung der Bargeldversorgung

Die Nationalbank verfügt von Gesetzes wegen über das Monopol zur Ausgabe von Banknoten. Sie versorgt die Wirtschaft mit Noten, die hohen Qualitäts- und Sicherheitsansprüchen genügen. Im Auftrag des Bundes obliegt ihr auch die Münzverteilung.

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Im bargeldlosen Zahlungsverkehr engagiert sich die Nationalbank im Bereich der Zahlungen zwischen den Banken. Diese Zahlungen werden im Swiss Interbank Clearing (SIC) abgewickelt.

Anlage der Währungsreserven

Die Nationalbank ist zuständig für die Anlage der Währungsreserven (Gold, Devisen, internationale Zahlungsmittel). Die Währungsreserven sichern das Vertrauen in den Franken, dienen zur Vorbeugung und Überwindung von Krisen und können für Interventionen am Devisenmarkt eingesetzt werden.

Stabilität des Finanzsystems

Die Stabilität des Finanzsystems wird in erster Linie durch solide Marktteilnehmer und eine wirksame Bankenaufsicht gewährleistet. Die Bankenaufsicht ist Aufgabe der Eidgenössischen Bankkommission. Der Beitrag der Nationalbank besteht darin, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zu führen und bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Finanzplatz Schweiz mitzuwirken.

Statistik

Die Nationalbank erstellt verschiedene Statistiken, insbesondere die Bankenstatistik und die Zahlungsbilanz der Schweiz.

Tätigkeiten für den Bund

Die Nationalbank berät die Bundesbehörden in währungspolitischen Fragen. Sie wirkt zudem als Bank des Bundes.

Schweizerische Nationalbank
95. Geschäftsbericht 2002

Inhalt

4	Vorwort
6	Überblick über die Wirtschaftsentwicklung
7	1 Ausland
7	1.1 Wirtschaftliche Entwicklung
13	1.2 Geldpolitik
14	1.3 Finanzpolitik
16	1.4 Devisenmärkte
18	1.5 Finanzmärkte
21	2 Schweiz
21	2.1 Wirtschaftliche Entwicklung
30	2.2 Finanzpolitik
32	2.3 Finanzmärkte
36	Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank
37	1 Konzept
42	2 Durchführung
46	Rechtliche Rahmenbedingungen
47	1 Volksabstimmung über die Goldinitiative und den Gegenvorschlag der Bundesversammlung
48	2 Totalrevision des Nationalbankgesetzes
49	3 Neue Gewinnausschüttungsvereinbarung
50	Weitere Notenbankaufgaben
51	1 Anlage der Aktiven
51	1.1 Grundlagen
52	1.2 Monetäre Devisenreserven
54	1.3 Franken-Obligationen
54	1.4 Goldleihe und Goldreserven
55	1.5 Freie Aktiven
56	1.6 Risikomanagement
58	2 Zahlungsverkehr
58	2.1 Grundlagen
58	2.2 Bargeldloser Zahlungsverkehr
61	2.3 Bargeldversorgung
62	3 Statistik
63	4 Dienstleistungen für den Bund
64	5 Zusammenarbeit mit Bundesstellen
64	5.1 Teilrevision des Bankengesetzes
64	5.2 Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission
65	5.3 Spezialfonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa
66	6 Internationale Zusammenarbeit
66	6.1 Mitwirkung beim Internationalen Währungsfonds
67	6.2 Mitwirkung in der Zehnergruppe
68	6.3 Mitwirkung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
69	6.4 Währungshilfekredite
69	6.5 Technische Hilfe und Ausbildung
69	6.6 Studienzentrum Gerzensee

70		Die Nationalbank als Unternehmen
71	1	Organisation
73	2	Personal und Ressourcen
75	3	Landesausstellung Expo.02
76	4	Personelle Änderungen in Bankbehörden und Direktion
80		Finanzielle Berichterstattung
81	1	Erfolgsrechnung 2002
82	2	Bilanz per 31. Dezember 2002
84	3	Anhang per 31. Dezember 2002
84		3.1 Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit
84		3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
86		3.3 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Bilanz
107		3.4 Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften
109	4	Anträge des Bankrates an die Generalversammlung der Aktionäre
110	5	Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre
112		Chronik und Medienmitteilungen
113	1	Chronik
114	2	Medienmitteilungen der Nationalbank zur Geldpolitik
120		Tabellen und Aufstellungen
121	1	Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane
128	2	Organigramm
130	3	Publikationen
132	4	Adressen der Sitze und Zweiganstalten

Die in Erfolgsrechnung, Bilanz und Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Das Total kann deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Die Angaben 0 und 0,0 sind gerundete Werte. Sie bedeuten, dass weniger als die Hälfte der verwendeten Einheit, jedoch mehr als nichts vorhanden ist (gerundete Null). Ein Strich (-) an Stelle einer Zahl zeigt an, dass nichts vorhanden ist (echte Null).

Sehr geehrte Damen und Herren

Das vergangene Jahr hat in wirtschaftlicher Hinsicht die Erwartungen enttäuscht. Der Konjunkturaufschwung verzögerte sich und wird nun für das laufende Jahr erwartet. Der Kursrückgang an den Aktienmärkten setzte sich fort. Damit wurden offensichtliche Übertreibungen in einzelnen Bereichen korrigiert. Der Einbruch der Aktienkurse wurde mitverursacht durch verschiedene Finanzskandale, in die auch namhafte Unternehmen verwickelt waren und die zu einem empfindlichen Vertrauensverlust führten. Die Folgen der Aktienbaisse und der Finanzskandale waren nicht nur bei der Konjunkturerholung spürbar, sondern hinterliessen auch im Finanzsektor tiefe Spuren.

Die Schweiz blieb von diesen Entwicklungen nicht verschont. Das Wirtschaftswachstum blieb bei geringer Teuerung schwach und die Arbeitslosigkeit nahm zu. Die Lage unserer Wirtschaft wurde durch die Höherbewertung des Frankens auf den Devisenmärkten zusätzlich erschwert.

Die Nationalbank reagierte auf die Verschlechterung der Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft mit einer weiteren, deutlichen Lockerung ihrer Geldpolitik. In der Folge fielen nicht nur die kurzfristigen, sondern auch die langfristigen Zinssätze auf langjährige Tiefststände. Damit sind die monetären Voraussetzungen für eine Konjunkturerholung in der Schweiz gegeben, sobald wieder günstige Impulse von der Weltwirtschaft ausgehen.

Am 26. Juni 2002 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur Totalrevision des Nationalbankgesetzes zuhanden des Parlamentes. Damit wird eine umfassende Modernisierung des Grundstatuts der Nationalbank angestrebt. Die parlamentarische Beratung des Gesetzesentwurfs wurde unterdessen aufgenommen.

Am 22. September verwarfen Volk und Stände sowohl eine Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag der Bundesversammlung für die Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf des für die Geldpolitik nicht mehr benötigten Goldes der Nationalbank. Damit bleiben die Verkaufserlöse vorläufig im Eigentum der Nationalbank und die politische Diskussion über deren Verwendung wird weitergeführt.

Entsprechend einer neuen Vereinbarung mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement über die Gewinnausschüttung wird die Nationalbank für das Geschäftsjahr 2002 erstmals einen Betrag von 2,5 Mrd. Franken an Bund und Kantone ausschütten.

Wir danken den Bankbehörden sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Unterstützung im vergangenen Jahr.

Bern, 7. März 2003

Dr. Hansueli Raggenbass

Präsident des Bankrates

Dr. Jean-Pierre Roth

Präsident des Direktoriums

Überblick über die Wirtschaftsentwicklung

1 Ausland

1.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Im Jahre 2002 entwickelte sich die Konjunktur enttäuschend. Nach dem Abschwung im Vorjahr kam die Erholung in den meisten OECD-Ländern nur schleppend in Gang. Zwischen den verschiedenen Regionen der Welt gab es zudem erhebliche Wachstumsunterschiede. Nordamerika sowie die Mehrzahl der Industrie- und Schwellenländer Asiens verzeichneten überdurchschnittliche Zuwachsraten, während Europa insgesamt in einer Konjunkturflaute verharrte. In Japan zeichnete sich eine Belebung ab, doch blieb das Wachstum unausgewogen. Auch konnten die strukturellen Probleme der japanischen Wirtschaft nicht überwunden werden. In Lateinamerika hatten mehrere Länder mit einer Wirtschafts- und Finanzkrise zu kämpfen.

Zögernde Erholung

Als Folge der anhaltenden Konjunkturschwäche erhöhte sich das Welthandelsvolumen, das im Vorjahr stagniert hatte, im Jahre 2002 nur wenig. Ausserhalb der OECD nahm der Handel stärker zu als zwischen den OECD-Ländern. In den neunziger Jahren hatte sich das Welthandelsvolumen beträchtlich ausgedehnt.

Geringe Belebung des Welthandels

In den ersten Monaten des Jahres 2002 entwickelte sich die internationale Konjunktur vielversprechend. Die Stimmungslage hellte sich bei Unternehmen und Konsumenten auf und die Industrieproduktion begann zu steigen. Dazu trugen die Lockerung der Geldpolitik der Zentralbanken und der Rückgang der Erdölpreise im Vorjahr bei. Bei der Investitionstätigkeit zeichnete sich eine Erholung ab, da sich die Gewinnerwartungen besserten und die Aktienkurse nach den Einbrüchen im Vorjahr an Boden gewannen. Konjunkturstützend wirkte in der ersten Jahreshälfte insbesondere die kräftige Nachfrage nach Konsumgütern in den USA.

Vorerst günstige Aussichten

Entgegen den Erwartungen kam die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte nicht in Schwung. Bereits vor der Jahresmitte begannen sich die ungünstigen Entwicklungen zu häufen. Im zweiten und dritten Quartal brachen die Aktienkurse erneut ein, unter anderem infolge von Unregelmässigkeiten in der Rechnungslegung verschiedener Unternehmen. In wichtigen Branchen, vor allem in der Telekommunikationsindustrie, mussten weitere umfangreiche Abschreibungen vorgenommen werden. Die Konjunkturstimmung litt ausserdem unter einer zunehmenden Verschlechterung der geopolitischen Lage. In der Folge zogen die Erdölpreise an und Ende Dezember kostete das Fass Rohöl Brent mit 30,15 Dollar 46,6% mehr als zu Jahresbeginn. Wegen der erhöhten Unsicherheit blieb vor allem die Investitionstätigkeit der Unternehmen flau.

Ernüchterung im weiteren Verlauf des Jahres

Im vierten Quartal reagierten die Zentralbanken der USA und des Euro-Währungsgebietes auf die konjunkturelle Abkühlung mit einer weiteren Senkung der Leitzinsen. Erleichtert wurde diese Lockerung durch den nachlassenden Teuerungsdruck.

Lockerung der Geldpolitik

**Konjunkturaufhellung
in den USA**

In den USA belebte sich die Konjunktur im Jahre 2002 stärker als in den meisten anderen Industrieländern. Das Wachstum blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück. Das reale Bruttoinlandprodukt stieg um 2,3%, nachdem es im Vorjahr annähernd stagniert hatte. Die wesentlichen Wachstumsbeiträge kamen vom privaten Konsum und den Wohnbauinvestitionen, die durch das tiefe Zinsniveau und steigende Immobilienpreise gestützt wurden. Dagegen erhöhten sich die Unternehmensinvestitionen nur geringfügig. In der ersten Jahreshälfte trugen zudem ein starker Lageraufbau sowie deutlich steigende Exporte zur Erholung bei. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie verharrte auf dem Niveau des Vorjahres. Die Konjunkturerholung ging mit einem starken Zuwachs der Produktivität einher. Aus diesem Grunde nahm die Beschäftigung nur wenig zu und die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um einen Prozentpunkt auf fast 6%.

**Zunahme des
Ertragsbilanzdefizites in den
USA**

Infolge der steigenden Binnennachfrage stiegen die Importe in den USA im ersten Halbjahr beträchtlich stärker als die Exporte. Damit nahm das Defizit der Ertragsbilanz im Jahre 2002 weiter auf rund 5% des Bruttoinlandproduktes zu.

**Wachstumsschwäche im
Euro-Währungsgebiet**

Im Euro-Währungsgebiet schwächte sich das Wachstum des Bruttoinlandproduktes auf 0,8% ab, verglichen mit 1,5% im Vorjahr. Überdurchschnittlich stark war das Wachstum in Frankreich, Spanien und verschiedenen kleinen Ländern, während die Wirtschaft in Deutschland und in Italien annähernd stagnierte. Stützend wirkten in der Euro-Zone zunächst eine Belebung der Exporte sowie eine leichte Zunahme des privaten und des staatlichen Konsums, doch liessen diese Auftriebskräfte in der zweiten Jahreshälfte nach. Die Investitionen gingen weiter zurück. Die flauere Konjunktur schlug sich in einer steigenden Arbeitslosigkeit nieder. Die Arbeitslosenquote, die in den Vorjahren zurückgegangen war, erhöhte sich von 8,1% im Januar auf 8,5% im Dezember. Infolge der Belebung der Exporte ergab sich in der Ertragsbilanz ein Überschuss von knapp 1% des Bruttoinlandproduktes, nach einem ausgeglichenen Ergebnis im Vorjahr.

**Bessere Lage im Vereinigten
Königreich**

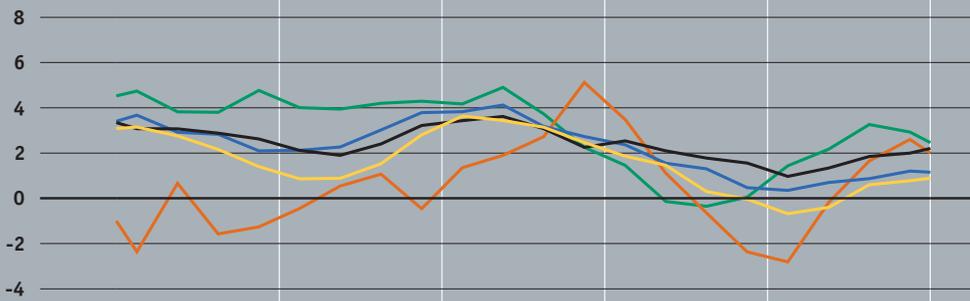
Verglichen mit dem Euro-Währungsgebiet entwickelte sich die Konjunktur im Vereinigten Königreich günstiger. Zwar schwächte sich das Wachstum aufgrund einer rückläufigen Investitionstätigkeit um einen halben Prozentpunkt auf 1,5% ab, doch erhöhte sich der private Konsum kräftig. Dazu trug auch die mit einer Arbeitslosenquote von 5,2% vergleichsweise günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt bei. Die Exporte verloren wie in den meisten anderen Industrieländern im Laufe des Jahres an Kraft.

Leichte Besserung in Japan

Die japanische Wirtschaft belebte sich nach dem Konjunkturreinbruch des Vorjahres nur wenig. Vor allem die Exporte nach Asien entwickelten sich dynamisch. Auch der private Konsum erhöhte sich, trotz einer weiterhin trüben Konsumentenstimmung. Die Investitionstätigkeit blieb dagegen volatil, unter anderem als Folge der anhaltenden Strukturprobleme der japanischen Wirtschaft. Diese hatten einen weiteren Rückgang der Beschäftigung zur Folge, so dass sich die Arbeitslosenquote auf durchschnittlich 5,5% erhöhte.

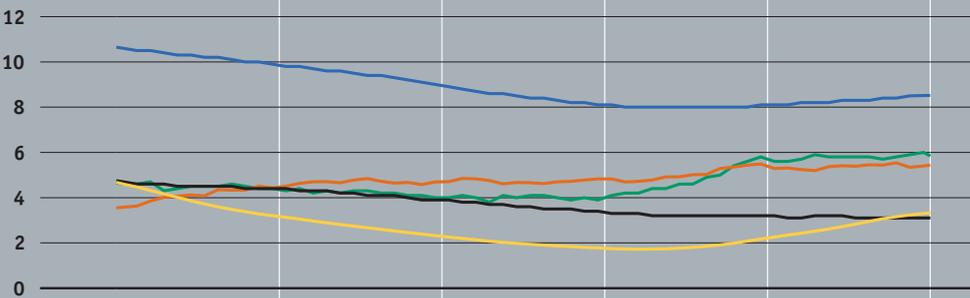
Bruttoinlandprodukt

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.
 Quelle: OECD



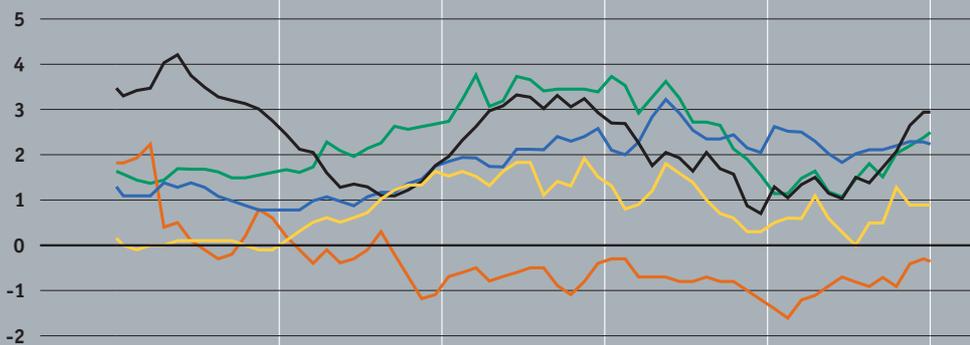
Arbeitslosigkeit

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Saisonbereinigt, in Prozent.
 Quelle: OECD



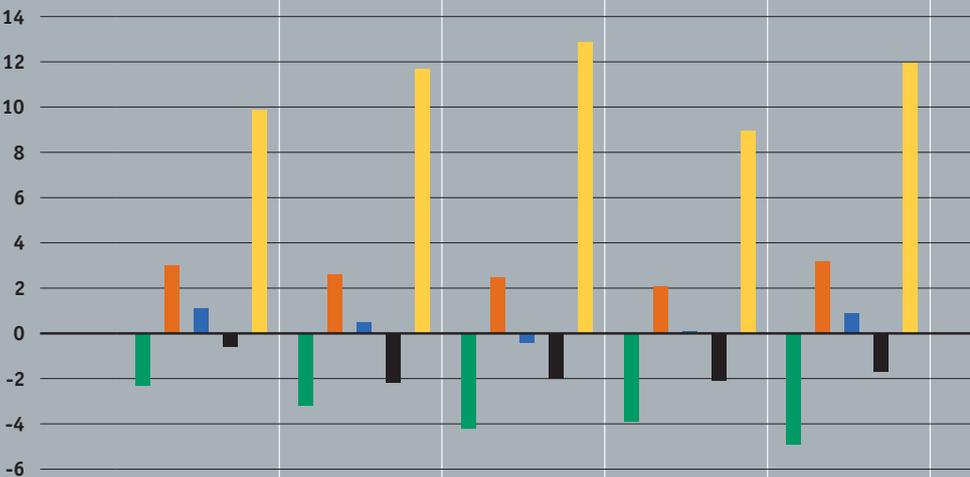
Teuerung

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 In Prozent.
 Quelle: OECD



Ertragsbilanz

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Saldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes.
 Quelle: OECD



Übersicht Konjunktorentwicklung

	1998	1999	2000	2001	2002
Reales Bruttoinlandprodukt Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent					
USA	4,3	4,1	3,8	0,3	2,3
Japan	-1,1	0,7	2,6	-0,3	0,3
Euro-Währungsgebiet	2,9	2,8	3,6	1,5	0,8
Deutschland	2,0	2,0	2,9	0,6	0,4
Frankreich	3,5	3,2	4,2	1,8	1,0
Italien	1,8	1,6	2,9	1,8	0,3
Vereinigtes Königreich	2,9	2,4	3,1	2,0	1,5
Schweiz	2,4	1,5	3,2	0,9	0,1

Arbeitslosigkeit in Prozent

USA	4,5	4,2	4,0	4,8	5,8
Japan	4,1	4,7	4,7	5,0	5,5
Euro-Währungsgebiet	10,2	9,4	8,4	8,0	8,3
Deutschland	8,7	8,0	7,3	7,3	7,8
Frankreich	11,5	10,7	9,4	8,7	9,0
Italien	11,9	11,5	10,7	9,6	9,2
Vereinigtes Königreich	6,3	5,9	5,4	5,1	5,2
Schweiz	3,9	2,7	2,0	1,9	2,8

Teuerung auf Konsumstufe in Prozent

USA	1,5	2,2	3,4	2,8	1,6
Japan	0,7	-0,3	-0,7	-0,7	-1,1
Euro-Währungsgebiet ¹	1,2	1,1	2,4	2,5	2,4
Deutschland ¹	0,6	0,6	2,1	2,4	1,6
Frankreich ¹	0,7	0,6	1,8	1,8	1,9
Italien ¹	2,0	1,7	2,6	2,3	2,5
Vereinigtes Königreich ²	2,7	2,3	2,1	2,1	2,0
Schweiz	0,0	0,8	1,5	1,0	0,6

Ertragsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes

USA	-2,3	-3,2	-4,2	-3,9	-4,9
Japan	3,0	2,6	2,5	2,1	3,2
Euro-Währungsgebiet	1,1	0,5	-0,4	0,1	0,9
Deutschland	-0,3	-0,9	-1,1	0,1	2,0
Frankreich	2,7	2,9	1,3	1,6	1,8
Italien	1,9	0,7	-0,5	-0,0	-0,8
Vereinigtes Königreich	-0,6	-2,2	-2,0	-2,1	-1,7
Schweiz	9,9	11,7	12,9	9,1	11,9

1 Harmonisierte Teuerung
 2 Teuerung ohne
 Hypothekarkosten
 Die Zahlen für das Jahr 2002
 sind zum Teil geschätzt.
 Quelle: OECD

Die Teuerung auf Konsumstufe bildete sich im Jahre 2002 in den meisten Industrieländern zurück oder blieb tief. In den USA sank sie im Jahresdurchschnitt auf 1,6%, verglichen mit 2,8% im Vorjahr. Im Euro-Währungsgebiet trieben zu Beginn des Jahres Sonderfaktoren – unter anderem ein ausserordentlicher Anstieg verschiedener Lebensmittelpreise sowie Steuererhöhungen – die Teuerung nach oben. Die Einführung des Euro-Bargeldes zu Beginn des Jahres dürfte entgegen den Befürchtungen insgesamt nur wenig zum Teuerungsanstieg beigetragen haben, obschon es vereinzelt zu kräftigen Preisaufschlägen kam. Im weiteren Verlauf des Jahres schwächte sich die Teuerung ab, verharrte jedoch auch in der zweiten Jahreshälfte über der Marke von 2%. Zwischen den einzelnen Ländern der Euro-Zone gab es erhebliche Unterschiede. In Deutschland, Belgien, Österreich und Frankreich lag die Teuerung unter 2%; in Spanien, Portugal, Griechenland und den Niederlanden betrug sie zwischen 3,5% und 4% und in Irland fast 5%. Im Vereinigten Königreich belief sich die Teuerung auf unverändert 2%.

Rückgang der Teuerung in den USA und in Europa

In Japan bildete sich das Preisniveau im vierten aufeinander folgenden Jahr zurück. Es sank um durchschnittlich 1,1%, verglichen mit einem Rückgang von 0,7% im Vorjahr.

Deflation in Japan

Die meisten asiatischen Industrie- und Schwellenländer, insbesondere Südkorea, fanden im Jahre 2002 zu einem höherem Wachstum zurück, nachdem die Konjunktur im Vorjahr eingebrochen war. Eine expansivere Geld- und Fiskalpolitik sowie eine Belebung des Handels innerhalb Asiens stützten die Erholung. Flau blieb die Konjunktur in Hongkong und in Indonesien. Während in Hongkong eine unsichere wirtschaftspolitische Zukunft die Entwicklung beeinträchtigte, litt Indonesien unter den Folgen eines Terroranschlags.

Unterschiedliche Konjunktur in Asien

Die chinesische Wirtschaft wies infolge umfangreicher staatlicher Unterstützung sowie hohen Auslandsinvestitionen das stärkste Wachstum der Region auf. Viele Industriebetriebe waren indessen auf staatliche Hilfe angewiesen, was Zweifel an der Nachhaltigkeit des Wachstums aufkommen liess.

Staatliche Stützung in China

Das reale Bruttoinlandprodukt erhöhte sich in den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas weniger stark als im Vorjahr. Konjunkturstützend wirkten hauptsächlich die Exporte. Die Binnennachfrage, insbesondere die Investitionstätigkeit, wuchs dagegen nur geringfügig. Die Teuerung war weiter rückläufig.

Schwaches Wachstum in Mittel- und Osteuropa ...

Auch in Russland schwächte sich das Wachstum des realen Bruttoinlandproduktes ab. Während der private und staatliche Konsum sowie die Ölexporte die Konjunktur stützten, verlangsamte sich das Investitionswachstum deutlich. Die Zunahme der Exporterlöse führte zu einem Anstieg der Währungsreserven und zu erheblichen Haushaltsüberschüssen. Diese Überschüsse dienten unter anderem der Rückzahlung von Auslandsschulden.

... und in Russland

Erholung in der Türkei

In der Türkei erholte sich die Konjunktur von der Krise des Vorjahres. Da die Landeswährung massiv an Wert verlor, belebte sich insbesondere die Exportfähigkeit kräftig. Obschon die Inflation im Laufe des Jahres sank, betrug sie am Jahresende noch immer mehr als 30%. Die Konjunkturerholung wurde zudem durch eine Erhöhung der Risikoprämie auf Zinsen beeinträchtigt, welche die unstabile politische Lage widerspiegelte.

Kritische Lage in Argentinien und Brasilien

In Argentinien verschärfte sich die seit mehreren Jahren anhaltende Rezession. Das Land musste Anfang 2002 die langjährige feste Bindung der einheimischen Währung an den Dollar aufgeben. Als Folge beschleunigte sich die Inflation stark. Gegenüber ausländischen Gläubigern musste Zahlungsunfähigkeit erklärt werden. Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über ein neues Wirtschafts- und Kreditprogramm scheiterten. Die Krise in Argentinien griff auf die Nachbarländer Uruguay und Paraguay über. Uruguay erhielt von den internationalen Finanzinstitutionen umfangreiche Mittel zur Stützung des mit massiven Kapitalabflüssen kämpfenden Bankensystems. In Brasilien führte die Ungewissheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen zu einem Anstieg der Risikoprämie auf Staatspapieren und zu einer beträchtlichen Abwertung der Währung. Um aufkommenden Befürchtungen einer Zahlungsunfähigkeit des Landes entgegenzuwirken, gewährte der IWF Brasilien Anfang September einen Rahmenkredit von 30 Mrd. Dollar. In den anderen grossen Ländern Lateinamerikas entwickelte sich die Wirtschaft uneinheitlich. Während die mexikanische Wirtschaft weiterhin leicht wuchs, verlangsamte sich das Wachstum in Chile.

1.2 Geldpolitik

Die Zentralbanken der USA und der Euro-Zone liessen ihre Leitzinsen bis gegen Ende des Jahres 2002 unverändert, nachdem sie diese im Vorjahr schrittweise gesenkt hatten. Im November und im Dezember wurde die Geldpolitik weiter gelockert, um die Konjunktur zu stützen.

Die amerikanische Zentralbank reduzierte ihren Leitzins, den Satz für Tagesgeld, Anfang November um einen halben Prozentpunkt auf 1,25%. Der Leitzins war bereits im Vorjahr massiv, um insgesamt 4,75 Prozentpunkte, gesenkt worden.

Die schwache Konjunktur bewog die Europäische Zentralbank (EZB) Anfang Dezember, den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um einen halben Prozentpunkt auf 2,75% zu senken. Gestützt wurde dieser Entscheid durch zunehmende Anzeichen, dass die Teuerung in absehbarer Zeit unter die von der EZB festgelegte Obergrenze für Preisstabilität von 2% fallen würde. Auch die schwedische und die norwegische Zentralbank lockerten ihre Geldpolitik. Dagegen liess die britische Zentralbank ihren Leitzinssatz während des gesamten Jahres unverändert.

Die japanische Zentralbank dehnte die Bankenliquidität weiter aus, um die Wirtschaft zu stimulieren und der Deflation entgegenzutreten. Der Zinssatz für Tagesgeld verharrte während des ganzen Jahres bei null Prozent.

Lockerung der Geldpolitik im vierten Quartal

Leitzinssenkungen in den USA ...

... und in Europa

Null-Prozent-Zinsen in Japan

1.3 Finanzpolitik

Verschlechterung der öffentlichen Finanzen

Die Staatshaushalte schlossen im Jahre 2002 in nahezu allen OECD-Ländern markant schlechter ab als im Vorjahr. Zum Anstieg der Defizite trug hauptsächlich die schwache Konjunktur bei, die geringere Steuereinnahmen sowie höhere Ausgaben für die Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. In den USA schlugen zudem zusätzliche Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit zu Buche.

Defizite in den USA und im Vereinigten Königreich

Sowohl die USA als auch das Vereinigte Königreich wiesen ein Defizit im staatlichen Haushalt auf, nachdem in den Vorjahren teilweise erhebliche Überschüsse erzielt worden waren. In den USA vergrösserte sich der Fehlbetrag gemäss der OECD von 0,5% auf 3,1% des Bruttoinlandproduktes. Im Vereinigten Königreich verzeichnete der Staatshaushalt erstmals seit 1997 ein Defizit. Es belief sich auf 1,4%, verglichen mit einem Überschuss von 0,7% im Vorjahr. Die Staatsverschuldung (brutto) stieg in den USA um einen Prozentpunkt auf 61%, während sie im Vereinigten Königreich bei 51% des Bruttoinlandproduktes verharrte.

Steigende Defizite in der Euro-Zone ...

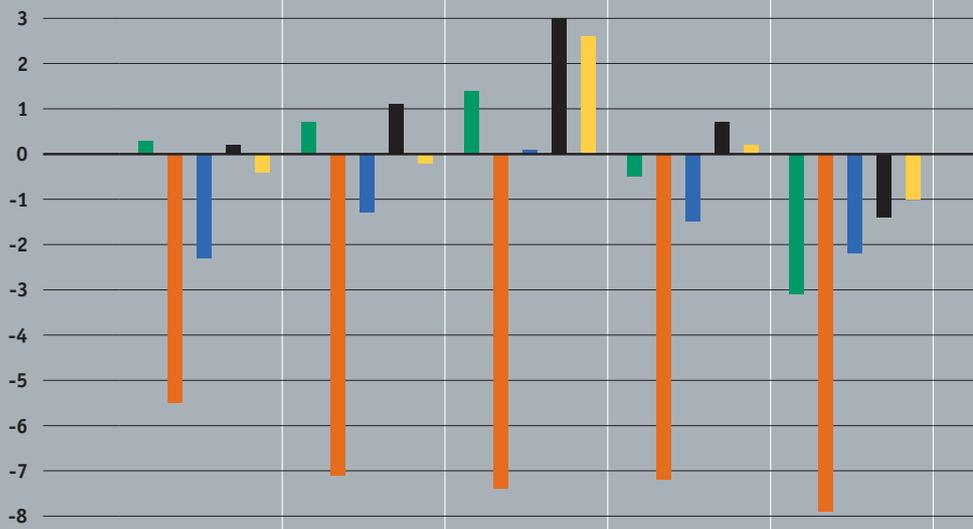
In den meisten Ländern des Euro-Währungsgebietes weitete sich das Haushaltsdefizit aus. Insgesamt ergab sich gemäss der OECD für das Jahr 2002 ein Fehlbetrag von 2,2% des Bruttoinlandproduktes. In Deutschland überstieg das staatliche Defizit mit 3,7% die im Maastrichter Vertrag festgelegte Grenze erheblich, nachdem diese im Vorjahr noch eingehalten werden konnte. In Frankreich verdoppelte sich der Fehlbetrag auf 2,7% und in Italien verharrte er mit 2,3% im Rahmen des Vorjahres. Nur wenige kleine Länder der Euro-Zone erzielten noch einen Überschuss. Die aggregierte Staatsverschuldung der Euro-Zone erhöhte sich von 72% im Vorjahr auf 73% des Bruttoinlandproduktes. In Frankreich und Deutschland bewegte sie sich im Rahmen des Maastrichter Kriteriums von 60%. Die höchste Verschuldung wiesen Italien (110%), Belgien (108%) und Griechenland (107%) auf, die tiefste Irland (36%) und Luxemburg (6%).

... und in Japan

Das Defizit des japanischen Staatshaushaltes nahm gemäss der OECD auf 7,9% des Bruttoinlandproduktes zu, verglichen mit 7,2% im Vorjahr. Der starke Anstieg der öffentlichen Verschuldung, der Anfang der neunziger Jahre begonnen hatte, setzte sich fort. Die Verschuldung weitete sich um 10 Prozentpunkte auf 143% des Bruttoinlandproduktes aus. Netto ist die Verschuldung in Japan indes nur etwa halb so gross, da die Sozialversicherungen hohe Aktiven aufweisen.

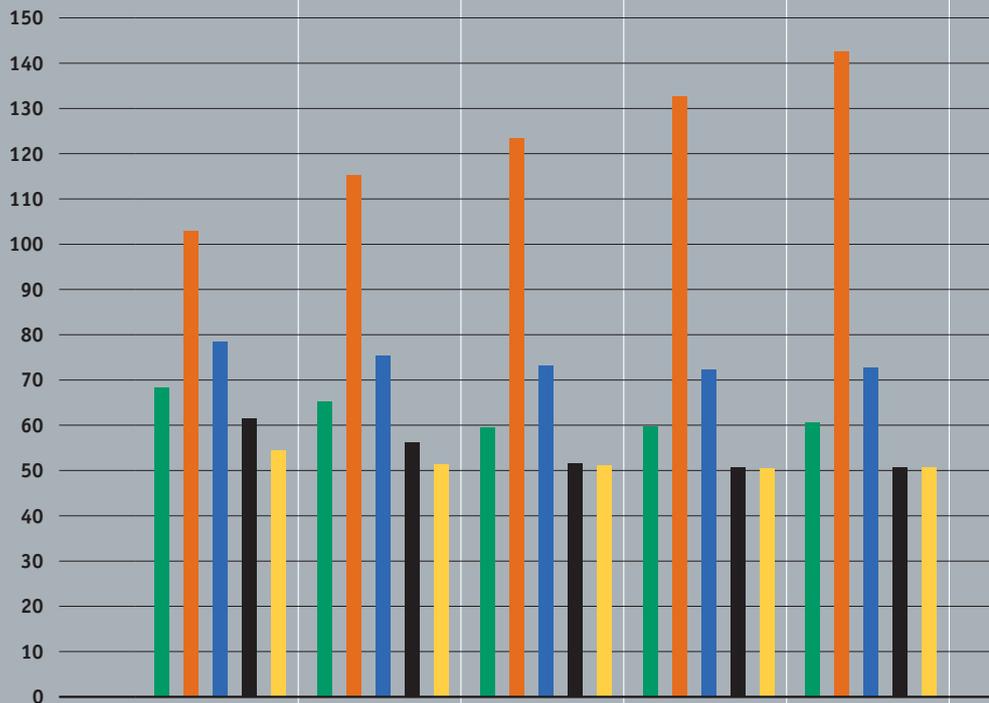
Staatshaushalte

█ USA
█ Japan
█ Euro-Währungsgebiet
█ Vereinigtes Königreich
█ Schweiz
 Überschuss oder Defizit der öffentlichen Haushalte, in Prozent des Bruttoinlandproduktes.
 Quellen: OECD, EFV



Staatliche Verschuldung

█ USA
█ Japan
█ Euro-Währungsgebiet
█ Vereinigtes Königreich
█ Schweiz
 Öffentliche Haushalte, brutto, in Prozent des Bruttoinlandproduktes.
 Quellen: OECD, EFV



1.4 Devisenmärkte

Wertverlust des Dollars

Der Dollar verlor im ersten Halbjahr 2002 gegenüber den wichtigen Währungen deutlich an Wert. Nach einer vorübergehenden Erholung sank er im vierten Quartal weiter. Zum Wertverlust dürften, neben den zunehmenden politischen Unsicherheiten, insbesondere der Anstieg des amerikanischen Ertragsbilanzdefizites sowie die erhebliche Verschlechterung des Staatshaushaltes beigetragen haben. Im Dezember lag der Dollar gegenüber dem Franken, dem Euro und dem Pfund nominell 12,7% bzw. 12,3% bzw. 9,3% unter dem Stand des Vorjahres; real und handelsgewichtet sank der Dollar im Laufe des Jahres um 5,1%.

Erholung des Euro-Kurses

Nach einer langen Schwächephase zog der Kurs des Euro ab März 2002 gegenüber dem Dollar an. Im Dezember kostete der Euro 1,02 Dollar; der Jahresmittelkurs lag bei 0,95 Dollar/Euro. Gegenüber dem britischen Pfund erhöhte er sich um 3,4% und notierte im Dezember bei 0,64 Pfund. Gegenüber dem Franken bildete sich der Euro weiter zurück, doch fiel der Rückgang mit 0,4% geringer aus als im Vorjahr. Gegen das Jahresende stabilisierte sich der Kurs bei 1,47 Franken. Real und handelsgewichtet lag der Euro im Dezember 7,1% über dem Vorjahresstand und damit noch 5,5% unter dem Niveau seiner Einführung im Januar 1999.

Uneinheitliche Entwicklung des Yen-Kurses

Der Yen verlor im Jahre 2002 gegenüber dem Euro 8,7% und dem Franken 9,1% an Wert, stieg jedoch gegenüber dem Dollar um 4,1%. Der reale handelsgewichtete Kurs des Yen sank um 4,2%.

Kurzfristige Zinssätze

- Dollar
- Yen
- Euro
- Pfund
- Franken

Dreimonatige Zinssätze auf dem Euromarkt, in Prozent.
Quelle: BIZ



Reale handelsgewichtete Wechselkurse

- Dollar
- Yen
- Euro
- Pfund
- Franken

Index 1990 = 100.
Quelle: BIZ



1.5 Finanzmärkte

Rückgang der langfristigen Renditen

Die Renditen der Staatsanleihen erhöhten sich in den Industrieländern im ersten Quartal des Jahres 2002 geringfügig. Im weiteren Verlauf des Jahres bildeten sie sich aufgrund der schwachen Konjunktur sowie einer stärkeren Nachfrage der Anleger nach sicheren Staatspapieren zurück. Besonders deutlich sanken die langfristigen Renditen in den USA: von 5,3% im März auf 3,9% im September. In der Euro-Zone gingen sie im gleichen Zeitraum von 5,3% auf 4,5% zurück, in Japan von 1,4% auf 1,1%. Im vierten Quartal stabilisierten sich die Renditen.

Erhöhung der Risikoprämie für Anleihen von Schuldern mit tiefer Bonität

Während die Renditedifferenz zwischen Anleihen erstklassiger privater Schuldner und Staatsanleihen annähernd konstant blieb, weitete sich jene zwischen Anleihen von Schuldnern mit guter bzw. schlechter Bonität aus. In den USA erreichte die Renditedifferenz zwischen Anleihen hoher und tiefer Bonität im August einen Höchstwert von 18 Prozentpunkten, verglichen mit 2 Prozentpunkten im August 2001. Die Rendite der Anleihen mit tiefer Bonität erhöhte sich damit von 13% im Januar auf 24% im August, den höchsten Stand seit fünf Jahren. Bis im Dezember fiel sie auf 14%. Der starke Anstieg der Risikoprämie widerspiegelt die zunehmende konjunkturelle Unsicherheit sowie die Turbulenzen an den Finanzmärkten.

Kursrückgang an den Aktienmärkten

Nachdem sich die Aktienkurse im ersten Quartal 2002 gefestigt hatten, brachen sie im zweiten und dritten Quartal an allen bedeutenden Börsenplätzen erneut ein. Die Kurse fielen auf einen Stand, der letztmals vor ungefähr fünf Jahren erreicht worden war. Im vierten Quartal stabilisierte sich die Lage und die Aktienkurse tendierten insgesamt wieder geringfügig nach oben. Im Dezember lag der Standard and Poor's 500 Aktienindex jedoch noch immer 24% unter dem Stand des Vorjahres. Die europäischen Indizes bildeten sich ähnlich stark zurück; der EuroSTOXX 50 sank um 23%, der britische Financial Times SE 100 um 25%. In Japan betrug der Rückgang des Nikkei 225 19%.

Rückläufige Beanspruchung der Finanzmärkte

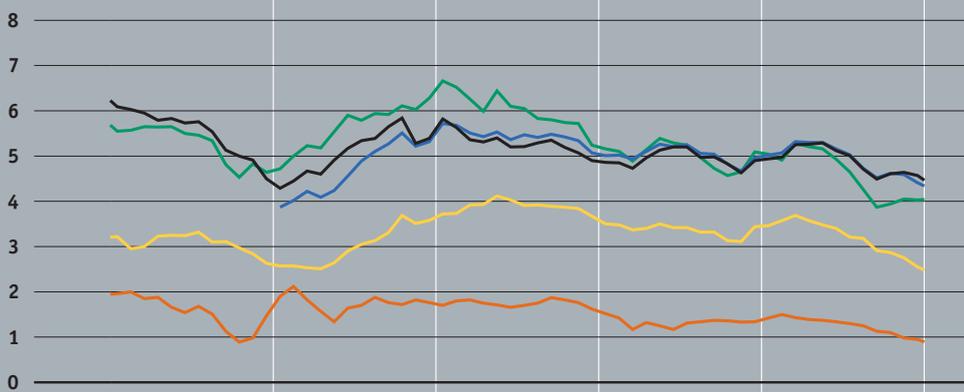
Die Nettobeanspruchung der internationalen Finanzmärkte sank im Jahre 2002 um 24% auf 1024 Mrd. Dollar. Der Anteil der Geldmarktinstrumente blieb unbedeutend. Bei den mittel- und langfristigen Anleihen ging die Nettobeanspruchung auf 1023 Mrd. Dollar zurück, obschon die angekündigten Emissionen mit 2116 Mrd. Dollar deutlich höher ausfielen als in den Vorjahren. Während der Anteil des Dollars an den Emissionswährungen mit 47% unverändert blieb, stieg der Anteil des Euro um 2,5 Prozentpunkte auf 38%. Der Euro gewann Marktanteile zulasten des Pfund und des Yen. In diesen Währungen wurden noch 6% bzw. 4% der mittel- und langfristigen Anleihen emittiert, in Franken 2%.

Tiefere Gewinne der Banken in den USA und in Europa

Die Banken in den USA und in Europa verzeichneten im Jahr 2002 tiefere Gewinne. Neben der schwachen Konjunktur trugen auch die Kursrückgänge an den Finanzmärkten zum schlechteren Geschäftsgang bei. Der Konkurs der beiden amerikanischen Unternehmen Enron und WorldCom hinterliess zusätzliche Spuren in den Bilanzen der kreditgebenden Banken.

Langfristige Zinssätze

— USA
— Japan
— Euro-Währungsgebiet
— Vereinigtes Königreich
— Schweiz
 Rendite zehnjähriger Staatspapiere,
 in Prozent.
 Quelle: BIZ



Aktienkurse

— USA: Standard & Poor's 500
— Japan: Nikkei 225
— Euro-Währungsgebiet: EuroSTOXX 50
— Vereinigtes Königreich: FT SE 100
— Schweiz: SPI
 Index Januar 1994 = 100.
 Quelle: BIZ



**Tendenz zur Trennung
von Finanzanalyse
und Finanzanlage**

In den USA führten bundesstaatliche Aufsichtsorgane und die Generalstaatsanwaltschaft von New York Ermittlungen über die Geschäftspraktiken verschiedener Investmentbanken durch. Dabei ging es um mögliche Interessenkonflikte zwischen der Finanzanalyse und den Anlageempfehlungen der Banken. Im Dezember endeten die Ermittlungen mit einem Globalvergleich zwischen den Untersuchungsbehörden und den betroffenen Banken. Die Banken mussten hohe Bussen bezahlen und verpflichteten sich zusätzlich, Gelder für eine unabhängige Finanzanalyse sowie die Weiterbildung von Investoren zur Verfügung zu stellen.

**Schwierige Lage des
Bankensektors in Japan ...**

In Japan litt der Bankensektor weiterhin unter Problemerkrediten. Die Regierung leitete Reformen ein, welche Modifikationen bei der Beurteilung der Kreditqualität vorsehen. Die japanische Zentralbank kündigte eine Übernahme von Wertpapieren der Banken zu Marktpreisen an.

... und in Argentinien

In Argentinien lockerte die Regierung im Verlaufe des Jahres 2002 verschiedene Massnahmen, welche den Rückzug von Geldern von Bankkonten beschränkten. Diese Massnahmen waren Ende 2001 eingeführt worden, um den drohenden Zusammenbruch des Bankensystems zu verhindern. Die Lage des argentinischen Bankensektors blieb indessen wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise schwierig.

2 Schweiz

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Im Jahre 2002 konnte sich die schweizerische Wirtschaft nicht von der konjunkturellen Schwäche erholen, die in der zweiten Hälfte des Vorjahres eingesetzt hatte. Zu Beginn des Jahres schien sich zwar eine Belebung anzubahnen. Dann mehrten sich jedoch die Zeichen, dass sich der Aufschwung verzögern und die Wirtschaft weiterhin nur langsam wachsen würde. Die enttäuschende Entwicklung war vor allem auf das unerwartet schwache internationale Konjunkturmilieu sowie die Unsicherheit nach den Kurseinbrüchen an den Finanzmärkten zurückzuführen. Der anhaltend schleppende Wirtschaftsgang führte zu einer deutlichen Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt.

**Schleppende
Wirtschaftsentwicklung**

Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im Jahre 2002 um 0,1%, nach einer Zunahme von 0,9% im Vorjahr. Die Ausrüstungsinvestitionen bildeten sich infolge der weiteren Verschlechterung des Investitionsklimas bei den Unternehmen erneut massiv zurück, während die Bauinvestitionen weniger stark sanken als im Vorjahr. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen stiegen um 0,4%. Da die Importe sanken, ergab sich seitens des Aussenhandels ein positiver Wachstumsbeitrag. Als Konjunkturstützen erwiesen sich auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie der öffentliche Konsum, die allerdings beide nicht mehr im gleichen Ausmass zunahmen wie im Vorjahr.

**Investitionskrise und
schwache Auslandsnachfrage**

Die Industrieproduktion war im Jahre 2002 rückläufig, nachdem sie im Vorjahr stagniert hatte. Überdurchschnittlich stark waren der Maschinenbau und die Elektroindustrie vom Rückgang betroffen, während die chemische Industrie ihre Produktion steigern konnte. Nachdem sich im Frühjahr eine Erholung der Nachfrage abgezeichnet hatte, trübten sich die Aussichten in der zweiten Jahreshälfte wieder ein. Die erwarteten Bestellungseingänge blieben aus und der Auftragsbestand sank. In der Folge revidierten die Unternehmen ihre Erwartungen für die nahe Zukunft nach unten und bauten ihre Lagerbestände an Halb- und Fertigprodukten ab. Der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten verharrte bei rund 80% und lag damit deutlich unter seinem langfristigen Durchschnitt von rund 84%.

**Sinkende
Industrieproduktion**

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen im Jahre 2002 um 0,9%, verglichen mit 1,8% im Vorjahr. Die steigende Arbeitslosigkeit und die Turbulenzen an den Finanzmärkten führten indessen zu einem Vertrauensverlust der Konsumenten, was im zweiten Halbjahr in einem massiven Rückgang des Indexes der Konsumentenstimmung zum Ausdruck kam. Die Haushalte hielten insbesondere mit der Anschaffung dauerhafter Konsumgüter wie Fahrzeuge und Wohnungseinrichtungen zurück. Unter dem getrüben Konsumentenvertrauen litt auch das schweizerische Gastgewerbe. Die Zahl der Übernachtungen inländischer Gäste war rückläufig, nachdem sie im Vorjahr zugenommen hatte.

**Schwächer wachsender
privater Konsum**

Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen, der Anfang 2001 eingesetzt hatte, verstärkte sich im Jahre 2002. Im Jahresdurchschnitt sanken sie real mit 10,7% doppelt so stark wie im Vorjahr. Der Einbruch war damit gleich tief wie während der Rezession Anfang der neunziger Jahre. Gegen Ende des Jahres schrumpften die Ausrüstungsinvestitionen auf ein Niveau, das ungefähr dem Ersatzbedarf entsprach. Ihr Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt sank auf 12,2%, im Vergleich zu 13,7% im Vorjahr.

**Massiver Rückgang der
Ausrüstungsinvestitionen**

**Rüchläufige
Bauinvestitionen**

Die Bauinvestitionen bildeten sich um 1,5% zurück, nachdem sie bereits im Vorjahr um 4,8% gesunken waren. Die leicht steigende Zahl der Wohnungen, die sich im Bau befanden, deutete auf eine gewisse Belebung der Wohnbauinvestitionen hin. Davon profitierten vor allem die städtischen Regionen. Demgegenüber war die Bautätigkeit der Unternehmen infolge der schwachen Wirtschaftslage während des ganzen Jahres rückläufig, wobei der Rückgang bei den Büroflächen besonders ausgeprägt war. Die Sparanstrengungen der öffentlichen Hand führten zu einer sinkenden Nachfrage im Tiefbau; eine Ausnahme bildeten die Eisenbahngrossprojekte NEAT und Bahn 2000.

**Geringer Anstieg der
Warenexporte**

Die schweizerische Exportindustrie litt im Jahre 2002 unter dem schleppenden Wachstum der Weltwirtschaft und der weltweit gedrückten Investitionstätigkeit. Erschwerend kam die reale Höherbewertung des Frankens insbesondere gegenüber dem Dollar hinzu, die sich negativ auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure auswirkte. Die Warenexporte stiegen real lediglich um 1%, nach einem Zuwachs von 2,1% im Vorjahr. Stärker als im Vorjahr sanken die Ausfuhren von Investitionsgütern. Während die Lieferungen von Rohstoffen und Halbfabrikaten weniger stark zurückgingen als im Jahre 2001, konnten die Konsumgüterexporte weiter gesteigert werden.

**Geringere Ausfuhren in die
meisten Industrieländer**

Die Ausfuhren in die EU, in der rund 60% der schweizerischen Exportgüter abgesetzt werden, sanken nominell um 2,8%. Die schwache Nachfrage aus Deutschland machte der schweizerischen Exportwirtschaft besonders zu schaffen. Auch die Güterausfuhren in die Schwellenländer Asiens und nach Japan lagen unter dem Vorjahresniveau. Die Exporte in die USA, die im Vorjahr deutlich abgenommen hatten, erhöhten sich um 2,6%. Wie bereits im Vorjahr stieg die Nachfrage aus den OPEC-Ländern, deren Anteil an den Exporten allerdings nur rund 3% beträgt, stark. Die an den Preismittelwerten gemessenen Exportpreise sanken um 2,7%, nachdem sie sich im Vorjahr um 1,2% erhöht hatten.

**Sinkende Nachfrage nach
Dienstleistungen**

Die Dienstleistungsexporte bildeten sich um 1,8% zurück, verglichen mit einem Rückgang von 7,7% im Vorjahr. Während die Tourismusbranche unter der internationalen Konjunkturflaute litt, führten die Kurseinbrüche an den internationalen Aktienmärkten zu rückläufigen Exporten von Bankdienstleistungen.

**Rückgang der Importe
von Waren ...**

Als Folge der stagnierenden Wirtschaft schwächte sich die schweizerische Nachfrage nach ausländischen Gütern ab. Die Warenimporte sanken im Jahre 2002 real um 2,6%, nach einer Stagnation im Vorjahr. Die anhaltende Investitionsschwäche belastete die Nachfrage nach Investitionsgütern. Auch die Importe von Konsumgütern bildeten sich ab der Jahresmitte zurück. Im Jahresdurchschnitt stagnierten sie, verglichen mit einem Wachstum von 5,8% im Vorjahr. Die Nachfrage nach Energieträgern sank. Nachdem die Importpreise (Preismittelwerte) im Vorjahr mit 0,1% kaum noch gestiegen waren, bildeten sie sich, hauptsächlich als Folge des Frankenanstiegs, um 2,9% zurück.

... und Dienstleistungen

Die Importe von Dienstleistungen gingen um 2,6% zurück, verglichen mit 3,9% im Vorjahr. Während die Einfuhr von Fremdenverkehrsdienstleistungen leicht zunahm, sank diejenige von Bankdienstleistungen deutlich.

Bruttoinlandprodukt und Komponenten

— Reales Bruttoinlandprodukt
— Privatkonsum
— Anlageinvestitionen
— Exporte

Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent, real.
 Quelle: SECO



Bruttoinlandprodukt und Komponenten

Reale Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	1998	1999	2000	2001	2002
Privater Verbrauch	2,3	2,2	2,0	1,8	0,9
Staatlicher Verbrauch	1,3	1,2	1,5	2,6	1,9
Anlageinvestitionen	4,5	2,7	5,8	-5,2	-6,5
Ausrüstungen	8,9	8,7	8,8	-5,5	-10,7
Bau	0,4	-3,3	2,5	-4,8	-1,5
Inlandnachfrage	3,5	2,5	2,5	0,8	-1,3
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	5,4	5,1	10,0	-0,1	0,4
Gesamtnachfrage	4,0	3,3	4,8	0,5	-0,8
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	8,3	7,4	8,5	-0,3	-2,6
Bruttoinlandprodukt	2,4	1,5	3,2	0,9	0,1

Quellen: BFS, SECO

Geringere Beschäftigung

Die schwierige Konjunkturlage hinterliess auf dem Arbeitsmarkt deutliche Spuren. Der Rückgang der Beschäftigung, der im dritten Quartal 2001 eingesetzt hatte, verstärkte sich im Jahre 2002. Im Jahresdurchschnitt schrumpfte die Beschäftigung um 0,4%, verglichen mit einem Zuwachs von 1,1% im Vorjahr. Vom Rückgang war die verarbeitende Industrie am meisten betroffen (-2,5%). Ins Gewicht fiel insbesondere der Abbau von Arbeitsplätzen in der Maschinen- und Elektroindustrie sowie in der Metallindustrie. Dagegen weitete die chemische Industrie die Beschäftigung aus. Die Bauwirtschaft reduzierte ihren Personalbestand weiter (-1,6%). Im Dienstleistungssektor erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze um 0,4%, gegenüber 1,3% im Vorjahr. Während die Beschäftigung bei den Banken erneut stieg, schrumpfte sie bei den Versicherungen deutlich.

Rückläufiger Manpower-Index

Die sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften widerspiegelte sich auch im Manpower-Index, der die Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen misst. Er schrumpfte zwischen Dezember 2001 und Dezember 2002 saisonbereinigt um 43%.

Zunahme der Kurzarbeit

Die Unternehmen führten vermehrt Kurzarbeit ein. Im Jahresdurchschnitt belief sich die Zahl der Kurzarbeitenden auf 9100 Personen, verglichen mit 2400 Personen im Vorjahr.

Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit stieg seit dem Frühjahr kontinuierlich. Ende Jahr betrug die Zahl der bei den regionalen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen 129 800 Personen. Saisonbereinigt nahm die Arbeitslosenquote zwischen Dezember 2001 und Dezember 2002 von 2,2% auf 3,3% zu. Die Quote der Stellensuchenden erhöhte sich von 3,4% auf 4,8%. Dies entspricht rund 173 200 Personen. Diese Zahl umfasst neben den gemeldeten Arbeitslosen auch diejenigen Personen, die einem Zwischenverdienst nachgehen, an einem Beschäftigungsprogramm teilnehmen oder Umschulungs- und Weiterbildungskurse besuchen.

Weiterhin regionale Unterschiede

Die regionalen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit blieben bestehen. Im Dezember erreichte die Arbeitslosenquote in der Westschweiz 4,6% und im Tessin 4,8%. In der deutschen Schweiz lag sie bei 3,2%. Die Arbeitslosigkeit nahm in der deutschen Schweiz, insbesondere im Kanton Zürich, stärker zu als in den übrigen Landesteilen, so dass sich die Unterschiede gegenüber dem Vorjahr leicht verringerten.

1998

1999

2000

2001

2002

Aussenhandel

Import
Export

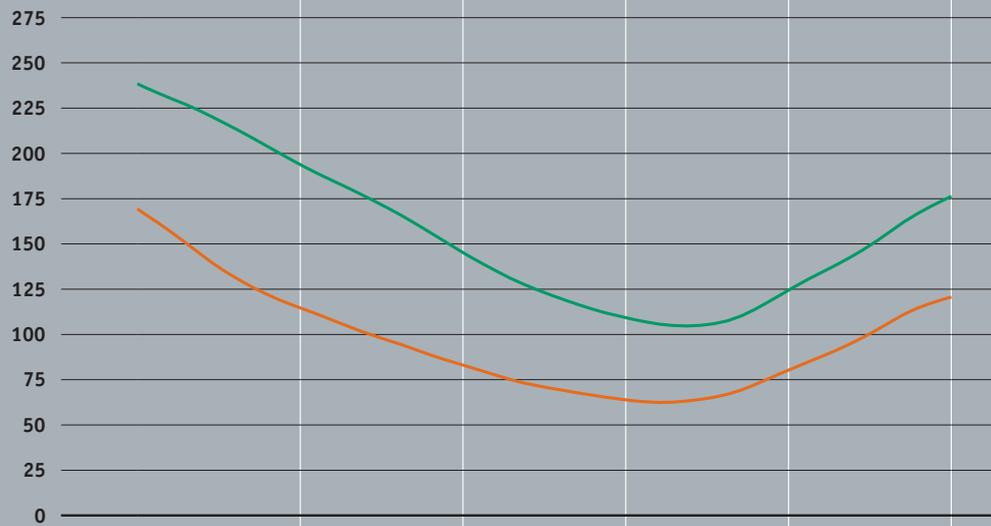
Volumen, saison-
bereinigt und geglättet.
Index: 1997 = 100.
Quelle: OZD



Arbeitsmarkt

Arbeitslose
Stellensuchende

In Tausend, saisonbereinigt.
Quelle: SECO



1998

1999

2000

2001

2002

Schwache Zunahme der Erwerbstätigkeit

Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE), die jährlich im zweiten Quartal durchgeführt wird, erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen trotz schwacher Konjunkturlage innert Jahresfrist um 0,5% auf 3 959 000 Personen. Die Erwerbsquote der Frauen stieg, während jene der Männer schrumpfte. Diese Entwicklung bestätigt die seit einigen Jahren tendenziell steigende Partizipationsrate der Frauen. Der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an den Erwerbstätigen nahm leicht zu. Während die Zahl der Kurzaufenthalter stark stieg, verringerte sich jene der ausländischen Arbeitskräfte, die über eine Saisonbewilligung verfügen. Die Zahl der Erwerbstätigen mit einer Niederlassungsbewilligung sowie jene der Jahresaufenthalter und Grenzgänger blieb stabil.

Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit mit der EU

Am 1. Juni 2002 trat als eines der sieben bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU der freie Personenverkehr in Kraft. Die Personenfreizügigkeit ermöglicht Staatsangehörigen der EU und der Schweiz, sich in der Schweiz bzw. der EU niederzulassen und eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Das Abkommen sieht für die Schweiz eine Übergangsphase von fünf Jahren vor, während welcher der Zugang zum schweizerischen Arbeitsmarkt reglementiert bleibt und der Zufluss ausländischer Arbeitskräfte weiterhin mit Kontingenten gesteuert wird.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	1998	1999	2000	2001	2002
Vollzeitbeschäftigte ¹ Veränderung in Prozent	-0,4	-0,2	1,0	0,7	-1,3
Voll- und Teilzeitbeschäftigte ¹ Veränderung in Prozent	0,7	1,6	2,2	1,1	-0,4
Erwerbstätige ² Veränderung in Prozent	1,8	0,8	1,2	1,5	0,5
Arbeitslosenquote in Prozent	3,9	2,7	2,0	1,9	2,8
Arbeitslose in 1000	139,7	98,6	72,0	67,2	100,5
Kurzarbeitende in 1000	3,1	2,9	0,7	2,4	9,1
Manpower-Stellenindex ³ Veränderung in Prozent	35,7	26,2	25,2	-11,5	-43,3

1 Gemäss Beschäftigungsstatistik

2 Gemäss SAKE

3 Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen

Quellen: BFS, SECO, Manpower

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung bildete sich im Jahre 2002 zurück. Im Jahresdurchschnitt belief sie sich auf 0,6%, verglichen mit 1,0% im Vorjahr. Wie schon im Jahr zuvor stammten die Teuerungsimpulse vorwiegend von den inländischen Waren und Dienstleistungen. Nachdem sich diese im Vorjahr um 1,7% verteuert hatten, schwächte sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres ab. Im Durchschnitt lag die Teuerung bei 1,4%. Preistreibende Effekte gingen vor allem von den Dienstleistungen aus. Ihre durchschnittliche Teuerung belief sich auf 1,5%, nach 1,8% im Vorjahr. Zur Abschwächung des Preisauftriebs trugen insbesondere die Wohnungsmieten bei, die mit 1,0% deutlich weniger stark stiegen als im Vorjahr. Dagegen zog die Teuerung bei den übrigen privaten und den öffentlichen Dienstleistungen auf 1,9% bzw. 1,5% an.

Tiefere Teuerung

Als Folge des schleppenden Wachstums der Weltwirtschaft und des stärkeren Frankens bildeten sich die Preise importierter Konsumgüter weiter zurück. Sie sanken im Jahresdurchschnitt um 1,7%, nachdem sie sich im Vorjahr um 1,2% verbilligt hatten. Teuerungsdämpfend wirkten insbesondere die Preisnachlässe bei den Erdölprodukten, die sich im Jahresdurchschnitt auf 6,8% beliefen.

Teuerungsdämpfende Effekte aus dem Ausland

Landesindex der Konsumentenpreise

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	1998	1999	2000	2001	2002
Total	0,0	0,8	1,5	1,0	0,6
Inländische Waren und Dienstleistungen	0,3	0,7	0,7	1,7	1,4
Waren	0,3	0,3	1,6	1,5	1,1
Dienstleistungen	0,3	0,9	0,4	1,8	1,5
private Dienstleistungen ohne Mieten	0,7	1,6	0,3	1,5	1,9
Mieten	0,1	0,7	1,5	2,8	1,0
öffentliche Dienstleistungen	-0,2	0,0	-1,4	0,5	1,5
Ausländische Güter	-0,7	1,0	4,1	-1,2	-1,7
ohne Erdölprodukte	0,4	0,5	0,9	-0,4	-0,8
Erdölprodukte	-10,2	5,7	31,3	-4,7	-6,8

Quellen: BFS, SNB

Auf Stufe der Produzenten- und Importpreise liess der Teuerungsdruck ebenfalls spürbar nach. Nachdem die Preise des Gesamtangebotes im Vorjahr nahezu unverändert geblieben waren, sanken sie im Jahre 2002 um durchschnittlich 1,2%. Dabei bildeten sich die Preise der im Inland hergestellten Güter um 0,5% und die Importpreise um 2,8% zurück. Die Rohstoffe verbilligten sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7%, die Halbfabrikate um 2,1%. Das Preisniveau der Konsum- und Investitionsgüter verharrte annähernd auf dem Vorjahresstand.

Rückläufige Preise des Gesamtangebotes

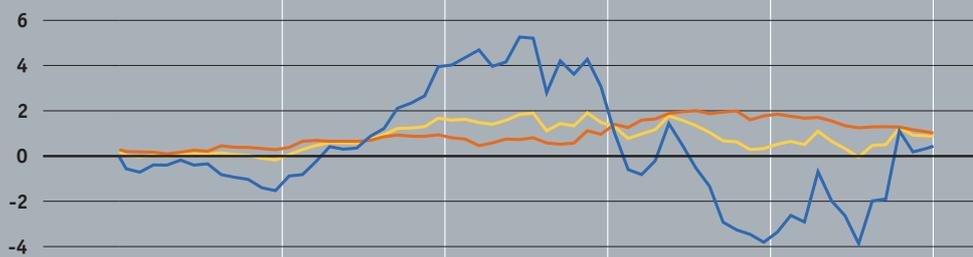
Der Überschuss der Ertragsbilanz erhöhte sich im Jahre 2002 um 11,7 Mrd. auf 49,6 Mrd. Franken. Der grösste Teil dieser Zunahme ist auf einen positiven Saldo im Warenverkehr zurückzuführen. Gemessen am Bruttoinlandprodukt stieg der Ertragsbilanzüberschuss von 9,1% im Vorjahr auf 11,9%. Die Warenimporte nahmen konjunkturbedingt stärker ab als die Exporte. Dadurch schloss die Handelsbilanz (Spezialhandel) mit einem Überschuss von 7,3 Mrd. Franken, verglichen mit 1,7 Mrd. Franken im Vorjahr. Im gesamten Warenhandel, der neben dem Spezialhandel auch Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten sowie die elektrische Energie umfasst, resultierte ein Überschuss von 4,5 Mrd. Franken, gegenüber einem Defizit von 4,6 Mrd. Franken im Vorjahr. Der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz erhöhte sich von 24,2 Mrd. auf 24,9 Mrd. Franken. Zu dieser Zunahme trugen vor allem die höheren Prämien-erträge der Privatversicherungen bei. Die Fremdenverkehrseinnahmen sowie die Kommissionserträge der Banken nahmen ab. Der Überschuss der Arbeits- und Kapitaleinkommensbilanz stieg um 1,5 Mrd. auf 26,7 Mrd. Franken, da die Nettoerträge aus den Direktinvestitionen geringfügig über dem Vorjahresniveau lagen. Das Defizit der laufenden Übertragungen betrug 6,6 Mrd. Franken, gegenüber 6,9 Mrd. Franken im Vorjahr.

Ertragsbilanz Salden in Mrd. Franken

	1998	1999	2000 revidiert	2001 provisorisch	2002 geschätzt
Waren	-2,3	-0,3	-4,2	-4,6	4,5
Spezialhandel	2,2	1,1	-2,1	1,7	7,3
elektrische Energie	0,7	0,6	0,5	1,1	0,5
übriger Warenverkehr	-5,3	-1,9	-2,6	-7,4	-3,2
Dienste	19,6	21,6	25,6	24,2	24,9
davon Fremdenverkehr	1,7	1,6	2,4	2,0	1,1
davon Privatversicherungen	2,2	2,7	2,3	1,7	4,2
davon Transporte	1,2	1,4	1,7	2,0	1,7
davon Bankkommissionen	9,2	11,1	13,3	11,8	10,6
Arbeits- und Kapitaleinkommen	25,9	30,5	37,0	25,2	26,7
Arbeitseinkommen	-6,4	-6,5	-7,8	-8,6	-9,2
Kapitaleinkommen	32,4	37,0	44,8	33,8	35,9
Laufende Übertragungen	-5,3	-6,2	-4,9	-6,9	-6,6
Total	37,8	45,7	53,5	37,9	49,6

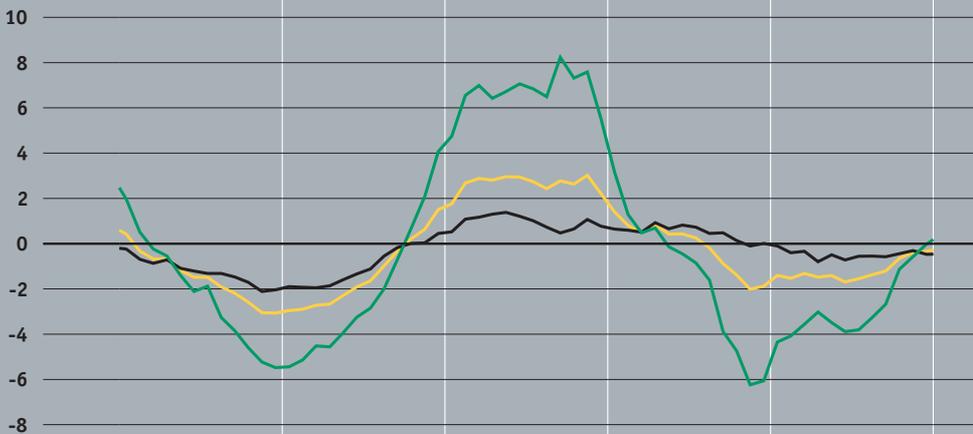
Konsumentenpreise

— Konsumentenpreise
— Inlandgüter
— Auslandgüter
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent.
 Quelle: BFS



Produzenten- und Importpreise

— Produzenten- und Importpreise
— Produzentenpreise
— Importpreise
 Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent.
 Quelle: BFS



2.2 Finanzpolitik

Weitere Verschlechterung der Bundesfinanzen

Die Finanzrechnung des Bundes schloss im Jahre 2002 mit einem Defizit von 3,3 Mrd. Franken bzw. 0,8% des Bruttoinlandproduktes ab, nachdem sich im Vorjahr ein Fehlbetrag von 1,3 Mrd. Franken ergeben hatte. Budgetiert worden war ein Defizit von 294 Mio. Franken. Die fiskalischen Einnahmen, vor allem die Bundessteuer und die Mehrwertsteuer, fielen als Folge der Konjunkturschwäche und der Börsenbaisse deutlich tiefer als erwartet aus. Die Ausgaben lagen geringfügig unter den budgetierten Werten. Die Nachtragskredite wurden durch nicht ausgeschöpfte Budgetkredite mehr als kompensiert. Nicht in der Finanzrechnung enthalten sind die Ausgaben des Fonds für Eisenbahngrossprojekte (NEAT, Bahn 2000) in Höhe von 1,9 Mrd. Franken sowie ein ausserordentlicher Erlös von 3,7 Mrd. Franken aus einer Nennwertreduktion der Swisscom-Aktien. Dieser wurde für den Schuldenabbau verwendet.

Verfassungsmässiges Haushaltsziel dank ausserordentlicher Einnahmen

Die Übergangsbestimmung zu Artikel 126 der Bundesverfassung (Haushaltsführung) sieht für das Jahr 2002 vor, dass das Defizit 2% der Einnahmen bzw. 1,0 Mrd. Franken nicht überschreiten darf. Das Haushaltsziel wurde dank eines ausserordentlichen Verkaufserlöses von Swisscom-Aktien eingehalten.

Budget 2003

Gemäss dem vom Parlament verabschiedeten Voranschlag erwartet der Bund für das Jahr 2003 ein Defizit von 246 Mio. Franken. Das Budget 2003 steht damit im Einklang mit der Schuldenbremse. Das Instrument der Schuldenbremse war Ende 2001 von Volk und Ständen in einer Abstimmung gutgeheissen worden und wird im Jahre 2003 erstmals angewendet.

Defizite bei den Kantonen und den Gemeinden

Auch die meisten Kantone und Gemeinden verzeichneten im Jahre 2002 als Folge der schwachen Konjunkturlage ein Haushaltsdefizit. Gemäss Voranschlag betrug das gesamte Defizit aller Kantonshaushalte rund 600 Mio. Franken, dasjenige der Gemeinden rund 400 Mio. Die konsolidierte Defizitquote von Bund, Kantonen und Gemeinden belief sich im Jahre 2002 auf rund 1% des Bruttoinlandproduktes.

Unveränderte Schuldenquote

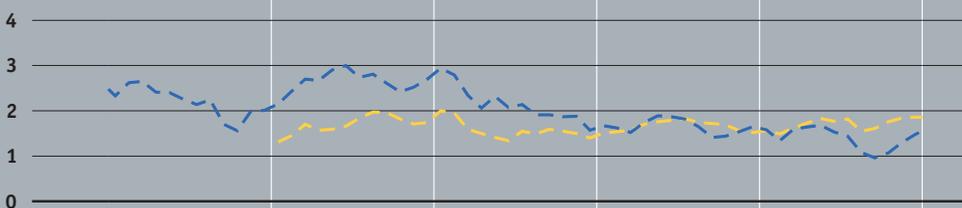
Die Schuldenquote (Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) von Bund, Kantonen und Gemeinden blieb mit 50,4% annähernd stabil. 51,6% der Schulden entfielen auf den Bund, 30,6% auf die Kantone und 17,8% auf die Gemeinden.

Neugestaltung des Finanzausgleichs

Im Herbst nahm das Parlament die Beratungen über die Botschaft des Bundesrates zur Neugestaltung des Finanzausgleichs auf. Der Neue Finanzausgleich (NFA) sieht vor, die Aufgaben und Finanzströme zwischen Bund und Kantonen zu entflechten, die Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen und die Lasten gerechter zu verteilen. Dadurch sollen die staats- und finanzpolitische Handlungsfähigkeit von Bund und Kantonen gestärkt sowie die finanziellen Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen verringert werden.

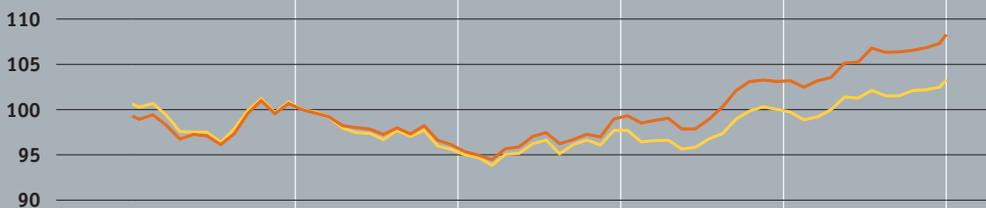
Differenzen langfristiger Zinssätze

--- Euro-Währungsgebiet - Schweiz
--- USA - Schweiz
 Differenz in Prozentpunkten.
 Quelle: BIZ



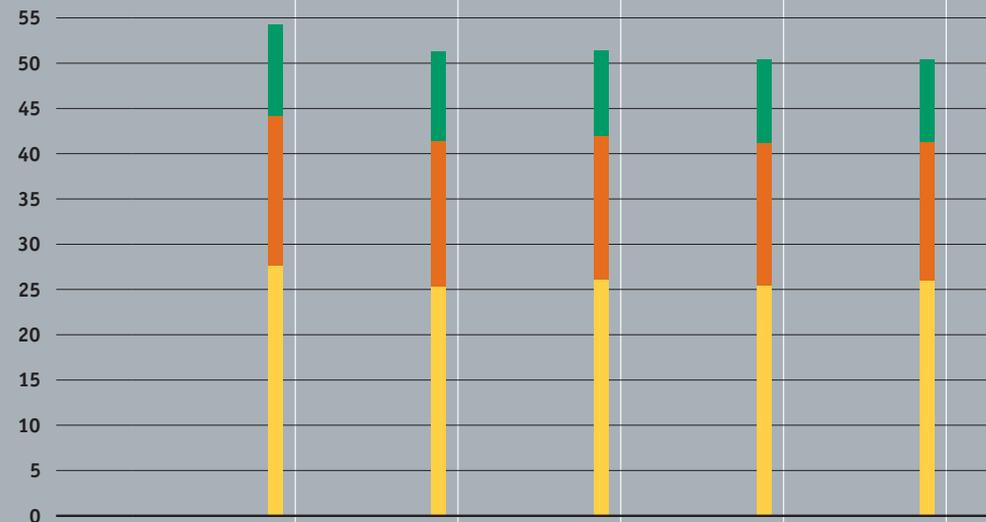
Exportgewichtete Wechselkurse des Frankens

— Real
— Nominal
 Index Januar 1999 = 100.



Staatliche Verschuldung

█ Bund
█ Kantone
█ Gemeinden
 In Prozent des Bruttoinlandproduktes.
 Quelle: EFV



2.3 Finanzmärkte

Rückgang der langfristigen Zinssätze

Die langfristigen Zinssätze blieben in den ersten Monaten des Jahres 2002 auf dem Niveau des Vorjahres. Im Juni setzte ein deutlicher Abwärtstrend ein. Die durchschnittliche Rendite der zehnjährigen Bundesobligationen, die bis im Mai bei rund 3,5% gelegen hatte, betrug im Dezember noch 2,4%. Diese Entwicklung war zum einen auf den Rückgang der kurzfristigen Zinssätze zurückzuführen. Zum anderen investierten zahlreiche Anleger als Folge des Kurszerfalls an den Aktienmärkten ihr Vermögen in hochrangige Anleihen und trieben damit insbesondere die Preise von Staatsanleihen in die Höhe. Die Renditedifferenz zwischen den zehnjährigen Bundesobligationen und den Geldmarktbuchforderungen, die Ende des Vorjahres 1,9 Prozentpunkte betragen hatte, erreichte Ende Juli einen Höchststand von 2,7 Prozentpunkten und sank dann bis Ende Dezember auf 2,1 Prozentpunkte.

Höhere Risikoprämien für Anleihen privater Schuldner

In der zweiten Jahreshälfte stieg auch die Renditedifferenz zwischen Anleihen privater Schuldner und Staatsanleihen. Im Dezember lag die Differenz zwischen der Rendite einer dreijährigen Anleihe von Banken rund 50 Basispunkte über jener von Titeln der Eidgenossenschaft. Gegenüber dem Vorjahr waren dies 15 Basispunkte mehr. Die entsprechende Renditedifferenz für die Industrie nahm um 40 Basispunkte auf 150 Basispunkte zu. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass die Investoren die Kreditrisiken höher einschätzten als vor Jahresfrist.

Weiterer Rückgang der Aktienkurse

Der Swiss Performance Index (SPI) sank im Jahre 2002 um fast 26%. Ende Dezember lag er bei 3246 Punkten, gegenüber 4383 Punkten vor Jahresfrist. Nach einem Anstieg auf über 4500 Punkte im ersten Quartal brach der Index im Laufe des zweiten Quartals ein erstes Mal ein. Nach einer kurzen Erholungsphase sank der SPI ein weiteres Mal deutlich und erreichte Anfang Oktober einen Tagestiefstand von 3096 Punkten. Die Aktienkurse grosser Unternehmen büssten mit 21% weniger stark an Wert ein als diejenigen kleiner (-26%) und mittlerer (-25%) Unternehmen. Zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen gab es beträchtliche Unterschiede. Die grössten Verluste mussten die Finanzwerte (Versicherungen und Banken) sowie die Elektro-, Transport- und Bauindustrie hinnehmen. Die Rückgänge im Chemie- und Nahrungsmittelsegment fielen deutlich geringer aus und die Energietitel zogen leicht an. Der New Market Index, der sich aus Aktien der Bereiche Telekommunikation, Biotechnologie und Informationstechnologie zusammensetzt, verlor 52% seines Wertes.

Höhere Nettokapitalaufnahme

Obschon sich die Marktbedingungen angesichts tiefer Aktienpreise, hoher Renditen für Unternehmensanleihen und einer schrumpfenden Nachfrage nach riskanten Wertpapieren schwierig gestalteten, wurden am schweizerischen Kapitalmarkt im Jahre 2002 mehr Mittel aufgenommen als im Vorjahr. Die Nettobeanspruchung durch öffentlich aufgelegte Aktien und Anleihen belief sich auf knapp 17 Mrd. Franken, verglichen mit 13 Mrd. Franken im Vorjahr. Diese Entwicklung war auf eine markante Zunahme der Nettoemissionen von Frankenanleihen ausländischer Schuldner von 2 Mrd. auf fast 15 Mrd. Franken zurückzuführen. Die inländische Mittelbeschaffung blieb dagegen mit 2 Mrd. Franken deutlich unter dem bereits tiefen Niveau des Vorjahres von knapp 11 Mrd. Franken. Die Aktienrückzahlungen überstiegen die Aktienemissionen, so dass sich die Nettobeanspruchung über den Aktienmarkt auf -1,7 Mrd. Franken belief. Der Nettoemissionswert von Frankenobligationen inländischer Schuldner sank um 37%.

Ausgewählte Zinssätze der Banken

- Alte Hypotheken bei Kantonalbanken
- Neue Hypotheken bei Kantonalbanken
- Spareinlagen bei Kantonalbanken
- Dreimonatige Festgelder bei Grossbanken

In Prozent.



Aktienkurse

- Insgesamt
- Banken
- Industrie

Swiss Performance Index.
Quelle: SWX



Rückgang des Kreditvolumens

Im Jahre 2002 sank das inländische Kreditvolumen um 0,7%. Die beanspruchten Inlandkredite der Banken entfielen zu vier Fünfteln auf Hypothekaranlagen und zu einem Fünftel auf inländische Kundenforderungen. Diese nahmen mit 11,8% stark ab. Der grösste Teil des Rückganges ist auf eine geringere Kreditvergabe der Grossbanken zurückzuführen (-17,1%), wobei insbesondere Finanzierungsinstitutionen, Versicherungen und Unternehmen der Immobilienbranche weniger Kredite erhielten. Dagegen stiegen die Hypothekaranlagen um 2,7%. Auf der Refinanzierungsseite nahmen die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform um fast 10% zu, während die Verpflichtungen gegenüber Banken um mehr als 6% tiefer lagen als vor Jahresfrist.

Schwieriges Jahr für Banken ...

Infolge der schwachen Konjunktur und der Aktienbaisse verschlechterten sich die Ergebnisse der Banken, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass. In den Bereichen Investmentbanking und Vermögensverwaltung gingen die Kommissions- und Dienstleistungserträge zurück; zudem erlitten die Banken erhebliche Verluste auf den eigenen Wertpapierbeständen. Zufriedenstellende Resultate erzielten sie dagegen im traditionellen Bankgeschäft, insbesondere im Retailbereich. Vorwiegend im klassischen Zinsgeschäft tätige Banken waren weniger von den Entwicklungen an der Börse als vielmehr vom Konjunkturverlauf betroffen. Infolge der sich verschlechternden Kreditqualität erhöhte sich ihr Rückstellungsbedarf, doch schlug sich dieser Effekt insgesamt nur wenig in den Ergebnissen nieder.

... und Versicherungen

Bei den Versicherungen, insbesondere bei Lebensversicherungen, führte der Rückgang der Aktienkurse zu hohen Verlusten auf den Kapitalanlagen und machte in grösserem Ausmass Wertberichtigungen notwendig. Verschiedene Versicherungsgesellschaften mussten in der Folge ihre Eigenkapitalbasis stärken. Die Turbulenzen an den Aktienmärkten hinterliessen auch bei den Pensionskassen deutliche Spuren.

Rekapitalisierung der Waadtländer Kantonalbank

Bei einer Überprüfung der Risikopositionen der Waadtländer Kantonalbank (BCV) wurde im Oktober 2002 erneut ein ausserordentlicher Rückstellungsbedarf festgestellt. Regierungsrat und Parlament des Kantons Waadt bewilligten in der Folge finanzielle Mittel in Höhe von 1,25 Mrd. Franken zur Rekapitalisierung des Instituts. Bereits im Jahre 2001 war das Aktienkapital der Bank um 600 Mio. Franken erhöht und praktisch vollumfänglich vom Kanton gezeichnet worden.

Financial Sector Assessment Program des IWF und der Weltbank

Die Schweiz nahm als eines der ersten Industrieländer am Financial Sector Assessment Program (FSAP) des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank teil. Ziel des seit Mai 1999 bestehenden Programms ist es, die Finanzsysteme einzelner Länder auf deren Systemstabilität hin zu durchleuchten. Die Überwachung des internationalen Währungs- und Finanzsystems ist eine der Hauptaufgaben des IWF. Im Juni 2002 publizierte der IWF den Schlussbericht, das Financial Sector Stability Assessment (FSSA). Er beurteilt darin das schweizerische Finanzsystem als insgesamt robust und konform mit den international anerkannten Standards.

Am 1. Juli 2002 trat die Richtlinie der Swiss Exchange (SWX) zur Corporate Governance in Kraft. Gemäss dieser müssen Unternehmen, deren Beteiligungsrechte an der SWX kotiert sind und deren Gesellschaftssitz in der Schweiz liegt, im Jahresbericht Schlüsselinformationen zur Corporate Governance liefern. Dazu gehören unter anderem Angaben zur Konzernstruktur und zum Aktionariat, zur Kapitalstruktur, zum Verwaltungsrat und zur Geschäftsleitung.

Ebenfalls im Juli veröffentlichte economiesuisse, der Verband der Schweizer Unternehmen, den Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance. Darin werden die Grundsätze für Corporate Governance unter Berücksichtigung der schweizerischen Gegebenheiten festgehalten. Der Swiss Code richtet sich im Sinne von Empfehlungen an alle schweizerischen Publikumsgesellschaften.

**Richtlinie zur
Corporate Governance
der Swiss Exchange**

**Swiss Code of Best Practice
der economiesuisse**

1 Konzept

Preisstabilität ist eine wichtige Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft und fördert den Wohlstand. Die Geldpolitik der Nationalbank zielt darauf ab, die Preisstabilität mittelfristig aufrecht zu erhalten, d. h. Inflation sowie Deflation zu verhindern. Sie schafft damit günstige Rahmenbedingungen, die es der Wirtschaft ermöglichen, ihr Produktionspotenzial auszuschöpfen. Um die Preisstabilität zu sichern, muss die Nationalbank für angemessene monetäre Bedingungen sorgen. Ein zu tiefes Zinsniveau führt zu einer übermässigen Geldversorgung der Wirtschaft und zieht eine zu hohe Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nach sich. Dies verleiht der Produktion zwar zunächst Auftrieb. Mit der Zeit treten aber Produktionsengpässe auf und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten werden überlastet. Es steigen nur noch die Preise und die Produktionsverhältnisse verschlechtern sich wieder. Umgekehrt hat ein zu hohes Zinsniveau eine Verknappung der Geldversorgung und damit eine zu geringe Nachfrage zur Folge. Die Preise der Güter und Dienstleistungen geraten unter Druck, was die Entwicklung der Wirtschaft hemmt.

Die Wirtschaft eines Landes ist vielen Einflüssen aus dem In- und Ausland ausgesetzt, die zu Schwankungen im Konjunkturverlauf führen. Solche Schwankungen lassen sich nicht vermeiden. Die auf mittelfristige Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik der Nationalbank trägt aber dazu bei, sie in Grenzen zu halten. Sind die Produktionskapazitäten nicht genügend ausgelastet, lässt der Preisauftrieb nach. In einer Phase wirtschaftlicher Überhitzung verstärkt er sich. Die Nationalbank wird daher im ersten Fall ihre Geldpolitik tendenziell lockern, im zweiten Fall wird sie sie straffen. Dadurch berücksichtigt sie die Konjunkturlage und fördert eine ausgeglichene Entwicklung der Wirtschaft.

Die Nationalbank braucht Indikatoren, die darüber Auskunft geben, ob ihr geldpolitischer Kurs im Hinblick auf das Ziel der Preisstabilität angemessen ist. Bis Ende der Neunzigerjahre stand die Entwicklung der Geldaggregate im Vordergrund. Heute stützt sich die Nationalbank auf eine breite Palette realer und monetärer Indikatoren ab. Das geldpolitische Konzept, das seit Anfang 2000 in Kraft ist, besteht aus drei Elementen. Erstens hält die Nationalbank fest, was sie unter Preisstabilität versteht. Zweitens stützt sie ihre geldpolitischen Entscheidungen auf eine mittelfristige Inflationsprognose ab. Drittens setzt sie für einen von ihr gewählten Referenzzinssatz, den Dreimonats-Libor (London interbank offered rate), ein operationelles Zielband fest.

Die Nationalbank setzt Preisstabilität mit einem Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise von weniger als 2% pro Jahr gleich. Damit trägt sie auch der Tatsache Rechnung, dass die Teuerung nicht genau gemessen werden kann. Messprobleme ergeben sich etwa bei qualitativen Änderungen von Gütern und Dienstleistungen. Tendenziell wird durch solche Änderungen die effektive Inflation leicht überzeichnet.

Die Nationalbank gab bis anhin jeweils in der Jahresmitte und am Jahresende eine Prognose über die Entwicklung der Inflation in den folgenden drei Jahren bekannt. Künftig wird sie nach jeder vierteljährlichen Lagebeurteilung eine solche Inflationsprognose veröffentlichen. Der Zeitraum von drei Jahren entspricht dem Zeitbedarf für die Übertragung geldpolitischer Impulse. Prognosen über einen so langen Horizont sind allerdings mit erheblichen Unsicherheiten

Bedeutung der Preisstabilität

Berücksichtigung der Konjunkturlage

Geldpolitisches Konzept

Definition der Preisstabilität

Regelmässige Veröffentlichung einer Inflationsprognose

behaftet. Mit der Publikation einer mittelfristigen Prognose unterstreicht die Nationalbank die Notwendigkeit, eine vorausschauende Haltung einzunehmen und frühzeitig auf Inflations- und Deflationsgefahren zu reagieren. Die Inflationsprognose wird unter der Annahme erstellt, der Referenzzinssatz bleibe während des Prognosezeitraumes konstant. Sie bildet damit die künftige Preisentwicklung bei unveränderten geldpolitischen Rahmenbedingungen ab und lässt sich nicht mit den Prognosen anderer Institutionen vergleichen.

Längerfristig hängt die Preisentwicklung entscheidend vom Verlauf der Geldaggregate ab. Diese spielen daher weiterhin eine bedeutende Rolle als geldpolitische Indikatoren. Es hat sich gezeigt, dass vor allem die Geldmenge M_3 nützliche Informationen vermittelt. In der kürzeren Frist sind andere Indikatoren wesentlich; im Vordergrund stehen Hinweise auf die Entwicklung der Konjunktur und der Wechselkurse. Die Nationalbank kommentiert regelmässig den Verlauf der wichtigen geldpolitischen Indikatoren, die in ihre Inflationsprognose einfließen.

Weicht die prognostizierte Inflation von der Preisstabilität ab, drängt sich eine Überprüfung der Geldpolitik auf. Droht die Teuerung über 2% zu steigen, fasst die Nationalbank eine Straffung der Geldpolitik ins Auge. Umgekehrt sieht sie eine Lockerung vor, wenn die Gefahr einer Deflation besteht.

Die Nationalbank muss damit rechnen, dass kurzfristig unerwartete Preisbewegungen auftreten, etwa als Folge von Ausschlägen der Erdöl- und anderer Importpreise oder der Wechselkurse. Sie reagiert darauf jedoch nur, falls die Gefahr einer anhaltenden inflationären oder deflationären Entwicklung besteht. Eine Glättung kurzfristiger Bewegungen des Preisniveaus wäre mit der Gefahr verstärkter konjunktureller Schwankungen verbunden, die für die Volkswirtschaft eine erhebliche Belastung bedeuten würden.

Die Nationalbank setzt ihre geldpolitischen Absichten um, indem sie das Zinsniveau auf dem Geldmarkt beeinflusst. Sie legt für den Dreimonats-Libor, den wirtschaftlich bedeutendsten Geldmarktsatz für Frankenanlagen, jeweils ein Zielband mit einer Breite von einem Prozentpunkt fest und publiziert dieses regelmässig. Die Nationalbank überprüft in der Regel ihre Geldpolitik anlässlich der vierteljährlichen Lagebeurteilung. Falls es die Umstände erfordern, passt sie das Zielband für den Dreimonats-Libor auch ausserhalb dieser Termine an. Sie begründet allfällige Änderungen.

In die Inflationsprognose einflussende Indikatoren

Überprüfung der Geldpolitik aufgrund der Inflationsprognose

In der Regel kein Ausgleich kurzfristiger Preisbewegungen

Steuerungskonzept für den Geldmarkt – Zielband für den Dreimonats-Libor

2001

2002

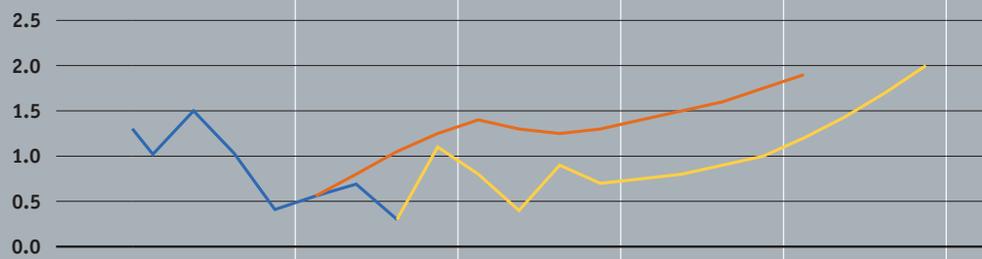
2003

2004

2005

Inflationsprognose

Inflation
Prognose Juni 2002
(Dreimonats-Libor 1,25%)
Prognose Dezember 2002
(Dreimonats-Libor 0,75%)
Veränderung des
Landesindex der
Konsumentenpreise
gegenüber Vorjahr
in Prozent.



Steuerungstechnik

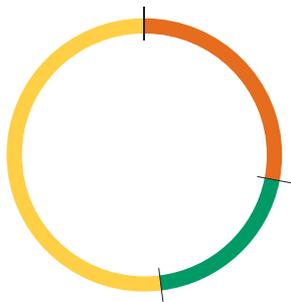
Die Nationalbank beeinflusst den Dreimonats-Libor hauptsächlich über kurzfristige Repo-Geschäfte, ihr wichtigstes geldpolitisches Instrument. Sie kann einen unerwünschten Anstieg des Dreimonats-Libors verhindern, indem sie den Banken mittels Repo-Geschäften vermehrt Liquidität zuführt und ihre Repo-Sätze reduziert (Liquiditätsschaffung). Umgekehrt bewirkt sie durch eine Verknappung der Liquiditätsversorgung bzw. eine Erhöhung der Repo-Sätze einen Zinsanstieg (Liquiditätsabschöpfung). Die Liquidität der Geschäftsbanken in Franken besteht zu einem wesentlichen Teil aus Giroguthaben bei der Nationalbank. Die Nachfrage der Geschäftsbanken nach Giroguthaben ergibt sich vor allem aufgrund der gesetzlichen Liquiditätsvorschriften; der Interbank-Zahlungsverkehr ist dagegen seit der Einführung der Intraday-Liquidität namentlich für die grossen Banken kaum mehr bedeutsam für die Nachfrage nach Giroguthaben. Die Laufzeit der Repos liegt im Normalfall zwischen einem Tag und wenigen Wochen. Kurzfristige Schwankungen der Repo-Sätze weisen kaum auf eine Änderung des geldpolitischen Kurses hin. Sie widerspiegeln vielmehr die Reaktion der Nationalbank auf Unebenheiten bei der Liquiditätsverteilung im Bankensystem und auf andere kurzfristig wirkende Einflüsse.

Repo-Sätze und Dreimonats-Libor

Die Repo-Sätze lassen sich nicht direkt mit dem Libor vergleichen. In der Regel ist der Dreimonats-Libor aus zwei Gründen höher. Zum einen bezieht sich der Libor auf einen Blankokredit, während der Repo-Satz der Preis für ein mit Wertpapieren gesichertes Darlehen ist. Der Libor enthält damit zusätzlich eine Kreditrisikoprämie. Zum anderen sind die Laufzeiten der Repo-Geschäfte meist kürzer als drei Monate und enthalten damit eine geringere Fristigkeitsprämie als der Dreimonats-Libor.

Repo-Geschäft

Beim Repo-Geschäft verkauft der Geldnehmer eigene oder geliehene Wertpapiere an den Geldgeber. Gleichzeitig wird vereinbart, dass der Geldnehmer Papiere gleicher Art und Menge zu einem späteren Zeitpunkt vom Geldgeber zurückkauft. Aus ökonomischer Sicht handelt es sich beim Repo um ein gesichertes Darlehen. Dafür entrichtet der Geldnehmer dem Geldgeber einen Zins.



Hinterlagen aus Repo-Geschäft in Prozent

Franken-Anleihen inländischer Schuldner 28

Franken-Anleihen ausländischer Schuldner 20

Euro Anleihen 52

Total: 27,9 Mrd. Franken.
Ende 2002

Neben Repo-Geschäften stehen der Nationalbank zur Steuerung des Geldmarktes auch Devisenswaps zur Verfügung. Zudem hat die Nationalbank die Möglichkeit, Festgelder, die der Bund bei ihr anlegt, bei den Banken in eigenem Namen, jedoch auf Risiko des Bundes, zu platzieren. Damit kann sie Liquiditätsverschiebungen zwischen dem Bankensystem und dem Bund ausgleichen. Die beiden letzten Instrumente spielen im aktuellen Steuerungskonzept der Nationalbank keine Rolle; seit dem Jahre 2000 werden ausschliesslich Repo-Geschäfte für die Geldmarktsteuerung eingesetzt.

Weitere geldpolitische Instrumente

Instrumente der Geldmarktsteuerung in Mrd. Franken

	2001		2002	
	Bestand Durchschnitt	Umsatz	Bestand Durchschnitt	Umsatz
Repo-Geschäfte (Liquiditätsschaffung)	17,1	923,5	21,7	967,6
weniger als 1 Woche	1,1	250,4	0,8	213,5
1 Woche	9,3	482,0	8,5	445,6
2 Wochen	5,2	139,2	10,2	258,6
3 Wochen	0,9	16,0	1,7	36,6
übrige	0,7	36,0	0,5	13,3
Repo-Geschäfte (Liquiditätsabschöpfung)	0,0	12,4	0,0	0,5
weniger als 1 Woche	0,0	12,4	0,0	0,5
Bundesanlagen	4,9	72,8	5,9	66,3

Die Nationalbank stellt den Geschäftsbanken und der Post während des Tages zinslos Liquidität (Intraday-Liquidität) über Repo-Geschäfte zur Verfügung, um die Abwicklung des Zahlungsverkehrs im SIC (Swiss Interbank Clearing) und der Devisentransaktionen im neu eingeführten CLS-System (Continuous Linked Settlement) zu erleichtern. Die ausschliesslich während des Tages bereitgestellte Liquidität kann nicht zur Erfüllung der gesetzlichen Liquiditätsvorschriften verwendet werden. Diese werden anhand der Werte überprüft, die am Ende des Arbeitstages, also nach der Rückzahlung der Intraday-Liquidität, erreicht werden. Falls eine Bank ihre Intraday-Liquidität nicht am gleichen Arbeitstag zurückzahlt, muss sie darauf einen Zins vergüten, der deutlich über dem Zinssatz für Lombardkredite liegt.

Intraday-Liquidität zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs

Falls eine Bank dringende Liquiditätsbedürfnisse nicht am Geldmarkt abdecken kann, hat sie die Möglichkeit, auf den Lombardkredit der Nationalbank zurückzugreifen. Sie kann diesen jedoch nur bis zur Höhe ihrer mit Wertpapierhinterlagen gesicherten Kreditlimite und nur zum offiziellen Lombardsatz beanspruchen. Die Nationalbank setzt den Lombardsatz ständig zwei Prozentpunkte über dem Tagesgeldsatz fest, um die Banken davon abzuhalten, den Lombardkredit als dauerhafte Refinanzierungsquelle zu benützen.

Lombardkredit als kurzfristige Refinanzierungsquelle in Ausnahmefällen

2 Durchführung

Ausgangslage

Im Dezember 2001 hatte die Nationalbank ihr Zinszielband für den Dreimonats-Libor auf 1,25%–2,25% gesenkt und eine Inflationsprognose mit der Annahme eines konstanten Zinssatzes von 1,75% veröffentlicht. Die Prognose deutete darauf hin, dass die Inflation in der Schweiz im Verlaufe des Jahres 2002 vorübergehend auf rund 0,5% fallen und anschliessend bis zum Ende des dreijährigen Prognosehorizonts schrittweise bis auf 1,5% steigen werde. Für das schweizerische Wirtschaftswachstum prognostizierte die Nationalbank eine Abschwächung von geschätzten 1,5% auf rund 1,0% im Jahre 2002. Die Nationalbank führte daher ihre expansive Geldpolitik vorerst fort, was unter anderem im starken Wachstum der Geldmenge M_3 zum Ausdruck kam.

Neubeurteilung infolge unerwartet schwachen Wirtschaftswachstums und starken Frankens

Im Laufe des Jahres machten vor allem zwei Faktoren mehrmals eine Neubeurteilung der Lage notwendig. Erstens zeigte sich immer deutlicher, dass sich der erwartete Aufschwung verzögern und das ursprünglich prognostizierte Wirtschaftswachstum von 1,0% nicht zu erreichen sein würde. Der zweite Faktor war die Höherbewertung des Frankens. Der Franken hatte sich bereits nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 nominal und real deutlich aufgewertet. Nachdem der Druck vorübergehend nachgelassen hatte, gewann der Franken im April sowie im Juli erneut leicht an Wert. Die Höherbewertung des Frankens hätte bei unverändertem Zinssatz wie eine restriktivere Geldpolitik gewirkt. Dies war vor dem Hintergrund des unerwartet schwachen Wirtschaftswachstums und der tiefen Teuerung unerwünscht.

Senkung des Zielbandes im Mai und im Juli

Die Nationalbank reagierte auf diese Entwicklungen mit einer Senkung des Zinszielbandes in zwei Schritten. Am 2. Mai senkte sie das Zielband um einen halben Prozentpunkt auf 0,75%–1,75%. Am 26. Juli nahm sie eine nochmalige Senkung um erneut einen halben Prozentpunkt auf 0,25%–1,25% vor. Das nachlassende Wirtschaftswachstum und die tiefe Teuerung von unter 1% boten Spielraum für diese insgesamt deutliche Zinsreduktion.

Keine Veränderung des Zielbandes an den planmässigen Lagebeurteilungen

An den vierteljährlichen Lagebeurteilungen liess die Nationalbank das Zinszielband unverändert. Im März gab es noch keinen Grund für eine Änderung der Geldpolitik. Ausgehend von günstigen Konjunkturdaten aus den USA hatte sich die Stimmung sogar leicht verbessert, was sich auch in steigenden Aktienkursen niederschlug. Im Juni und September war zu berücksichtigen, dass das Zinszielband bereits zweimal, am 2. Mai bzw. am 26. Juli, gesenkt worden war. Es gab daher an diesen beiden vierteljährlichen Lagebeurteilungen kaum Anlass, zusätzliche Massnahmen zu treffen. Auch im Dezember liess die Nationalbank das Zielband unverändert. Sie führte ihre expansive Geldpolitik fort, um den erwarteten Aufschwung zu unterstützen.

Geldmarktsätze

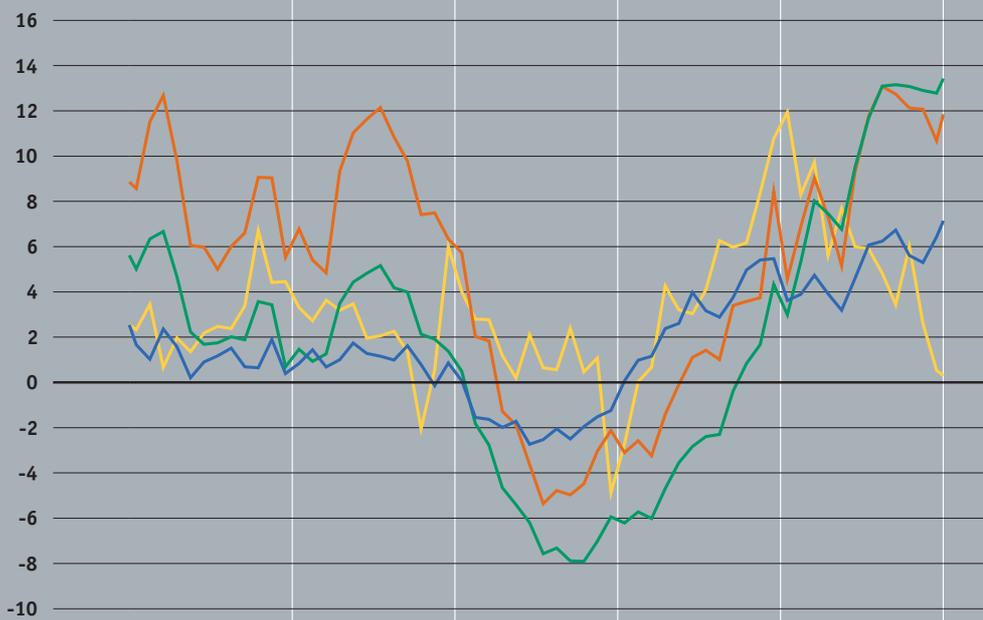
— Dreimonats-Libor
— Repo-Satz 1 Woche
 Zielband
 Tageswerte.



Die im Juni 2002 publizierte Inflationsprognose deutete darauf hin, dass die Teuerung bei einem unveränderten Dreimonats-Libor von 1,25% gegen Ende des Prognosehorizonts rasch und deutlich steigen würde. Einen ähnlichen Verlauf zeigte auch die im Dezember 2002 publizierte Inflationsprognose, die auf einem konstanten Dreimonats-Libor von 0,75% basiert. Beide Prognosen signalisierten somit, dass das tiefe Zinsniveau vorerst angemessen sei, längerfristig aber ohne Gefährdung der Preisstabilität nicht aufrechterhalten werden könne.

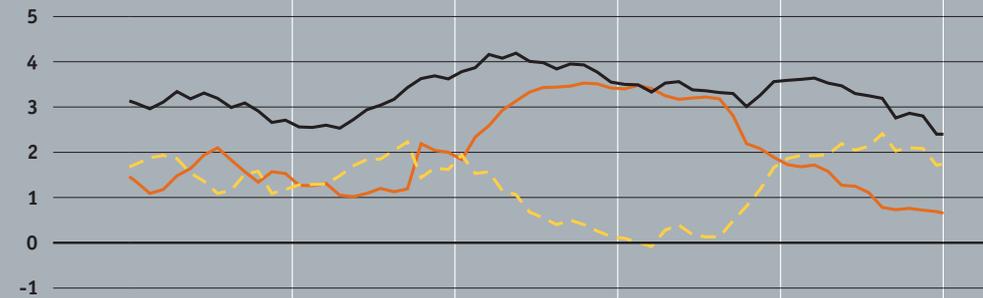
Geldaggregate

— Notenbankgeldmenge
— M_1
— M_2
— M_3
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent.



Geld- und Kapitalmarktsätze

— Dreimonats-Libor
— Rendite eidgenössischer Obligationen
- - - Differenz in Prozentpunkten



1 Volksabstimmung über die Goldinitiative und den Gegenvorschlag der Bundesversammlung

Am 22. September 2002 fand die Eidgenössische Volksabstimmung über die Verwendung der für geld- und währungspolitische Zwecke nicht mehr benötigten Nationalbankreserven statt. Dabei wurde weder die Volksinitiative vom 30. Oktober 2000 «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» noch der Gegenvorschlag der Bundesversammlung vom 22. März 2002 «Gold für AHV, Kantone und Stiftung» angenommen. Der Geld- und Währungsartikel der Bundesverfassung (Art. 99 BV) blieb somit inhaltlich unverändert und wurde auch nicht mit einer Übergangsbestimmung ergänzt. Die Frage der Verwendung der nicht mehr benötigten Reserven ist wieder offen. Es gilt uneingeschränkt die verfassungsmässige Vorschrift, wonach der Reingewinn der Schweizerischen Nationalbank zu mindestens zwei Dritteln an die Kantone geht (Art. 99 Abs. 4 BV).

Doppeltes Nein

Das Fehlen einer besonderen Rechtsgrundlage für die Verwendung der nicht mehr benötigten Reserven bedeutet, dass diese vorderhand nicht für andere öffentliche Zwecke verfügbar sind. Sie verbleiben in der Bilanz der Nationalbank. Die Erträge aus den investierten Goldverkäufen fliessen in die ordentliche Erfolgsrechnung. Die Nationalbank erachtet indessen eine Ausgliederung der nicht mehr benötigten Reserven als wünschbar, damit Interessenkonflikte zwischen der Geldpolitik und der Vermögensverwaltung vermieden werden.

Bedeutung für die Nationalbank

2 Totalrevision des Nationalbankgesetzes

Vernehmlassungsergebnisse

Der Bundesrat nahm am 16. Januar 2002 Kenntnis von den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens, das auf der Grundlage eines Expertenentwurfs zur Totalrevision des Nationalbankgesetzes durchgeführt worden war (vgl. 94. Geschäftsbericht, Seite 47). Er stellte fest, dass der Gesetzesentwurf auf breite Zustimmung gestossen war und veröffentlichte den Vernehmlassungsbericht.

Festlegen von Leitlinien durch den Bundesrat

Gleichzeitig fällte der Bundesrat eine Reihe von Grundsatzentscheiden zum weiteren Vorgehen. So beschloss er, an der Rechtsform der spezialgesetzlichen Aktiengesellschaft für die Nationalbank festzuhalten, und er entschied sich für einen rechtlichen Doppelsitz in Bern und Zürich. Der Bundesrat bestätigte die im Vernehmlassungsentwurf vorgeschlagene Formulierung des Notenbankauftrags: «Die Nationalbank führt die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes. Sie gewährleistet die Preisstabilität. Dabei beachtet sie die konjunkturelle Entwicklung.» Er schlug eine dreiteilige Rechenschaftspflicht der Nationalbank gegenüber Bundesrat, Parlament und Öffentlichkeit vor, die das Gegengewicht zur Unabhängigkeit bilden soll. In den Grundzügen umriss er die Ausgestaltung der Mindestreservepflicht und der Überwachung von Zahlungssystemen. An der Verteilung der Nationalbankgewinne an Bund und Kantone im Verhältnis einen Drittel zu zwei Dritteln hielt der Bundesrat fest. Weiter entschied er, dass der Bankrat die Höhe der Rückstellungen zu genehmigen habe, und sprach sich für eine Verkleinerung des Bankrates von 40 auf neu 11 Mitglieder aus.

Botschaft und Gesetzesentwurf zuhanden der Eidgenössischen Räte

Gestützt auf diese Vorgaben arbeitete das Eidgenössische Finanzdepartement, unter Mitwirkung der Nationalbank, die Botschaft über die Revision des Nationalbankgesetzes aus. Sie wurde vom Bundesrat am 26. Juni 2002 zuhanden der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Die dem Parlament zugeleitete Revisionsvorlage weist gegenüber dem Vorentwurf der Expertengruppe einige bedeutsame Weiterentwicklungen auf: So ist unter den Aufgaben der Nationalbank nunmehr auch die Mitverantwortung für die Stabilität des Finanzsystems erwähnt; damit erhält die Funktion des «Lender of last resort», des letztinstanzlichen Kreditgebers, eine gesetzliche Verankerung. Ferner sollen neben risikomässig relevanten Zahlungssystemen auch Effektenabwicklungssysteme einer Überwachung durch die Nationalbank unterstellt werden; die Zusammenarbeit zwischen Systemüberwachung (durch die Nationalbank) und Institutsaufsicht (durch die Bankenkommission oder eine ausländische Aufsichtsbehörde) wird im Nationalbankgesetz ausdrücklich geregelt. Zugleich werden verschiedene Änderungen des Banken- und des Börsengesetzes vorgeschlagen, die darauf abzielen, den aufsichtsrechtlichen Rahmen für die Systembetreiber besser auf deren Besonderheiten zuschneiden zu können. Im Bereich der Mindestreserven erhält die Nationalbank die Kompetenz, die Reservepflicht auf dem Verordnungsweg auf Emittenten von elektronischem Geld sowie weitere Emittenten von Zahlungsmitteln auszudehnen; ferner konkretisiert das Gesetz die Basis für die Berechnung der Mindestreserven in verschiedener Hinsicht.

3 Neue Gewinnausschüttungsvereinbarung

Am 5. April 2002 schlossen das Eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank eine neue Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank ab. Die neue Vereinbarung löst die geltende Gewinnausschüttungsvereinbarung vom 24. April 1998 ab, welche die Ausschüttungen an Bund und Kantone bis und mit Geschäftsjahr 2002 auf 1,5 Mrd. Franken pro Jahr festlegt. Die neue Vereinbarung gilt für eine Periode von 10 Jahren, umfasst also die Geschäftsjahre 2003 bis 2012 der Nationalbank.

Die Nationalbank hielt Ende 2001 Rückstellungen für Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Betriebsrisiken, die um 13,4 Mrd. Franken über ihrem angestrebten Bestand lagen. Dieser Überschuss soll über eine Periode von 10 Jahren abgebaut werden. Das erlaubt, die Gewinnausschüttung ab Frühling 2004 auf Fr. 2,5 Mrd. pro Jahr zu erhöhen. Zudem kann bereits die gemäss geltender Vereinbarung im Frühling 2003 fällige Gewinnausschüttung von 1,5 Mrd. Franken mit einer Sonderausschüttung von 1 Mrd. Franken auf 2,5 Mrd. Franken erhöht werden. Nach Abbau des ausschüttbaren Überschusses wird die Gewinnausschüttung der Nationalbank sich nur noch in Höhe der effektiv erzielten Erträge – aus heutiger Sicht rund 900 Mio. Franken pro Jahr – bewegen.

Die Gewinnausschüttungsvereinbarung wurde auch materiell verfeinert. Die Faustregel, dass die Rückstellungen der Nationalbank im Gleichschritt mit dem Wirtschaftswachstum zunehmen sollen, stellt neu auf das nominelle Bruttoinlandprodukt (früher Bruttosozialprodukt) als Messgrösse ab. Die Berechnung der Höhe der angestrebten Währungsreserven berücksichtigt neben den Devisenreserven neu auch die Goldreserven (Basis: 1290 Tonnen Gold). Die freien Aktiven der Nationalbank in der Höhe von 1300 Tonnen Gold bzw. dem Erlös aus zwischenzeitlich getätigten Goldverkäufen bleiben von der Berechnung ausgeklammert. Wie bis anhin wird eine Untergrenze für den Bestand an Rückstellungen sicherstellen, dass die Führung der Geld- und Währungspolitik auch bei unerwarteten Ertragseinbrüchen der Nationalbank nicht gefährdet wird: Die Rückstellungen dürfen den angestrebten Bestand nicht um mehr als 10 Mrd. Franken unterschreiten. Gleichzeitig sorgt eine neu eingeführte Obergrenze dafür, dass der vorgesehene Abbau der überschüssigen Rückstellungen nicht infolge höherer als der prognostizierten Notenbankerträge unnötig verzögert wird: Die Rückstellungen dürfen den vorgesehenen Abbaupfad nicht um mehr als 10 Mrd. Franken überschreiten. In jedem Fall wird die Höhe des vereinbarten Ausschüttungsbetrags nach fünf Jahren überprüft.

Ersatz für die
Vereinbarung 1998

Erhöhte Gewinnausschüttung

Inhaltliche Verfeinerungen

Weitere Notenbankaufgaben

1 Anlage der Aktiven

1.1 Grundlagen

Die Aktiven der Nationalbank bestehen im Wesentlichen aus den Devisen- und Goldreserven sowie den Finanzaktiven in Franken (Wertpapieren sowie Forderungen aus Repo-Geschäften). Sie bilden einen Bestandteil des schweizerischen Volksvermögens und erfüllen wichtige geld- und währungspolitische Funktionen. Ihre Zusammensetzung wird hauptsächlich durch die geltende Währungsordnung sowie die Bedürfnisse der Geldpolitik bestimmt.

Ein beträchtlicher Teil der Aktiven der Nationalbank dient unmittelbar der Durchführung der Geldpolitik. Für die Versorgung der Wirtschaft mit Notenbankgeld und die Steuerung der Geldmarktzinsen kauft die Nationalbank von den Banken vorübergehend Wertpapiere (Repos) oder Devisen (Swaps). Im Jahre 2002 erfolgte die geldpolitische Steuerung ausschliesslich durch Repo-Geschäfte.

Als Währungsreserven gelten jene Aktiven der Nationalbank, die für internationale Zahlungszwecke verwendet werden können, insbesondere Devisenreserven und Gold. Die Nationalbank kann jederzeit Devisenreserven gegen Franken verkaufen, um den Aussenwert des Frankens zu stützen. Der monetäre Goldbestand der Nationalbank trägt dazu bei, dass die Schweiz in Notlagen gegenüber dem Ausland zahlungsfähig bleibt.

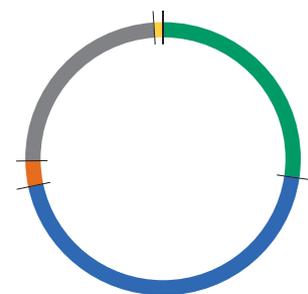
Seit dem Frühjahr 2000 verkauft die Nationalbank den für geld- und währungspolitische Zwecke nicht mehr benötigten Teil der Goldreserven (vgl. 93. Geschäftsbericht, Seite 51). Der Verkauf erfolgt im Rahmen des Abkommens zwischen 15 europäischen Zentralbanken vom September 1999, das die Grundlage der jährlichen Verkaufskontingente bildet. Die Erlöse aus den Goldverkäufen werden gesondert bewirtschaftet, aber nicht separat ausgewiesen, da sie kein Sondervermögen im juristischen Sinne darstellen.

Wesen und Zweck der Nationalbankaktiven

Rolle der Aktiven im Rahmen der Geldpolitik

Devisenreserven und Gold

Freie Aktiven



Struktur der Nationalbankaktiven in Prozent

Gold	27
Devisenreserven	44
Übrige Fremdwährungsaktiven	3
Inländische Finanzaktiven	24
Übrige Inlandaktiven	1

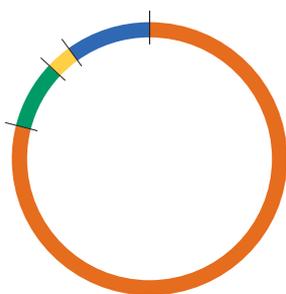
Total: 116 Mrd. Franken.
Bilanzwerte, Durchschnitt

Das Nationalbankgesetz bestimmt sowohl den Kreis der Aktiven, welche die Nationalbank erwerben darf, als auch die Instrumente, die sie zu deren Bewirtschaftung einsetzen kann. Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, der intern festgesetzten Risikogrenzen und der Erfordernisse ihres geld- und währungspolitischen Auftrags bewirtschaftet die Nationalbank ihre Aktiven möglichst ertragreich.

1.2 Monetäre Devisenreserven

Die Nationalbank legt ihre monetären Devisenreserven – d.h. die Fremdwährungsanlagen ohne den Teil, der den freien Aktiven (siehe Seite 55) zugeordnet ist – zur Hauptsache in sicheren und liquiden Wertpapieren sowie zu einem kleinen Teil in Festgeldanlagen bei ausländischen Banken an. Sie achtet darauf, dass sie die Anlagen nötigenfalls kurzfristig und ohne grössere Kurseinbussen verkaufen kann. Gemäss Nationalbankgesetz können handelbare Schuldverschreibungen ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und ausländischer Banken erworben werden. Auf die Absicherung des Währungsrisikos auf den Devisenreserven wird verzichtet, da damit deren Einsatzfähigkeit im Interventions- oder Krisenfall eingeschränkt wäre.

Das Direktorium legt die anlagepolitischen Richtlinien fest, innerhalb derer ein internes Anlagekomitee die detaillierte Währungsallokation und das zulässige Zinsrisiko bestimmt. Das Portfoliomanagement der Nationalbank orientiert sich bei jeder einzelnen Währung an einem Referenzportefeuille. Der Bewirtschaftungserfolg der Portfolios wird an der Rendite dieser Referenzportefeuilles gemessen.



**Monetäre Devisenreserven
nach Schuldnern**
(ohne freie Aktiven)
in Prozent

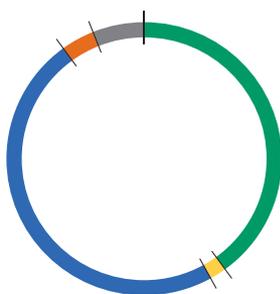
Staatspapiere 79

Wertpapiere mit indirekter
Staatsgarantie 8

Währungs-
institutionen 3

Banken 10

Total: 42,9 Mrd. Franken.
Ende 2002



**Monetäre Devisenreserven
nach Währungen**
(ohne freie Aktiven)
in Prozent

US-Dollar 40

Kanadischer Dollar 2

Euro 48

Dänische Krone 4

Britisches Pfund 6

Total: 42,9 Mrd. Franken.
Ende 2002

Im Jahre 2002 wurden die Devisenreserven zugunsten einer Erhöhung des Repo-Bestandes um rund 1,6 Mrd. Franken reduziert. Die Duration (durchschnittliche Kapitalbindungsdauer) der Devisenreserven wurde zu Beginn des Jahres von vier auf fünf Jahre verlängert. Dies wirkte sich im Umfeld sinkender Zinsen positiv auf das Ergebnis aus. Die Yen-Anlagen wurden aufgelöst. Zur Steuerung der Duration setzte die Nationalbank neben Futures auch Zinsswaps ein. Insgesamt rentierten die monetären Devisenreserven mit 0,4%, verglichen mit 5,2% im Vorjahr. Ihr Stand betrug Ende 2002 42,9 Mrd. Franken und lag damit 0,7 Mrd. unter dem Vorjahreswert.

Jahresergebnis monetäre Devisenanlagen Renditen in Prozent

Währungsportfeuille	2000		2001		2002	
	lokale Währung	Franken	lokale Währung	Franken	lokale Währung	Franken
US-Dollar	10,1	12,6	6,3	9,1	12,1	-7,3
Euro	6,0	0,7	5,7	2,7	9,2	7,1
Yen	1,0	-8,1	1,9	-8,6	-	-
Britisches Pfund	8,6	2,8	5,7	5,0	8,3	-9,3
Dänische Krone	5,5	-0,2	5,6	3,0	9,4	7,5
Kanadischer Dollar	7,9	6,9	7,9	4,0	8,7	-0,2
Gesamte Devisenreserven		5,8		5,2		0,4

Externe Vermögensverwalter bewirtschafteten Ende 2002 9,7% der Devisenreserven. Die Verwaltungsmandate erschliessen Anlagesegmente wie hypothekarisch gesicherte Wertpapiere in den USA und internationale Obligationen-Portefeuilles. Die Geschäftsabwicklung für die extern verwalteten Devisenreserven erfolgt durch eine spezialisierte Depotbank.

1.3 Franken-Obligationen

Anlagegrundsätze

Die Nationalbank hält einen Teil ihrer Aktiven in Franken-Obligationen. Sie bewirtschaftet dieses Portefeuille unter der Einschränkung, dass die Anlageentscheide die Geldpolitik weder stören noch von ihr profitieren dürfen. Sie verfolgt daher eine passive Anlagepolitik, indem sie einen für den Markt repräsentativen Index für Franken-Anleihen nachbildet. Der Index berücksichtigt alle vom Nationalbankgesetz zugelassenen Schuldner: Bund, Kantone und Gemeinden, in- und ausländische Banken und Pfandbriefinstitutionen, ausländische Staaten sowie internationale Organisationen.

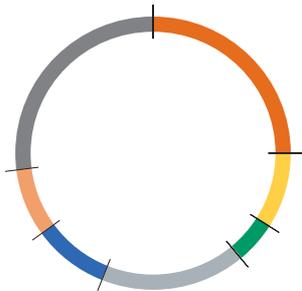
Anlageergebnis

Ende 2002 betrug der Marktwert des Portefeuilles – ohne den Teil, der den freien Aktiven zugeordnet ist – 6,0 Mrd. Franken, verglichen mit 5,5 Mrd. im Vorjahr. Mit 4,6 Jahren entsprach die Duration des Portefeuilles derjenigen des Benchmarks. Aufgrund des Zinsrückgangs war die Rendite des Portefeuilles mit 10,0% deutlich höher als im Vorjahr (4,3%).

1.4 Goldleihe und Goldreserven

Anlagegrundsätze

Das Goldabkommen vom September 1999 zwischen 15 europäischen Zentralbanken verpflichtet die Nationalbank, ihr Goldleihgeschäft auf den damaligen Stand von 328 Tonnen zu begrenzen. Ende 2002 betrug der Bestand an ausgeliehenem Gold 254,6 Tonnen. Gegenparteien der Nationalbank sind rund zwanzig in- und ausländische Finanzinstitute. Sie entschädigen die vorübergehende Überlassung des Goldes mit einem Zins.



**Franken-Wertschriften
nach Schuldnern**
(ohne freie Aktiven)
in Prozent

Bund	25
Kantone	9
Gemeinden	5
Pfandbriefinstitute	17
Banken	9
Internationale Organisationen	8
Ausländische Schuldner	27

Total: 6,0 Mrd. Franken.
Ende 2002

Einen Teil der Goldleihgeschäfte schliesst die Nationalbank gegen Hinterlage von Wertpapieren als Sicherheit ab. Solche Hinterlagen senken das Kreditrisiko deutlich, reduzieren jedoch gleichzeitig den Ertrag. Ende 2002 waren 37,7% aller Goldleihgeschäfte durch Wertpapierhinterlagen gesichert. Die gedeckten Goldleihgeschäfte konzentrierten sich auf Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren.

**Langfristige Leihgeschäfte
gegen Wertpapierdeckung**

Im Jahre 2002 erzielte die Nationalbank mit der Goldleihe eine Rendite von 1,2%. Der starke Rückgang der kurzfristigen Goldleihraten veranlasste sie, ihr Portefeuille an ungedeckten Leihgeschäften zu reduzieren. Am Jahresende betrug die durchschnittliche Restlaufzeit des Goldleihportfolios 12,3 Monate.

Anlageergebnis

1.5 Freie Aktiven

Am 22. September 2002 lehnten Volk und Stände sowohl die Goldinitiative als auch den Gegenvorschlag der Bundesversammlung ab (siehe Seite 47). Der für geld- und währungspolitische Zwecke nicht mehr benötigte Teil der Goldreserven bleibt daher vorerst in der Hand der Nationalbank, wird jedoch weiterhin sukzessive verkauft. Der Erlös aus diesen Verkäufen wird in verschiedene Finanzanlagen investiert, die getrennt von den Währungsreserven verwaltet werden. Der Anlageprozess ist ähnlich strukturiert wie bei den Devisenreserven. Im Rahmen der vom Direktorium festgelegten Anlagestrategie bestimmt ein interner Steuerungsausschuss die detaillierten Anlagerichtlinien und Bewirtschaftungsmassnahmen. Der Bewirtschaftungserfolg wird an der Rendite von Referenzportefeuilles gemessen.

Grundsätze

Im Jahre 2002 verkaufte die Nationalbank 281,9 Tonnen Gold zum Durchschnittspreis von 310,3 Dollar pro Unze. Der Erlös betrug 4,4 Mrd. Franken. Von den vorgesehenen 1300 Tonnen waren damit bis zum Jahresende 673,5 Tonnen verkauft. Die Verkäufe erfolgten regelmässig und in Mengen, die den Markt so weit wie möglich schonen.

Goldverkäufe

Die Möglichkeiten, den weiteren zum Verkauf vorgesehenen Goldbestand gegen eine ungünstige Entwicklung des Goldpreises in Franken zu schützen, sind durch das Goldabkommen vom September 1999 stark eingeschränkt. Die Nationalbank darf daher das Goldpreisrisiko nicht mit derivativen Instrumenten absichern. Sie kann jedoch das Währungsrisiko auf den künftigen, in Dollar anfallenden Golderlösen reduzieren. Aus diesem Grunde tätigte sie Dollar-Terminverkäufe gegen Franken und Euro in einem Ausmass von 35% der zukünftigen Dollarerlöse. Im Jahre 2002 ergab sich infolge des Rückgangs des Dollarkurses aus den Absicherungsgeschäften ein Gewinn in der Höhe von 741,3 Mio. Franken, nach einem Verlust von 317,0 Mio. im Vorjahr.

**Absicherung eines Teils des
Währungsrisikos auf den
zukünftigen Goldverkäufen**

Anlage der Erlöse aus dem Goldverkauf

Die Erlöse aus den Goldverkäufen werden ausschliesslich bei Schuldern sehr guter Bonität angelegt. Das Portefeuille besteht hauptsächlich aus Obligationen öffentlich-rechtlicher Institutionen sowie zu einem kleinen Teil aus Festgeldern bei in- und ausländischen Banken. Ende 2002 bestanden 11% des Anlageportefeuilles aus Obligationen in Franken; weitere 57% waren gegen Währungsrisiken abgesichert. Das übrige Portefeuille war in Euro (21%), US-Dollar (4%) und anderen Währungen (7%) angelegt. Die Duration des Portefeuilles betrug 3 Jahre. Netto wurde eine Rendite von 5,2% erzielt.

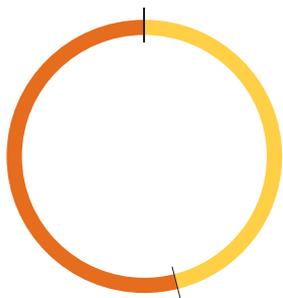
Stand der freien Aktiven am Jahresende

Ende 2002 betrug der Marktwert der freien Aktiven 21,0 Mrd. Franken. Davon entfielen 9,7 Mrd. auf das weitere zum Verkauf vorgesehene Gold sowie insgesamt 11,0 Mrd. auf die Anlagen in Devisen und Franken. Der Marktwert der freien Aktiven lag 0,7 Mrd. Franken über der Rückstellung für die Abtretung der freien Aktiven in Höhe von 20,3 Mrd. Franken. Die Differenz rührt daher, dass der Ertrag aus der Bewirtschaftung der Goldverkaufserlöse nicht dieser Rückstellung zugerechnet wird.

Zweck des Risikomanagements

1.6 Risikomanagement

Das Risikomanagement erfasst, beurteilt, begrenzt und überwacht alle massgeblichen finanziellen Risiken, welche die Nationalbank durch ihre Aktivitäten auf den Geld- und Kapitalmärkten eingeht. Im Zentrum des Risikomanagements stehen jene Aktiven, die unter Ertragsgesichtspunkten bewirtschaftet werden, namentlich die Devisenreserven und die freien Aktiven. Von ausschlaggebender Bedeutung sind die Marktrisiken, d.h. Währungs-, Goldpreis- und Zinsrisiken. Daneben geht die Nationalbank im Rahmen ihrer Anlage- und der Geldpolitik auch gewisse Kreditrisiken ein. Die Anlagen beschränken sich auf Schuldner mit überdurchschnittlicher Bonität. Die Risikomessung beruht auf gängigen Risikokennziffern und Verfahren. Bei den Marktrisiken stehen Sensitivitäts- und Value-at-Risk-Analysen im Vordergrund, bei den Kreditrisiken öffentlich zugängliche Rating-Informationen.



Marktwert der freien Aktiven in Prozent

Gold (zum Verkauf vorgesehen) 46

Anlagen in Fremdwährungen und Franken 54

Total: 21,0 Mrd. Franken.
Ende 2002

Die Risikobegrenzung erfolgt über ein System von Richtlinien und Limiten. Die strategischen Vorgaben für das Marktrisiko werden vom Direktorium festgelegt, jene für das Kreditrisiko von den Bankbehörden. Ein internes Risikokomitee setzt die Vorgaben in konkrete Richtlinien um und steuert den Überwachungsprozess. Die Einhaltung der Richtlinien und Limiten wird systematisch überwacht. Die Ergebnisse der Risikoüberwachung werden direkt den zuständigen Linien- und Aufsichtsinstanzen der Nationalbank gemeldet. Die Oberaufsicht liegt beim Bankrat, wobei eine Zweierdelegation des Bankausschusses speziell für die Risikoaufsicht zuständig ist.

**Risikobegrenzung und
Kontrollprozess**

Im Jahre 2002 nahm die Nationalbank in der Anlagepolitik leichte Änderungen vor. Mit der Verlängerung der Duration der Devisenreserven von 4 auf 5 Jahre zu Beginn des Jahres wurden mehr Zinsrisiken in Kauf genommen. Gleichzeitig wurden die in Yen gehaltenen Devisenreserven zugunsten von Euro und US-Dollar aufgelöst. Im Jahresverlauf wurden die Kreditrisiken reduziert, indem die Limiten für Bankanlagen und für Anlagen bei den grossen amerikanischen Hypothekarinstituten vermindert wurden. Im Risikoprofil der Aktiven ergab sich eine leichte Verschiebung, indem sich der Anteil der Zinsrisiken am Gesamtrisiko etwas erhöhte. Der überwiegende Teil des Gesamtrisikos stammte jedoch weiterhin von Wechselkursen und Goldpreis.

**Risikoentwicklung im
Jahre 2002**

Die Ertragsschwankungen waren im Vergleich zum Vorjahr insgesamt höher. Insbesondere der Goldpreis und die Preise der Anleihen schwankten stärker als im Vorjahr. Der deutliche Renditerückgang an den Obligationenmärkten führte zu Kursgewinnen auf den Anlagen. Auch der Goldpreis in Franken stieg an. Dagegen resultierten auf allen Anlagewährungen Verluste, die deutlichsten im Dollar. Während es die Rolle der Nationalbank erfordert, das Währungsrisiko auf den monetären Devisenreserven ungedeckt zu belassen, wurde dieses Risiko bei den freien Aktiven durch Devisentermingeschäfte stark eingedämmt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Absicherungsgrad erhöht, so dass der Dollarkursrückgang das Anlageergebnis der freien Aktiven nur geringfügig beeinflusste. Das Gesamtrisiko der freien Aktiven wurde dominiert durch das Preisrisiko auf den noch unverkauften Goldbeständen, trotz der teilweisen Absicherung des darin enthaltenen Dollarrisikos.

Höhere Ertragsschwankungen

Liquiditätsrisiken begegnet die Nationalbank, indem sie den grössten Teil ihrer Anlagen in den weltweit liquidesten Währungen und Anlagemärkten hält. Damit ist das Liquiditätsrisiko über die wichtigsten Märkte diversifiziert.

**Diversifikation des
Liquiditätsrisikos**

2 Zahlungsverkehr

2.1 Grundlagen

Übersicht

Die Hauptträger des schweizerischen Zahlungsverkehrs sind die Nationalbank, die Banken und die Post. Die Nationalbank versorgt die Volkswirtschaft über das Bankensystem und die Post mit Bargeld. Zuständig für die operative Abwicklung des elektronischen Zahlungsverkehrs sind die Telekurs-Gruppe (ein Gemeinschaftsunternehmen der Banken) sowie die Post. Die Nationalbank überwacht das Swiss Interbank Clearing (SIC) und führt in diesem System die Konten der Teilnehmer. Das SIC ist das wichtigste Zahlungssystem in der Schweiz. Es wickelt von Grossbetragszahlungen bis zum Massenzahlungsverkehr nahezu alle Interbankverpflichtungen ab. Das SIC wird laufend den aktuellen Bedürfnissen angepasst.

2.2 Bargeldloser Zahlungsverkehr

Mehr Zahlungen mit weniger Volumen im SIC

Ende 2002 zählte das SIC 314 Teilnehmer, verglichen mit 313 Teilnehmern Ende 2001. Im Jahre 2002 wurden durchschnittlich 705 000 Zahlungen pro Tag in der Höhe von 180 Mrd. Franken abgewickelt. Dies sind 61 000 Zahlungen mehr, jedoch 2 Mrd. Franken weniger als im Vorjahr.

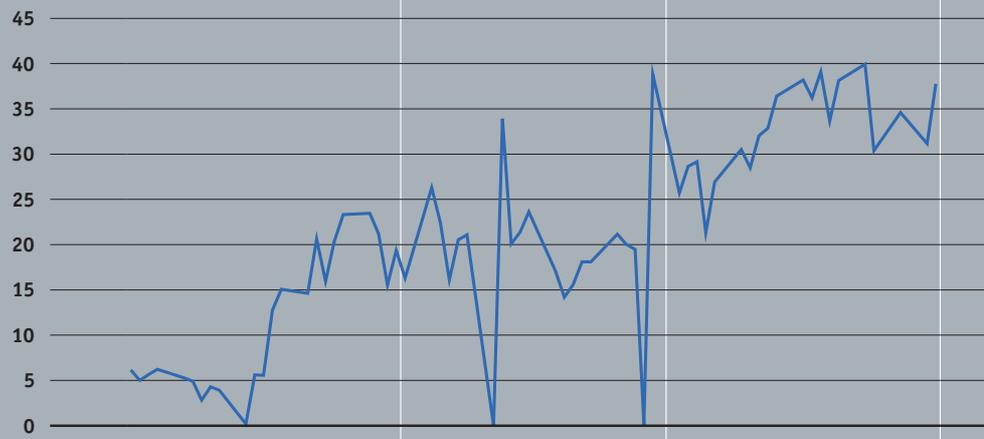
Zahlungsströme im SIC

	1998	1999	2000	2001	2002
Transaktionen pro Tag in Tausend					
Durchschnitt	529	556	596	644	705
Maximum	1 323	1 384	1 821	2 078	1 874
Betragsvolumen pro Tag in Mrd. Franken					
Durchschnitt	182	170	178	182	180
Maximum	270	296	291	274	270
Liquiditätshaltung pro Tag Durchschnitt in Mio. Franken					
Giroguthaben (Tagesende)	3 710	3 503	3 336	3 339	3 327
Intraday-Kredite		2 221	2 074	2 566	3 897

Mrd. Franken

Tageswerte.
CLS: Continuous Linked
Settlement System

Betragsvolumen der Transaktionen im CLS System



Massenzahlungssysteme im SIC

Das Betragsvolumen der Massenzahlungen im SIC belief sich im Jahre 2002 auf 0,7% des gesamten Umsatzes im SIC. Erbracht wurden folgende Interbankdienstleistungen: Datenträgeraustausch (DTA), Lastschriftenverfahren (LSV), Bancomat-Bezüge, EFTPOS-Zahlungen (Debitkartenzahlungen), Check-Zahlungen, Tancomat-Zahlungen und CASH-Bezüge.

Euro-Zahlungsverkehr

Um über einen Zugang zum Euro-Zahlungssystem TARGET (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer) zu verfügen, betreiben die Schweizer Banken und die Post eine spezielle Clearingbank in Frankfurt, die Swiss Euro Clearing Bank (SECB). Die SECB betreibt das Zahlungssystem euroSIC, das ähnlich wie das SIC System aufgebaut ist. Über diese Bank wickeln die meisten Schweizer Banken und die Post ihre Überweisungen in Euro ab. Das Betragsvolumen nahm im Jahre 2002 leicht zu und betrug im Durchschnitt 1,7 Mrd. Euro pro Tag, verglichen mit 1,5 Mrd. im Vorjahr. Die Anzahl der euroSIC-Zahlungen stieg auf 1,6 Mio. Zahlungen; davon waren rund 40% grenzüberschreitende Zahlungen.

Start des Continuous Linked Settlement System

Im September 2002 nahm das Continuous Linked Settlement (CLS) System den Betrieb auf. CLS ist ein globales Zahlungssystem, das beide Seiten einer Devisentransaktion Zug-um-Zug abwickelt und damit bestehende Erfüllungsrisiken eliminiert. Die Abwicklung von Frankenbeträgen im CLS wird über eine direkte Verbindung zwischen SIC und der CLS Bank, der Betreiberin des CLS Systems, ermöglicht. Zwischen Oktober und Dezember wurden durchschnittlich 1418 Transaktionen pro Tag mit einem Gesamtwert von 20,5 Mrd. Franken pro Tag abgewickelt.

2.3 Bargeldversorgung

Der Notenumlauf stieg im Jahre 2002 gegenüber dem Vorjahr wiederum deutlich an. Die prozentuale Zunahme fiel im vierten Quartal am geringsten aus, was auf die im Vorjahr infolge der Einführung des Euro-Bargeldes überhöhten Werte zurückzuführen ist. Im Jahresdurchschnitt betrug der Notenumlauf 35,1 Mrd. Franken und übertraf damit den Vorjahreswert um 6,4%. Besonders der Umlauf der zwei grössten Notenabschnitte bewegte sich auf sehr hohem Niveau. Der durchschnittliche Münzumlauf lag mit 2,3 Mrd. Franken auf der Höhe des Vorjahres.

Die Nationalbank setzte 114,0 Mio. druckfrische Banknoten im Nominalwert von insgesamt 7,9 Mrd. Franken in Umlauf. Sie vernichtete 116,6 Mio. beschädigte oder zurückgerufene Noten im Nominalwert von 8,5 Mrd. Franken.

Die Bankstellen der Nationalbank verzeichneten eine Zunahme der wertmässigen Kassenumsätze von 8,6% auf 135,8 Mrd. Franken. Sie nahmen rund 448 Mio. oder 16,7% mehr Noten entgegen als im Vorjahr und prüften sie auf Echtheit und Qualität. Die Umsatzzunahme ist auf eine Erhöhung der Transaktionen mit den im Markt tätigen Bargeldverarbeitern zurückzuführen. Dabei handelt es sich um spezialisierte Unternehmen, die sich im Auftrag von Dritten der Sortierung und Verteilung von Bargeld annehmen.

Die Reorganisation der Bargeldverarbeitung der Post sowie die schweizweite Tätigkeit der Bargeldverarbeiter vermindern die Bargeldumsätze des Agenturnetzes und der Korrespondenten, die für die lokale Entgegennahme und Ausgabe von Banknoten und Münzen zur Verfügung stehen. Daher wurden per Ende 2002 die Agenturen in Weinfelden und Bellinzona aufgehoben. Immer mehr Finanzinstitutionen, die zum direkten Verkehr mit der Nationalbank berechtigt sind, lagern ihre Bargeldtätigkeiten an Bargeldverarbeiter aus. Diese konzentrieren ihre Verarbeitung meist in den Agglomerationen Zürich, Bern oder Genf und bevorzugen den Verkehr mit den dortigen Kassen der Nationalbank. Die Bankstellen Bern, Genf und Zürich verzeichneten daher wachsende Noteneingänge, während in Lugano weniger Noten als im Vorjahr eingezahlt wurden.

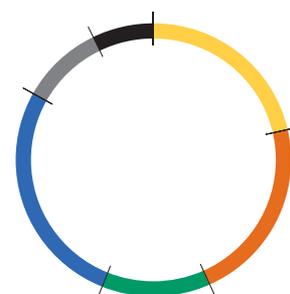
Bei der Verarbeitung der eingegangenen Banknoten stellte die Nationalbank 342 (Vorjahr: 504) Fälschungen sicher und übergab diese der Polizei. Insgesamt wurde in der Schweiz rund das Zehnfache an Fälschungen schweizerischer Banknoten registriert.

Höherer Bargeldumlauf

Banknoten

Zunahme der Kassenumsätze

Regionale Konzentration



Notenumlauf
Abschnitte in Mio. Stück

10er	57
20er	58
50er	34
100er	72
200er	26
1000er	19

Jahresdurchschnitt

3 Statistik

Grundlagen

Die Nationalbank erhebt bei Banken, Effektenhändlern, Anlagefonds und weiteren Unternehmen statistische Angaben, die sie zur Erfüllung ihres Auftrages benötigt. Die Daten dienen insbesondere der geld- und währungspolitischen Analyse, der Konjunkturbeobachtung und -prognose, der Analyse der Systemstabilität sowie der Beobachtung der Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Nationalbank erstellt Statistiken über die Bankbilanzen und andere wichtige Aspekte des Bankgeschäftes, insbesondere über die Kreditfähigkeit, die von Banken für Nichtbanken verwalteten Wertpapierdepots sowie den Zahlungsverkehr. Ausserdem sammelt die Nationalbank Informationen über die Geld- und Kapitalmärkte, vor allem über die kurz- und langfristigen Zinssätze und das Emissionsvolumen. Ferner erstellt sie die schweizerische Zahlungsbilanz und den Ausweis über das Auslandvermögen. Alle Erhebungen werden mit den meldepflichtigen Instituten bzw. Unternehmen abgesprochen und soweit als möglich den internationalen Standards angepasst. Die in den letzten Jahren gestiegene Bedeutung der statistischen Informationstätigkeit schlug sich in einer erheblichen Zunahme der verwalteten Zeitreihen nieder. Ende 2002 unterhielt die Nationalbank rund 1,3 Mio. Zeitreihen.

Statistische Publikationen

Die Nationalbank veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Erhebungen regelmässig und stellt der Öffentlichkeit vielfältige Daten, in gedruckter Form und auf dem Internet, zur Verfügung. Statistische Informationen sind insbesondere im Statistischen Monatsheft, im Bankenstatistischen Monatsheft sowie in der jährlich erscheinenden Publikation «Die Banken in der Schweiz» verfügbar. Zudem werden Berichte über die Zahlungsbilanz der Schweiz, das Auslandvermögen und die Direktinvestitionen veröffentlicht.

Monatshefte im Internet

Seit dem Jahre 2002 bietet die Nationalbank das Statistische Monatsheft und das Bankenstatistische Monatsheft in einer elektronischen Form im Internet an, die es ermöglicht, die bis anhin veröffentlichten Reihen sowie neue und zusätzliche Reihen zu transferieren und zu bearbeiten.

Wertpapierumfrage des IWF

Im Jahre 2002 beteiligte sich die Nationalbank erstmals an der Erhebung des IWF über die Bestände an Wertpapieren ausländischer Emittenten in den Depots inländischer Bankkunden. Diese international koordinierte Erhebung soll dazu beitragen, die weltweit bestehende statistische Differenz der Kapitalflüsse und Positionen zwischen Schuldner- und Gläubigerländern zu vermindern. Ende 2001 verwalteten die Banken in der Schweiz 830 Mrd. Franken an ausländischen Titeln in den Depots inländischer Kunden; gut 60 Prozent des Betrages waren in Wertpapieren von Schuldnern aus den USA, Luxemburg, Deutschland, den Niederlanden, Frankreich und dem Vereinigten Königreich (inkl. Jersey) angelegt.

Vorarbeiten für eine Finanzierungsrechnung

Die Nationalbank nahm in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik die Vorarbeiten zur Erstellung einer Finanzierungsrechnung der Schweiz auf. Mit der Finanzierungsrechnung soll eine wesentliche Lücke im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung geschlossen werden; sie liefert zudem wertvolle Hinweise für die Geldpolitik, da sie die Finanzierungsströme zwischen den Wirtschaftssektoren aufzeigt.

Bankenstatistische Kommission

Die Nationalbank lässt sich bei der inhaltlichen Gestaltung aller Erhebungen von der Bankenstatistischen Kommission beraten. In dieser sind die Banken, die Bankiervereinigung und die Eidgenössische Bankenkommission vertreten. Im Jahre 2002 berief die Nationalbank eine Gruppe von Bankökonomern und Vertretern des Bundesamtes für Statistik ein, um Fragen der Messung der Bankenwertschöpfung und weitere Themen zu diskutieren, die den Finanzplatz Schweiz aus gesamtwirtschaftlicher Sicht betreffen.

Die Nationalbank erhebt im Auftrag der Eidgenössischen Bankenkommission Daten, die der Überwachung der Banken dienen. Auf dem Gebiet der Bankenstatistik und der makroökonomischen Daten pflegt sie eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik sowie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der OECD, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) und dem IWF. Das Ziel der Zusammenarbeit besteht darin, die statistischen Erhebungsmethoden und Auswertungen zu harmonisieren.

Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Stellen

4 Dienstleistungen für den Bund

Die Nationalbank wirkt als Bank des Bundes. Das Nationalbankgesetz regelt die Dienstleistungen für den Bund und bestimmt, dass die meisten dieser Leistungen unentgeltlich erbracht werden. Sie umfassen den Zahlungsverkehr, das Münzwesen, die Mittelaufnahme am Geld- und Kapitalmarkt sowie die Geldanlage und Werteverwahrung.

Grundlagen

Der Bund hält seine liquiden Mittel in Form von Sichtguthaben oder kurzfristigen Festgeldern bei der Nationalbank. Im Falle von Liquiditätsengpässen ist die Nationalbank dem Bund bei der Aufnahme von Geldmarktkrediten bei Banken behilflich. Festgelder, die der Bund bei ihr anlegt, verzinst sie zu marktüblichen Sätzen und die Sichtguthaben bis zu einer Limite von 600 Mio. Franken zum Tagesgeldsatz. Die Post platziert ihre liquiden Mittel direkt am Geldmarkt.

Geldmarktgeschäfte

Für den Bund führte die Nationalbank im Jahre 2002 über das Auktionsystem der elektronischen Eurex Repo-Handelsplattform 52 Emissionen von Geldmarktbuchforderungen (GMBF) und 15 Emissionen von Bundesanleihen im Auktionsverfahren durch. GMBF wurden für insgesamt 54,7 Mrd. Franken gezeichnet und für 40,6 Mrd. Franken zugeteilt. Bundesanleihen wurden für insgesamt 9,9 Mrd. Franken gezeichnet, wovon 8,4 Mrd. Franken zugeteilt wurden.

Geldmarktbuchforderungen und Bundesanleihen

Bundesanleihen und Geldmarktbuchforderungen

	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl Emissionen¹					
GMBF	52	52	52	52	52
Bundesanleihen	11	10	14	14	15
Total gezeichnet in Mrd. Franken					
GMBF	89,4	75,7	62,7	53,0	54,7
Bundesanleihen ²	10,8	8,1	15,6	12,6	9,9
Total zugeteilt in Mrd. Franken					
GMBF	45,1	46,8	42,4	39,7	40,6
Bundesanleihen ²	5,2	4,1	9,3	7,5	8,4
Am Jahresende ausstehend in Mrd. Franken					
GMBF	12,9	17,1	13,4	11,5	12,4
Bundesanleihen ³	43,3	46,5	54,1	62,1	70,2

1 Aufgrund des Liberierungsdatums

2 Ohne Eigenanleihen des Bundes

3 Einschliesslich vom Bund im Markt platzierte Eigenanleihen

Die Nationalbank wickelt einen Teil der Zahlungen des Bundes an das In- und Ausland ab. Ausserdem führt sie das eidgenössische Schuldbuch und verwaltet für Bundesstellen und bundesnahe Unternehmen Wertpapiere und Wertgegenstände. Im Auftrag des Bundes verteilt, verarbeitet und lagert die Nationalbank auch grosse Mengen an Münzen.

Verwaltungs- und Abwicklungsdienste, Münzwesen

5 Zusammenarbeit mit Bundesstellen

Auf nationaler Ebene arbeitet die Nationalbank mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement, der Eidgenössischen Bankenkommission, aber auch anderen Stellen des Bundes zusammen.

5.1 Teilrevision des Bankengesetzes

Im Anschluss an die Vernehmlassung zum Bericht der Expertenkommission «Bankensanierung, Bankenliquidation und Einlegerschutz» (vgl. 94. Geschäftsbericht, Seite 64) beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Finanzdepartement, eine Botschaft zur Änderung des Bankengesetzes auszuarbeiten. Die Nationalbank wirkte an diesen Arbeiten mit. Sie befasste sich besonders mit der Frage, bis zu welchem Betrag die konkursprivilegierten Bankeinlagen durch das Sicherungssystem der Banken zu garantieren sind, und sprach sich dafür aus, die Maximallimite von heute 1 Mrd. Franken auf 4 Mrd. anzuheben. Sie begrüßte zudem den Vorschlag, dass jede Bank mindestens für die Hälfte ihrer Beitragsverpflichtungen dauernd liquide Mittel halten muss, welche die gesetzlich geforderte Liquidität übersteigen. Der Bundesrat verabschiedete die Botschaft zur Änderung des Bankengesetzes am 20. November 2002.

**Bankensanierung,
Bankenliquidation
und Einlegerschutz**

5.2 Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Bankenkommission

Im Jahre 2002 erörterten das Direktorium und die Eidgenössische Bankenkommission an zwei Aussprachen die Wirtschaftslage und die aktuelle Entwicklung im Bankensystem. Ferner wirkten beide Behörden im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht eng zusammen. Im Rahmen des im Jahre 2001 gegründeten Steuerungsausschusses «Systemstabilität» konnten die Nationalbank und das Sekretariat der Bankenkommission ihre Zusammenarbeit auf technischer Ebene weiter verstärken.

**Verstärkte Zusammenarbeit
auf technischer Ebene**

5.3 Spezialfonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa

Per Ende Dezember 2002 löste der Bundesrat den Fonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa auf.

Dieser Spezialfonds war vom Bundesrat mit Verordnung vom 26. Februar 1997 geschaffen worden. Sein Zweck war, Spenden der Banken, der Versicherungsgesellschaften, der Industrie und der Nationalbank an bedürftige Überlebende des Holocaust zu verteilen.

Die damals drei Grossbanken beteiligten sich am Fonds mit einer Einlage von 100 Mio. Franken. Am 31. Oktober 1997 beschloss der Bankrat der Nationalbank, 100 Mio. Franken in den Fonds einzuschliessen. Der Bankrat verstand den Beitrag als eine humanitäre Geste zugunsten derjenigen Personen, die unter der Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime zu leiden hatten. Weitere Unternehmen brachten rund 70 Mio. Franken in den Fonds ein.

Die Nationalbank beteiligte sich, zusammen mit dem Bund und den Grossbanken, an den Verwaltungs- und Revisionskosten des Fonds. Sie übernahm auch die Kontoführung des Fonds für die Eidgenössische Finanzverwaltung.

Der Fonds behandelte keine individuellen Gesuche von Opfern, sondern solche von Opferorganisationen. Diese Organisationen nahmen bei der Verteilung der Fondsmittel eine Schlüsselstellung ein; die Unterstützung ging jedoch direkt an die Opfer.

Der grösste Teil der Mittel des Fonds wurde an jüdische Opfer des Holocaust verteilt. Die meisten Mittel flossen nach Osteuropa und in die ehemalige Sowjetunion, gefolgt von Israel, Nordamerika, Westeuropa, Australien und Neuseeland. Aufgrund der Reaktionen der Begünstigten, der Opferorganisationen und der ausländischen Behörden kann ein positives Fazit über die Tätigkeit des Fonds gezogen werden.

Hintergrund

Ergebnisse

6 Internationale Zusammenarbeit

Auf internationaler Ebene arbeitet die Nationalbank vor allem mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Zehnergruppe (G-10), die aus zehn wichtigen Industrieländern und der Schweiz besteht, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammen. Sie beteiligt sich in Form von technischer Hilfe und Ausbildung an der internationalen Zusammenarbeit.

6.1 Mitwirkung beim Internationalen Währungsfonds

Die Mitgliedschaft der Schweiz beim IWF wird durch das Eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank wahrgenommen. Der IWF finanziert seine Aktivitäten mit den Quoten der Mitgliedländer. Der von ihm beanspruchte Teil der schweizerischen Quote entspricht der Reserveposition der Schweiz. Diese wird von der Nationalbank finanziert. Sie hat den Charakter einer Währungsreserve und kann von der Nationalbank jederzeit zu diesem Zweck eingesetzt werden. Ende 2002 betrug die Reserveposition der Schweiz 1410,0 Mio. SZR (Sonderziehungsrechte), verglichen mit 1258,7 Mio. SZR Ende 2001. (Ende 2002 entsprach 1 SZR 1,89 Franken. Der Wert errechnet sich aus den gewichteten Kursen der Währungen Dollar, Euro, Yen und Pfund.) Der deutliche Anstieg der Reserveposition ist hauptsächlich auf die Bezüge des IWF zur Bewältigung der Finanzkrisen in Brasilien, Uruguay und der Türkei zurückzuführen.

Die Nationalbank finanziert den schweizerischen Beitrag an das Darlehenskonto der Armutverringerungs- und Wachstumsfazilität (PRGF, früher ESAF II). Mit dieser Fazilität werden langfristige, zinsvergünstigte Kredite an arme Entwicklungsländer gewährt. Die einzelnen Ziehungen haben eine Laufzeit von 10 Jahren, wobei 5¹/₂ Jahre nach der Auszahlung ratenweise Rückzahlungen beginnen. Der Bund garantiert der Nationalbank die fristgerechte Rückzahlung der PRGF-Kredite einschliesslich der Zinszahlungen. Der IWF hatte im Jahre 2001 die gesamte schweizerische Kreditzusage von 151,7 Mio. SZR ausgeschöpft. Ende 2002 begann die Rückzahlung mit einer ersten Rate in Höhe von 2,9 Mio. SZR.

Da die Mittel der PRGF Ende 2001 aufgebraucht waren und die PRGF erst ab 2005 als selbsttragende Fazilität weitergeführt werden kann, ist eine Zwischenfinanzierung (Interim-PRGF) nötig. Die Nationalbank beteiligte sich an der Finanzierung des Kapitalbetrags mit 250 Mio. SZR, jedoch höchstens 6,25% aller bilateralen Kapitalbeiträge. Die Bedingungen der Kreditzusage an die Interim-PRGF entsprechen der PRGF. Der IWF machte im Dezember 2002 erstmals von der schweizerischen Kreditzusage Gebrauch und zog 6,07 Mio. SZR.

Reserveposition der Schweiz

Beginn der Rückzahlung an die Armutverringerungs- und Wachstumsfazilität (PRGF)

Erste Ziehung unter der Interim-PRGF

6.2 Mitwirkung in der Zehnergruppe

Die Nationalbank nimmt an den Sitzungen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe teil und wirkt an verschiedenen Arbeitsgruppen mit.

Mit Botschaft vom 20. November 2002 unterbreitete der Bundesrat den Eidgenössischen Räten den Bundesbeschluss über die Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) des IWF. Die Schweiz ist seit 1964 an den AKV assoziiert und seit 1984 Mitglied. Die Nationalbank ist teilnehmende Institution. Die AKV erlauben dem IWF, im Falle eigener Mittelknappheit zusätzliche Mittel im Umfang von 17 Mrd. SZR aufzunehmen, um eine ausserordentliche, das internationale Währungssystem bedrohende Krise abzuwenden bzw. zu beheben. Die Darlehenszusage der Nationalbank beträgt 1020 Mio. SZR. Die AKV gelten jeweils für fünf Jahre. Entsprechend wurde bis anhin die Verlängerung der schweizerischen Teilnahme von den Eidgenössischen Räten jeweils alle fünf Jahre beschlossen. Neu soll der Bundesrat zuständig sein, im Einvernehmen mit der Nationalbank über künftige Verlängerungen der Teilnahme zu entscheiden. Die gegenwärtigen AKV laufen Ende 2003 aus.

Der Bundesrat stimmte am 20. November 2002 der Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) des IWF um weitere fünf Jahre zu. Die NKV traten 1998 in Kraft und laufen bis Ende 2003. Mit den NKV werden die Mittel, die dem IWF gestützt auf die AKV für Krisensituationen zur Verfügung stehen, von 17 Mrd. SZR auf 34 Mrd. SZR verdoppelt. Neben den Mitgliedern der AKV sind vierzehn weitere Staaten (Industrie- und Schwellenländer) an den NKV beteiligt. Die Kreditzusage der Nationalbank, die bei den NKV ebenfalls als teilnehmende Institution auftritt, beträgt 1557 Mio. SZR. Die Kreditzusage stellt die Obergrenze der Verpflichtungen unter den AKV und NKV dar, da die beiden Fazilitäten nicht kumulativ beansprucht werden können. Innerstaatlich besteht für die Verlängerung die gleiche Regelung, wie sie neu auch für die AKV vorgesehen ist.

Der Bundesrat erklärte sich am 20. November 2002 mit der Aufnahme der Zentralbank von Chile als neue Teilnehmerin an den NKV einverstanden. Der Beitritt erfolgte Mitte Februar 2003, mit einer Kreditzusage von 340 Mio. SZR. Da der Kreditbetrag von 34 Mrd. SZR, der dem IWF im Rahmen der AKV und NKV maximal zur Verfügung steht, unverändert bleibt, werden die Kreditzusagen der bisherigen Mitglieder anteilmässig um die Kreditzusage von Chile gekürzt; die Kreditzusage der Nationalbank sinkt damit auf 1540 Mio. SZR.

Im Jahre 2002 widmete sich die Zehnergruppe verschiedenen Fragen des internationalen Finanzsystems. Einen Schwerpunkt bildete die Erarbeitung von Kollektivklauseln für Anleiheverträge staatlicher Schuldner. Diese Kollektivklauseln legen ein Verfahren fest, um Schulden staatlicher Emittenten im Verzugsfall durch Mehrheitsentscheid der Gläubiger restrukturieren zu können. Weitere Schwerpunkte bildeten Fragen des Konkursverfahrens für private Finanzinstitutionen in verschiedenen Ländern sowie Fragen des Einflusses ordnungspolitischer Massnahmen auf die Stabilität des Finanzsystems.

Verlängerung der Teilnahme an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF

Verlängerung der Teilnahme an den Neuen Kreditvereinbarungen des IWF

Zustimmung des Bundesrates zur Aufnahme von Chile in die NKV

Tätigkeiten der Zehnergruppe

6.3 Mitwirkung bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Gremien bei der BIZ

Im Rahmen der BIZ treffen sich die Präsidenten der Zentralbanken der G-10-Länder und der EZB regelmässig zum Informationsaustausch. Die Nationalbank arbeitet zudem in den vier ständigen Ausschüssen der BIZ mit: im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, im Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme, im Ausschuss für das weltweite Finanzsystem und im Märkteausschuss (früher: Ausschuss der Gold- und Devisenexperten).

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht: Eigenmittelempfehlungen ...

Im Zentrum der Arbeiten des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht stand im Jahre 2002 weiterhin die Revision der Eigenmittelempfehlungen für international tätige Banken. Schwerpunkte der Arbeiten bildeten die Behandlung der Verbriefung, der Forderungen gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen und gegenüber Privatkunden sowie die operationellen Risiken. Im Oktober publizierte der Ausschuss sämtliche Regelungen über die minimale Eigenkapitalunterlegung. Basierend auf diesen Regelungen und in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden und den Banken quantifizierte der Ausschuss die neuen Eigenkapitalanforderungen in einer Studie. Im zweiten Quartal 2003 wird der Ausschuss eine revidierte Fassung der neuen Vereinbarung zur öffentlichen Stellungnahme vorlegen. Der Ausschuss plant, die neue Vereinbarung im vierten Quartal 2003 fertigzustellen, so dass die neue Regelung Ende 2006 in allen Ländern in Kraft treten kann.

... und andere Arbeiten

Daneben behandelte der Ausschuss weitere Fragen im Zusammenhang mit der Stabilität des internationalen Bankensystems. Er legte insbesondere eine revidierte Formulierung der sachgerechten Methoden für die Handhabung und Überwachung der operationellen Risiken zur öffentlichen Stellungnahme vor. Zudem publizierte er Empfehlungen zum Vorgehen der Überwachungsbehörden gegenüber Problembanken.

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme veröffentlichte zwei Berichte. Der erste ist als Leitfaden zur Überprüfung der Einhaltung der Empfehlungen für Wertpapierabwicklungssysteme gedacht. Der Leitfaden entstand in Zusammenarbeit mit den internationalen Wertpapieraufsichtsbehörden. Der zweite Bericht befasst sich mit der Rolle der Zentralbanken im bargeldlosen Massenzahlungsverkehr. Im Unterschied zu den Grossbetragszahlungssystemen, wo alle Zentralbanken stark involviert sind, war bei den Massenzahlungssystemen die Übereinstimmung über die Rolle der Zentralbanken verhältnismässig klein.

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem befasste sich mit der Stabilität der internationalen Finanzmärkte, insbesondere in den aufstrebenden Ländern. Er verfasste zudem Berichte über den zunehmend bedeutenderen Markt für Kreditrisiken und über die Auswirkungen des Vordringens institutioneller Investoren.

Märkteausschuss

Der Märkteausschuss widmet sich vorrangig der laufenden Beobachtung der wichtigsten Finanzmärkte. Er koordiniert die Vorbereitungen für die nächste Devisen- und Derivatserhebung. Der Vorsitz des Ausschusses wurde im Jahre 2002 vom Vorsteher des III. Departementes der Nationalbank wahrgenommen.

6.4 Währungshilfekredite

Die Nationalbank beteiligt sich im Rahmen des Bundesbeschlusses über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen an Stützungsaktionen für Länder mit Zahlungsbilanzproblemen. Die Kredite werden von der Nationalbank finanziert, während der Bund die Rückzahlung der Kredite einschliesslich Zinsen garantiert. Im Jahre 2002 wurden keine neuen Kredite ausbezahlt. Am Jahresende war ein Zahlungsbilanzhilfekredit an Bulgarien in Höhe von 14,3 Mio. Euro mit einer Laufzeit bis 2007 ausstehend.

**Keine neuen
Währungshilfekredite**

6.5 Technische Hilfe und Ausbildung

Im Jahre 2002 baute die Nationalbank die technische Hilfe an andere Zentralbanken aus. Sie wandte dafür mehrere Mitarbeiterjahre auf. Der Schwerpunkt der technischen Hilfe wurde wiederum zugunsten der schweizerischen Ländergruppe in den Institutionen von Bretton Woods erbracht. Die Zentralbank von Aserbaidschan wurde in mehreren Geschäftsbereichen beraten, insbesondere bei der Umsetzung der Geldpolitik und der Bargeldverarbeitung. Die jugoslawische Zentralbank erhielt Unterstützung bei der Anlage der Währungsreserven, die Zentralbank von Kirgisien bei der Informatik, dem Bargeldmanagement und der Entwicklung des Finanzsystems. Die Nationalbank beriet ferner die Zentralbanken Jamaikas und des Libanons bei der Modernisierung ihrer Zahlungssysteme, Vietnam in Bezug auf die zweckmässige Organisation einer Zentralbank und die Zentralbank von Tansania bei der kurzfristigen Liquiditätsplanung. Weitere Zentralbanken wurden auf Fachgebieten unterstützt, auf denen die Nationalbank besondere Kenntnisse hat.

Ausbau

6.6 Studienzentrum Gerzensee

Das Studienzentrum Gerzensee, eine Stiftung der Nationalbank, führte im Jahre 2002 sieben Kurse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausländischer Zentralbanken durch. Die Kurse waren der Ausbildung in den Bereichen Geldpolitik, Finanzmärkte und Bankenregulierung gewidmet. Sie wurden von insgesamt 187 Teilnehmern aus 98 Ländern besucht.

Kurse für Mitarbeiter ausländischer Zentralbanken

Zudem veranstaltete das Studienzentrum Gerzensee zwei wissenschaftliche Konferenzen über Geldpolitik sowie zwei Sommersymposien zu den Themen «Financial Markets» und «Economic Theory». An diesen Veranstaltungen nahmen international bekannte Forscher teil.

Internationale wissenschaftliche Konferenzen

Für Studierende schweizerischer Universitäten organisierte das Studienzentrum Doktorandenkurse, an denen führende Professoren ihre wissenschaftlichen Kenntnisse in allen Hauptgebieten der Ökonomie vermittelten.

Doktorandenkurse

1 Organisation

Die Schweizerische Nationalbank ist im Gegensatz zu vielen ausländischen Zentralbanken keine Staatsbank, sondern eine selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts in Form einer Aktiengesellschaft. Ihre Namenaktien werden an der Börse gehandelt. Der Kreis der stimmberechtigten Aktionäre ist gesetzlich beschränkt auf Schweizer Bürger sowie Körperschaften und juristische Personen, deren Hauptsitz sich in der Schweiz befindet. 54% der Aktien gehören Kantonen und Kantonalbanken, davon 6,63% dem Kanton Bern (6630 Aktien) und 5,20% dem Kanton Zürich (5200) Aktien. Die übrigen Aktien befinden sich hauptsächlich im Besitz von natürlichen Personen. Der Bund besitzt keine Aktien.

Die Nationalbank wird unter Mitwirkung und Aufsicht des Bundes verwaltet. Das Nationalbankgesetz bestimmt die wesentlichen Punkte der Organisation und der Generalversammlung. Gesellschaftsstatuten bestehen keine. Die Mitwirkungsrechte der Aktionäre sind eingeschränkt. Nicht dem öffentlich-rechtlichen Sektor angehörige Aktionäre dürfen für eigene und vertretene Aktien höchstens 100 Stimmen abgeben (Art. 35 Abs. 3 NBG) und nur eine Minderheit der 40 Mitglieder des Bankrates wird durch die Generalversammlung der Aktionäre gewählt (Art. 38 NBG). Aktionäre können sich nur durch andere Aktionäre an der Generalversammlung vertreten lassen (Art. 29 NBG). Bekanntmachungen an die Aktionäre erfolgen grundsätzlich durch eingeschriebenen Brief an die letzte im Aktienbuch eingetragene Adresse und durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt (Art. 11 NBG). Aktionäre erhalten keine nicht auch öffentlich zugänglichen Informationen (siehe dazu auch Kapitel Publikationen, Seite 130f, sowie auf dem Internet).

Mit der Führung der Geschäfte ist das Direktorium betraut, das aus drei gleichberechtigten Mitgliedern besteht. Es ist die oberste geschäftsleitende und ausführende Behörde der Nationalbank. Die drei Departemente werden von je einem Mitglied geleitet. Die Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundesrat auf Vorschlag des Bankrates gewählt. In der Erfüllung des geldpolitischen Auftrages verfügt das Direktorium über einen hohen Grad an Unabhängigkeit. Direktorium und Bundesrat sind verpflichtet, einander vor wichtigen monetären und konjunkturpolitischen Entscheiden zu unterrichten. Den Lokaldirektionen obliegt die Leitung der Zweiganstalten. Sie führen die Geschäfte gemäss den Reglementen und den Weisungen des Direktoriums. Bankrat, Bankausschuss und Revisionskommission üben die Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Nationalbank aus.

Die Nationalbank hat zwei Sitze: den rechtlichen Sitz in Bern und den Sitz des Direktoriums in Zürich. Das I. und das III. Departement sind in Zürich, das II. Departement ist in Bern domiziliert. Neben den beiden Sitzen unterhält die Nationalbank zur Sicherstellung der Bargeldversorgung je eine Zweiganstalt mit Kassenbetrieb in Genf und in Lugano. Vier weitere Zweiganstalten in Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen sind, wie auch die Sitze und Zweiganstalten mit Kassenbetrieb, für die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Regionen zuständig. Für die Entgegennahme und Ausgabe von Noten und Münzen unterhält die Nationalbank 16 Agenturen, die von Kantonalbanken geführt werden. Ferner verfügt sie über ein umfangreiches Netz von Bankenkorrespondenten, die als Träger des örtlichen Zahlungsverkehrs tätig sind. Die Nationalbank ist nicht als Konzern strukturiert.

Rechtsform

Spezialgesetz anstelle von Statuten

Geschäftsleitung und Aufsicht

Struktur

Revision

Gemäss Art. 51 NBG wählt die Generalversammlung alljährlich die sechs Mitglieder der Revisionskommission. Diese besteht seit dem Geschäftsjahr 1999 aus den auf Seite 124 aufgeführten Fachpersonen (dipl. Wirtschaftsprüfer und Bankspezialisten). Die Revisionskommission stützt sich einerseits auf Teilprüfungen von Revisionsgesellschaften und andererseits auf Prüfungen der internen Revision ab.

Die Revisionskommission berichtet dem Bankrat schriftlich (OR Art. 729a). Im Herbst 2002 wurden direkte Kontakte zwischen Bankratspräsidium, Revisionskommission und interner Revision zur Verbesserung der gegenseitigen Information und Risikobeurteilung institutionalisiert. Im Bankrat und im Bankausschuss gibt es keinen Revisionsausschuss.

Den Mitgliedern der Revisionskommission wurden für das Geschäftsjahr 2002 Entschädigungen und Sitzungsgelder im Betrag von insgesamt 48 000 Franken vergütet.

Im Geschäftsjahr 2002 wurden Prüfungsaufträge an die Pricewaterhouse-Coopers AG (Fachrevision) und die Ernst & Young AG (Informatikrevision) erteilt. Die Honorare beliefen sich auf 127 000 Franken bzw. 51 000 Franken.

Führung der Geldpolitik

Wichtigste Aufgabe der Nationalbank ist die Führung einer dem Gesamtinteresse des Landes dienenden Geldpolitik. Das Konzept der Geldpolitik wird im I. Departement erstellt. Der Bereich Volkswirtschaft analysiert die wirtschaftliche Lage und Entwicklung im In- und Ausland, erarbeitet die Inflationsprognose und liefert die Entscheidungsgrundlagen. Er stellt auch die statistischen Informationen bereit. Mit den internationalen Gesichtspunkten der Währungspolitik befasst sich der Bereich Internationale Angelegenheiten. Der Bereich Monetäre Operationen des III. Departementes setzt die Geldpolitik mit Transaktionen an den Finanzmärkten um. Der Bereich Systemstabilität und Überwachung des II. Departementes befasst sich mit Fragen der Stabilität des Finanzsystems.

**Regionale
Wirtschaftskontakte**

Die Sitze und Zweiganstalten unterstützen den Bereich Volkswirtschaft bei der Analyse der Wirtschaftslage und -entwicklung durch eine Berichterstattung aus allen Regionen der Schweiz. Sie stehen dafür mit einer grossen Zahl von Unternehmen aller Branchen sowie den wichtigen Wirtschaftsverbänden in Kontakt.

Verwaltung der Aktiven

Die Devisenreserven der Nationalbank werden vom Bereich Monetäre Operationen im III., die Anlagen in Gold und in Franken vom Bereich Bankgeschäft und Dienste im II. Departement bewirtschaftet und verwaltet.

Bargeldverkehr

Die Aufgaben auf dem Gebiet des Bargeldverkehrs erfüllt die Nationalbank, indem sie über ihr Bankstellennetz Banknoten ausgibt und die vom Bund geprägten Münzen in Umlauf bringt. Sie hält den Bargeldumlauf qualitativ auf hohem Niveau, indem sie das zu ihr zurückfliessende Bargeld prüft und die den Anforderungen nicht mehr genügenden Banknoten und Münzen sowie Fälschungen ausscheidet. Diese Aufgaben fallen in die Zuständigkeit des Bereiches Bargeld im II. Departement.

Bargeldloser Zahlungsverkehr

Ferner wirkt die Nationalbank bei der Konzeption und der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs mit. Mit konzeptionellen und technischen Fragen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs befassen sich der Bereich Systemstabilität und Überwachung im II. sowie der Bereich Abwicklung und Informatik im III. Departement. Der bargeldlose Zahlungsverkehr mit den Banken wird vom III. Departement, derjenige mit dem Bund vom II. Departement abgewickelt.

Bank des Bundes

Die Funktion als Bank des Bundes nimmt in erster Linie das II. Departement wahr. Es ist Kontoführer, wickelt In- und Auslandszahlungen im Auftrag des Bundes ab, wirkt bei der Begebung von Anleihen mit und dient dem Bund bei der Verwahrung seiner Wertpapiere. Das III. Departement führt für den Bund die Geldmarkt- und Devisenhandelsgeschäfte aus.

2 Personal und Ressourcen

Ende 2002 betrug der Personalbestand der Nationalbank 617 Personen (einschliesslich 15 Lehrlinge). Er lag damit 32 Personen über dem Stand des Vorjahres. Umgerechnet auf Vollzeitstellen stieg die Zahl der Beschäftigten von 543,6 auf 573,6. Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich um 11 auf 138 Personen, was einer Teilzeitquote von 22,4% entspricht. Die Personalfluktuationsrate ging im Jahre 2002 auf 4,6% zurück, verglichen mit 7,9% im Vorjahr.

**Personalbestand
und Fluktuation**

Die Massnahmen zur Verbesserung der Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeitenden, die als Folge einer im Jahre 2001 durchgeführten Mitarbeiterzufriedenheitsanalyse erarbeitet worden waren, wurden weitgehend umgesetzt. Sie hatten schwergewichtig die Verbesserung der internen Kommunikation zum Gegenstand.

**Umfrage über die
Mitarbeiterzufriedenheit**

Mit den in den beiden Vorjahren getroffenen Sondermassnahmen erreichte das Salärniveau im Jahre 2002 dasjenige der für die Nationalbank relevanten Konkurrenten. Damit wurde die Führung einer konsistenten und von Sonderinflüssen freien Salärpolitik möglich.

Marktkonforme Salärpolitik

Die Nationalbank schloss die Arbeiten zur strategischen Neuausrichtung der Informatik auf eine neue System- und Applikationsarchitektur ab. Im vierten Quartal wurden beim Zahlungsverkehr und in der Buchhaltung die letzten Module eines Gesamtbankenpakets in Betrieb genommen. Im Rahmen einer «Standortbestimmung Informatik» wurde festgestellt, dass die Ziele der Erneuerung (Anwenderorientierung, Flexibilität gegenüber sich ändernden geschäftlichen Anforderungen und hohes Mass an Sicherheit) erreicht wurden. Die vorhandenen Informatiksysteme und die zu ihrem Betrieb errichtete Rahmenorganisation bilden eine tragfähige Basis für weitere Ausbauschritte in den kommenden Jahren. In der Standortbestimmung wurden auch Grundzüge der weiteren Entwicklung der Informatik skizziert. Die bestehenden Anwendungen sowie die technische Infrastruktur wurden unter Berücksichtigung neuer fachlicher Anforderungen und neuer technischer Entwicklungen weiter ausgebaut. Im Bereich Monetäre Operationen wurden wichtige Applikationen (Devisengeschäfte, Marktinformationssystem) erneuert.

**Entwicklungen in der
Informatik**

Die planerischen Vorbereitungen für den Umbau von Kasse und Zwischengeschoss sowie die Sanierung der haustechnischen Anlagen im Hauptgebäude des Sitzes Zürich wurden soweit abgeschlossen, dass Anfang 2003 mit den umfangreichen und komplizierten Bauarbeiten begonnen werden kann. Die Liegenschaft Nüscherstrasse 22 in Zürich, eine im Eigentum der Nationalbank stehende strategische Raumreserve, soll im Rahmen der mittelfristigen Belegungsplanung für die Zwecke der Nationalbank umgebaut und ab dem ersten Quartal 2005 vom Sitz Zürich genutzt werden können. Als Grundlage für die Planungsarbeiten wurden Bestandesaufnahmen und Vorprojektstudien an diesem Objekt erstellt.

Liegenschaftsmanagement

Das erste Umweltleitbild der Nationalbank enthielt neben anderen Zielen auch konkrete Vorgaben zur Senkung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen zwischen 1996 und 2002. Die für das Geschäftsjahr 2001 erstellte Ökobilanz der Nationalbank zeigt, dass bereits alle Zielwerte erreicht sind, ausser der Stromkennzahl, wo das anvisierte Einsparziel von 10% knapp verfehlt wurde. Erfreulich tief liegt der Papierverbrauch, welcher in der Periode von 1996 bis 2001 auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Wertes pro Mitarbeiter und Jahr abnahm. Die Aktivitäten der Umweltfachstelle konzentrierten sich auf die Verankerung von Umweltzielen in den Leistungsvorgaben derjenigen Linienstellen und Mitarbeitenden, deren Aufgaben überdurchschnittliche Umweltrelevanz aufweisen.

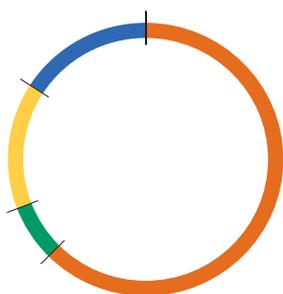
Ökobilanz

**Unveränderter Kostenanteil
des Bargeldverkehrs**

Der Bargeldverkehr verursacht den grössten Teil der gesamten Betriebskosten der Nationalbank. Er umfasst die Herstellkosten für die Banknoten sowie die Kosten, die im Zusammenhang mit dem Notenumlauf und dem Münzverkehr entstehen. Während der Kostenanteil des Bargeldumlaufs infolge des Abbaus der Bargeldverteilungs- und -bearbeitungsstützpunkte in den letzten Jahren deutlich sank, führte die Euro-Bargeldeinführung im Jahre 2002 zu einem zusätzlichen Banknotenbedarf. Daher nahm der Kostenanteil des Bargeldverkehrs erstmals seit Jahren nicht mehr ab und betrug gegenüber dem Vorjahr unverändert 41% der gesamten Betriebskosten. Für den bargeldlosen Zahlungsverkehr gingen die Kosten von 4% im Vorjahr auf 3% zurück. In dieser Position werden die Leistungen der Nationalbank im Zahlungsverkehr zwischen den Banken sowie die Zahlungsverkehrsleistungen für ausländische Zentralbanken und internationale Organisationen erfasst.

**Geringfügige Verschiebungen
bei den anderen Positionen**

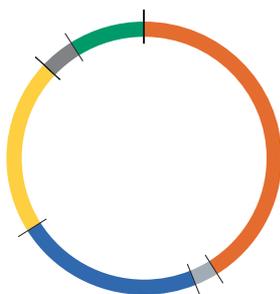
Die Position Aktivgeschäft, welche die Kosten für Devisen-, Geldmarkt-, Wertschriften-, Gold- und Lombardgeschäfte sowie die Verwaltung der Finanzanlagen und des Goldes umfasst, stieg um 1 Prozentpunkt auf 22% der gesamten Betriebskosten. Dazu trugen hauptsächlich die mit der erweiterten Geschäftstätigkeit verbundenen erhöhten Aufwendungen für die Verwaltung der Währungsreserven und der freien Aktiven, insbesondere für die Bewirtschaftung des Goldbestandes, bei. Die Position Geld- und Währungspolitik, welche die Kosten für die Erarbeitung und Formulierung der Geld- und Währungspolitik sowie für die Erstellung der Statistiken beinhaltet, sank im Vergleich zum Vorjahr leicht auf einen Anteil von 21%. Der Anteil des Kostenträgers Leistungen für den Bund sank um 1 Prozentpunkt auf 4%, während der Anteil des Kostenträgers Leistungen für Dritte an den Gesamtkosten um 2 Prozentpunkte auf 9% stieg. Die Position Leistungen für den Bund umfasst die Kosten sämtlicher Dienstleistungen, welche die Nationalbank für den Bund und ihm nahestehende Institutionen erbringt. Die Position Leistungen für Dritte enthält den Beitrag an das Studienzentrum Gerzensee, die Kosten für die internationale Zusammenarbeit, vor allem mit dem Internationalen Währungsfonds, sowie die technische Hilfe an ausländische Zentralbanken.



Personal
Anzahl Beschäftigte

Vollzeit Männer 386
Teilzeit Männer 40
Vollzeit Frauen 93
Teilzeit Frauen 98

Total: 617.
Ende 2002



Kostenträger
in Prozent

Bargeldverkehr 41
Bargeldloser Zahlungsverkehr 3
Aktivgeschäft 22
Geld- und Währungspolitik 21
Leistungen für den Bund 4
Leistungen für Dritte 9

3 Landesausstellung Expo.02

An der Landesausstellung Expo.02 nahm die Nationalbank mit einer eigenen Ausstellung teil. Sie stellte dafür 15 Mio. Franken zur Verfügung. Die Ausstellung wurde von Harald Szeemann konzipiert und trug den Titel «Geld und Wert/Das letzte Tabu». Dieses Thema verband die Tätigkeit der Nationalbank mit der in der Landesausstellung angestrebten Wertediskussion. Die Ausstellung in einem goldbeschichteten Pavillon auf der Seeplattform in Biel zog während ihrer Dauer von 159 Tagen über eine Million Besucherinnen und Besucher an. Sie ist ausführlich dokumentiert in einem Katalog, herausgegeben von der Schweizerischen Nationalbank bei Edition Oehrli, Zürich.

Pavillon der Nationalbank

4 Personelle Änderungen in Bankbehörden und Direktion

Bankrat

Der Bundesrat ernannte am 10. April 2002

Dr. Hansueli Raggenbass, Kesswil, Nationalrat, Rechtsanwalt, bisher Mitglied des Bankrates, zum Präsidenten des Bankrates.

Er trat sein Amt nach der Generalversammlung an.

Der Bundesrat wählte am 27. März 2002 zu neuen Mitgliedern des Bankrates:

Micheline Calmy-Rey, Genf, Finanzdirektorin des Kantons Genf,

Ueli Forster, St. Gallen, Präsident der economiesuisse, Verwaltungsratspräsident der Forster Rohner AG, Textilunternehmung,

Thomas Isler, Wädenswil, Präsident des Textilverbandes Schweiz, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Gessner AG, Seidenstoffweberei, Wädenswil,

Dr. Ralph Lewin, Basel, Regierungsrat, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes des Kantons Basel-Stadt.

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 26. April 2002 wählte zum neuen Mitglied des Bankrates:

Hansueli Loosli, Basel, Vorsitzender der Geschäftsleitung Coop.

Per Ende 2002 trat infolge ihrer Wahl in den Bundesrat zurück:

Micheline Calmy-Rey, Genf, Bundesrätin.

Am Tag der ordentlichen Generalversammlung vom 25. April 2003 geht die vierjährige Amtsperiode des Bankrates zu Ende. Es treten zurück:

Dr. Philippe Pidoux, Lausanne, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Bankrates,

Fritz Blaser, Reinach, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes,

Dr. Hansjörg Frei, Mönchaltorf, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbandes SVV,

Heinz Pletscher, Löhningen, alt Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes.

Die Nationalbank dankt den zurücktretenden Mitgliedern für die wertvollen Dienste, die sie dem Noteninstitut geleistet haben. Besonderer Dank gebührt dem scheidenden Vizepräsidenten des Bankrates,

Dr. Philippe Pidoux, der 1991 in den Bankrat gewählt und von diesem 1993 in den Bankausschuss delegiert wurde. Im Jahre 1999 wählte ihn der Bundesrat zum Vizepräsidenten des Bankrates.

Der Bundesrat ernannte am 14. März 2003

Dr. Ruth Lüthi, Freiburg, Regierungsrätin, Vorsteherin der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion des Kantons Freiburg, bisher Mitglied des Bankrates, zur Vizepräsidentin des Bankrates. Frau Lüthi wird ihr Amt nach der Generalversammlung vom 25. April 2003 übernehmen.

Die übrigen Mitglieder des Bankrates stellen sich der Wiederwahl. Von den fünf Vakanzstellen sind drei durch die Generalversammlung der Aktionäre und zwei durch den Bundesrat zu besetzen.

Der Bundesrat wählte am 14. März 2003 zu neuen Mitgliedern des Bankrates:

Simonetta Sommaruga, Spiegel bei Bern, Nationalrätin, Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz,

Werner Messmer, Kräudolf-Schönenberg, Nationalrat, Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung zur Wahl vor:

Charles Favre, Echallens, Nationalrat,

Albert Lauper, Villars-sur-Glâne, Delegierter des Verwaltungsrates der Schweizerischen
Mobiliar Holding AG,

Dr. Rudolf Stämpfli, Bern, Mitinhaber und Delegierter des Verwaltungsrates der Stämpfli
Holding AG, designierter Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes.

Der Bankrat delegierte mit Wirkung ab 13. Juni 2002 in den Bankausschuss:

Bankausschuss

Ueli Forster, Präsident der economiesuisse, als Nachfolger von Dr. Andres F. Leuenberger,

Dr. Armin Jans, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hochschule Winterthur,
als Nachfolger von Dr. Yvette Jaggi.

Auf das Datum der Generalversammlung vom 26. April 2002 traten zurück:

Lokalkomitees

Corrado Kneschaurek, Muzzano, Präsident des Hotelier-Vereins Tessin, Vorsitzender des
Lokalkomitees Lugano seit 1999 (Mitglied seit 1994),

Dr. Hans-Heini Gasser, Lungern, Verwaltungsratspräsident des Elektrizitätswerkes Obwalden,
Vorsitzender des Lokalkomitees Luzern seit 1999 (Mitglied seit 1994),

Wera Hotz-Kowner, Erlenbach, Delegierte des Verwaltungsrates der Jakob Kowner AG,
Vorsitzende des Lokalkomitees Zürich seit 1999 (Mitglied seit 1994).

Die Nationalbank dankt den Zurückgetretenen bestens für den Einsatz, den sie für
die Bank geleistet haben.

Der Bankrat nahm folgende Ernennungen vor:

Lugano

Giancarlo Bordonì, Viganello, Generaldirektor und Präsident des Verwaltungsrates der
Oleificio Sabo SA, Manno.

Luzern

Dr. Werner Steinegger, Schwyz, Delegierter des Verwaltungsrates der Celfa AG, Schwyz.

Zürich

Dr. Reto Müller, Dietikon ZH, Verwaltungsratspräsident und CEO der Helbling Holding AG.

Der Bankausschuss regelte den Vorsitz und dessen Stellvertretung in den
einzelnen Lokalkomitees nach dem Anciennitätsprinzip.

Revisionskommission

Die Generalversammlung der Aktionäre vom 26. April 2002 wählte auf Antrag des Bankrates die bisherigen Amtsinhaber, nämlich

Kaspar Hofmann, Adliswil, dipl. Wirtschaftsprüfer, Hofmann Wirtschaftsprüfung AG, leitender Revisor seit dem Geschäftsjahr 1996, zum Mitglied,

Hans Michel, Egnach, zum Mitglied,

Maryann Rohner, Zürich, dipl. Wirtschaftsprüferin, Treureva AG, zum Mitglied,

Josef Blöchliger, Begnins, dipl. Wirtschaftsprüfer, Moore Stephens Refidar SA, zum Ersatzmitglied,

Jean-Claude Grangier, Epalinges, zum Ersatzmitglied,

Werner M. Schumacher, Binningen, Direktor, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Banque Jenni et Cie SA, zum Ersatzmitglied der Revisionskommission.

Der Bankrat schlägt der Generalversammlung vom 25. April 2003 die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder und Ersatzmitglieder der Revisionskommission vor.

Direktorium

Prof. Dr. Bruno Gehrig, Vizepräsident des Direktoriums und Vorsteher des III. Departementes, wird im Hinblick auf seine Wahl in den Verwaltungsrat der Rentenanstalt/Swiss Life auf Ende Juni 2003 zurücktreten. Bruno Gehrig wurde im Mai 1996 vom Bundesrat zum Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des dritten Departementes und Anfang 2001 zum Vizepräsidenten des Direktoriums der Nationalbank gewählt.

Die Nationalbank verliert mit Bruno Gehrig einen Vizepräsidenten des Direktoriums, der sich stets uneingeschränkt in den Dienst der Notenbankpolitik gestellt hat.

Bruno Gehrig hat wichtige Akzente gesetzt und insbesondere Wesentliches für die Weiterentwicklung des Schweizerfranken-Geldmarktes geleistet.

Bankbehörden und Direktorium danken ihm bereits heute für seinen grossen Einsatz und für die ausgezeichnete und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Am 7. März 2003 ernannte der Bundesrat

Prof. Dr. Niklaus Blattner, bis anhin Mitglied des Direktoriums, zum Vizepräsidenten des Direktoriums und

Dr. Philipp Hildebrand zum Mitglied des Direktoriums.

Die beiden Herren werden ihr neues Amt am 1. Juli antreten.

Direktion

Am 18. August 2002 verstarb nach langer, schwerer Krankheit

Othmar Flück, Vizedirektor in der Internen Revision, in seinem 62. Lebensjahr. Für seine wertvollen, langjährigen Dienste für die Nationalbank gebührt ihm Dank.

Per Ende August beendete

Dr. Hans-Ueli Hunziker, Vizedirektor und Stellvertreter des Generalsekretärs, seine Tätigkeit am Sitz Bern. Er steht in seiner neuen Funktion als Botschaftsrat bei der Schweizer Botschaft in Washington weiterhin in den Diensten der Nationalbank.

Mit Wirkung ab 1. August 2002 ernannte der Bankausschuss

Alfred Flessenkämper zum Stellvertreter des Generalsekretärs im Range eines Vizedirektors.

Im Zusammenhang mit einer Reorganisation im II. Departement beförderte der Bankausschuss:

Dr. Daniel Heller per 1. September 2002 zum Direktor und Leiter des neuen Bereichs Systemstabilität und Überwachung im II. Departement,

Dr. Bertrand Rime per 1. September 2002 zum Stellvertretenden Direktor und Leiter des neuen Ressorts Systemstabilität, und

Andy Sturm per 1. Oktober 2002 zum Vizedirektor und Leiter des neuen Ressorts Finanzmarktinfrastruktur.

Mit Wirkung ab 1. November 2002 ernannte der Bankausschuss

Dr. Roberto Cippà zum Direktor und Leiter des neuen Ressorts Bretton Woods Institutionen im Bereich Internationale Angelegenheiten des I. Departementes.

Mit Wirkung ab 1. Januar 2003 beförderte der Bankausschuss:

Dewet Moser (Leiter Ressort Risikomanagement) zum Direktor,

Dr. Thomas Stucki (Leiter Ressort Devisenanlagen) zum Direktor,

Peter Fankhauser (Leiter Liegenschaften und Dienste, Sitz Zürich) zum Stellvertretenden Direktor,

Erich Gmür (Ressort Risikomanagement) zum Vizedirektor,

Samuel Grossenbacher (Leiter Liegenschaften und Dienste, Sitz Bern) zum Vizedirektor,

Dr. Anne Kleinewefers Lehner (Delegierte des Sitzes Bern für regionale Wirtschaftskontakte) zur Vizedirektorin,

Dr. Barbara Rudolf (Ressort Konjunktur) zur Vizedirektorin,

Dr. Marcel Savioz (Ressort Forschung) zum Vizedirektor.

1 Erfolgsrechnung 2002

	Ziffer im Anhang	2002 Mio. Franken	2001 Mio. Franken	Veränderung Prozent
Erfolg aus Gold	01	1 532,1	1 267,6	+20,9
Erfolg aus				
Devisenanlagen	02	498,8	2 405,4	-79,3
Reserveposition beim IWF	03	-246,9	17,8	
Internationalen Zahlungsmitteln	03	-33,0	-1,0	
Währungshilfekrediten	03	-27,2	8,6	
Erfolg aus				
Repo-Geschäften in Schweizer Franken	04	211,7	519,8	-59,3
Lombardvorschüssen	05	0,5	1,1	-54,5
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	06	0,2	1,7	-88,2
Wertschriften in Schweizer Franken	07	604,8	236,0	+156,3
Übrige Erträge	08	34,1	29,7	+14,8
Bruttoerfolg		2 575,0	4 486,8	-42,6
Zinsaufwand	09	-75,4	-203,7	-63,0
Notenaufwand	10	-40,4	-33,7	+19,9
Personalaufwand	11	-89,0	-83,9	+6,1
Sachaufwand	12	-93,5	-82,9	+12,8
Abschreibungen auf Sachanlagen	24	-22,3	-21,2	+5,2
Nettoerfolg		2 254,4	4 061,3	-44,5
Ausserordentlicher Aufwand	13	-9,1	-6,9	
Ausserordentlicher Ertrag	14	6,1	0,0	
Gesamterfolg		2 251,5	4 054,4	-44,5
Zuweisung an / Entnahme aus Rückstellungen für				
die Abtretung der freien Aktiven	33	-1 079,3	-357,2	
Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold	34	-398,0	-829,7	
Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken	35	1 734,5	-1 359,5	
Jahresgewinn	38	2 508,7	1 508,0	+66,4

2 Bilanz per 31. Dezember 2002

in Millionen Franken

		2002	2001
	Ziffer im Anhang		
Aktiven			
Gold	15	25 405,2	28 100,1
Forderungen aus Goldgeschäften	16	3 934,4	4 882,2
Devisenanlagen	17	52 941,2	50 580,8
Reserveposition beim IWF	18	2 669,8	2 665,7
Internationale Zahlungsmittel	18	103,0	476,3
Währungshilfekredite	18	316,5	347,2
Forderungen aus Repo-Geschäften			
in Schweizer Franken	19	27 977,2	25 912,1
Lombardvorschüsse	20	–	9,0
Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten	21	29,8	73,7
Wertschriften in Schweizer Franken	22	7 018,4	6 000,0
Beteiligungen	23	88,6	89,3
Sachanlagen	24	533,7	534,8
Sonstige Aktiven	25	940,6	456,8
Nicht einbezahltes Aktienkapital	36	25,0	25,0
		<u>121 983,3</u>	120 153,1

		2002	2001
	Ziffer im Anhang		
Passiven			
Notenumlauf	26	39 600,2	39 844,7
Girokonten inländischer Banken	27	4 516,9	6 316,9
Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund			
auf Sicht	28	388,3	154,1
auf Termin	28	6 704,1	2 251,9
Girokonten ausländischer Banken und Institutionen	29	556,8	629,8
Übrige Sichtverbindlichkeiten	30	159,9	182,7
Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften			
in Schweizer Franken	19	–	–
Verbindlichkeiten in Fremdwährungen	31	146,6	1 469,7
Sonstige Passiven	32	190,2	323,4
Rückstellungen für			
die Abtretung der freien Aktiven	33	20 296,9	19 217,6
Betriebsrisiken	35	461,9	465,9
Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold	34	7 817,5	7 419,5
Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken	35	38 518,4	40 252,9
Aktienkapital	3 6	50,0	50,0
Reservefonds	37	67,0	66,0
Jahresgewinn	38	2 508,7	1 508,0
		<u>121 983,3</u>	120 153,1

3 Anhang per 31. Dezember 2002

3.1 Erläuterungen zur Geschäftstätigkeit

Die Schweizerische Nationalbank, Aktiengesellschaft mit Sitzen in Bern und Zürich, ist die mit dem Notenmonopol ausgestattete Zentralbank der Schweiz. Sie hat nach Verfassung den Auftrag, eine Geld- und Währungspolitik zu führen, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Die Geschäfte, die sie tätigen kann, sind im Nationalbankgesetz geregelt. Die Nationalbank steht in Geschäftsbeziehungen mit Finanzinstituten im In- und Ausland, mit Bundesstellen und bundesnahen Unternehmen, mit anderen Zentralbanken und mit internationalen Organisationen.

Der gesamtwirtschaftliche Auftrag der Nationalbank hat Vorrang vor der Gewinnerzielung. Die Nationalbank kann als einzige Institution der Schweiz autonom neues Geld schaffen. Sie muss den Notenumlauf sowie die Girokonten nicht verzinsen. Ein Grossteil der Erträge aus den Aktiven verbleibt daher als Überschuss. Als Verwalterin der schweizerischen Währungsreserven trägt die Nationalbank – auch bei sorgfältiger Bewirtschaftung der Aktiven – beträchtliche Markt- und Liquiditätsrisiken sowie Kreditrisiken. Diese sichert sie mit angemessenen Rückstellungen ab. Die Rückstellungen dienen insbesondere auch der währungspolitischen Vorsorge. Sie gestatten der Nationalbank den Aufbau ausreichender Devisenreserven. Der angestrebte Bestand an Rückstellungen wächst im Gleichschritt mit dem Bruttozialprodukt bzw. ab 2003 dem Bruttoinlandprodukt (vgl. Seite 105f).

Am 31. Dezember 2002 beschäftigte die Nationalbank einschliesslich Lehrlingen 617 Personen (2001: 585), entsprechend 573,6 Vollstellen (2001: 543,6). Neben den Sitzen in Bern und Zürich führt die Nationalbank Zweiganstalten mit operativer Tätigkeit in Genf und Lugano. Zur Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Regionen ist die Nationalbank zusätzlich an den Standorten Basel, Lausanne, Luzern und St. Gallen vertreten.

3.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Buchführung, Bewertung, Bilanzierung und Offenlegung erfolgen – unter Berücksichtigung nationalbankspezifischer Gegebenheiten – gemäss den Vorschriften des Nationalbankgesetzes (NBG) und des Obligationenrechts (OR) sowie den Swiss GAAP FER¹. Aufgrund ihrer besonderen Geschäftstätigkeit erstellt die Nationalbank keine Mittelflussrechnung und veröffentlicht keinen Halbjahresabschluss.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze wurden gegenüber dem Vorjahr nicht geändert.

Sämtliche Geschäftsvorfälle werden am Abschlusstag erfasst. Die Bilanzierung erfolgt jedoch erst am Valutadatum. Im Geschäftsjahr 2002 abgeschlossene Geschäfte mit Valuta im neuen Jahr werden unter den Ausserbilanzgeschäften ausgewiesen.

¹ Dabei handelt es sich um die allgemein anerkannten schweizerischen Rechnungslegungsgrundsätze (GAAP) der Fachkommission für Empfehlungen zur Rechnungslegung (FER).

Allgemeine Grundsätze

Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Erfassung der Geschäftsvorfälle und Bilanzierung

Die Bilanzierung des *Goldes* und der *Goldforderungen aus den Leihgeschäften*, der *handelbaren Devisenanlagen* sowie der *Wertschriften in Schweizer Franken* erfolgt zu Marktwerten (einschliesslich Marchzinsen) per Jahresende. Die Marktwertveränderungen werden über die Erfolgsrechnung verbucht.

Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften werden zum Nominalwert einschliesslich aufgelaufener Repo-Zinsen bilanziert. Dabei wird nur die Geldseite des Geschäftes verbucht, d.h. die vom Geldnehmer an den Geldgeber übertragenen Wertpapiere werden so behandelt, als ob sie zur Sicherung des Kredites verpfändet worden wären.

Die bei der Bewirtschaftung der Devisenanlagen und des Goldbestandes eingesetzten *derivativen Finanzinstrumente* werden zu Marktwerten bzw. zum Fair Value per Jahresende bewertet. Dasselbe gilt für die *nicht erfüllten Kassageschäfte auf dem Gold*, den *handelbaren Devisenanlagen* und den *Wertschriften in Franken*. Die positiven bzw. negativen Bruttowiederbeschaffungswerte werden erfolgs- und bilanzwirksam verbucht. Bei *Terminkontrakten* und *nicht erfüllten Kassageschäften auf nicht handelbaren Instrumenten* werden nur die Kontraktwerte unter den Ausserbilanzgeschäften aufgeführt.

Die *Beteiligungen* werden zum Anschaffungswert abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen, im Falle von unmassgeblichen Minderheitsanteilen an börsenkotierten Unternehmen zum Marktwert, bewertet.

Die Bewertung der *Sachanlagen* erfolgt zu Anschaffungswerten abzüglich betriebswirtschaftlich notwendiger Abschreibungen.

Die *übrigen Positionen* werden zum Nominalwert einschliesslich allfälliger Marchzinsen bilanziert.

Die *Umrechnung der Fremdwährungspositionen* erfolgt zu Jahresendkursen, während die Erträge auf Fremdwährungspositionen zu aktuellen Kursen im Zeitpunkt der Verbuchung umgerechnet werden.

Bewertungskurse für Fremdwährungen und Gold

	2002	2001	Veränderung Prozent
Jahresendkurse			
CHF/USD	1,3872	1,6782	-17,3
CHF/EUR	1,4525	1,4813	-1,9
CHF/JPY	1,1690	1,2774	-8,5
CHF/GBP	2,2323	2,4304	-8,2
CHF/DKK	19,5700	19,9100	-1,7
CHF/CAD	0,8800	1,0507	-16,2
CHF/XDR ¹	1,8884	2,1113	-10,6
Goldpreis in CHF/kg	15 286,48	14 978,01	+2,1
USD/oz ²	342,75	277,6	+23,5

1 XDR: Sonderziehungsrechte

2 oz: Feinunzen

3.3 Erläuterungen zur Erfolgsrechnung und zur Bilanz

Zusammenfassung

Die Erfolgsrechnung wird von der Goldpreis-, Zins- und Wechselkursentwicklung geprägt.

Der Anstieg des Goldpreises führte zu Bewertungsgewinnen von 736,0 Mio. Franken. Als Folge des Kursrückgangs des US-Dollars resultierten auf den Devisentermingeschäften, welche zur Absicherung der künftigen, in US-Dollar anfallenden Goldverkaufserlöse abgeschlossen wurden, Gewinne in Höhe von 741,3 Mio. Franken. Zusammen mit den Zinserträgen aus den Goldleihgeschäften belief sich der Erfolg aus Gold auf 1532,1 Mio. Franken (2001: 1267,6 Mio. Franken).

Auf den Devisenanlagen ergaben sich aufgrund des weiteren, gegenüber dem Vorjahr noch ausgeprägteren Zinsrückgangs an den relevanten Anlagemärkten deutliche Kapitalgewinne. Zusammen mit den Zinserträgen betrug der Erfolg 4675,5 Mio. Franken (2001: 2903,1 Mio.). Demgegenüber waren infolge der durchwegs tieferen Devisenkurse Wechselkursverluste von 4176,9 Mio. Franken zu verzeichnen (2001: -497,7 Mio.). Der Gesamterfolg aus den Devisenanlagen belief sich auf 498,8 Mio. Franken (2001: 2405,4 Mio.). Auf den übrigen Fremdwährungsguthaben fiel der Gesamterfolg negativ aus. Der Erfolg aus Finanzaktiven in Franken, welcher hauptsächlich aus Wertschriften und Repo-Geschäften stammt, erreichte 817,2 Mio. Franken (2001: 758,6 Mio.).

Zusammen mit den übrigen Erträgen von 34,1 Mio. Franken (2001: 29,7 Mio. Franken) halbierte sich der Bruttoerfolg von 2575,0 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr (4486,8 Mio.) beinahe.

Der ordentliche Aufwand sank – bedingt durch den tieferen Zinsaufwand – von 425,4 Mio. auf 320,6 Mio. Franken. Der Nettoerfolg war mit 2254,4 Mio. Franken deutlich tiefer als im Vorjahr (4061,3 Mio.). Nach Berücksichtigung der ausserordentlichen Positionen ergab sich ein Gesamterfolg von 2251,5 Mio. Franken (2001: 4054,4 Mio.).

Die Rückstellung für die vorgesehene Abtretung des Gegenwerts des für monetäre Zwecke nicht mehr benötigten Goldbestandes wurde als Folge der Bewertungsgewinne auf dem Goldbestand der freien Aktiven und den Devisentermingeschäften zur Absicherung der in US-Dollar anfallenden Goldverkaufserlöse um 1079,3 Mio. Franken aufgestockt. Der Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf dem monetären, also im Bestand der Nationalbank verbleibenden Gold wurden die Bewertungsgewinne in Höhe von 398,0 Mio. Franken zugewiesen.

Nach diesen beiden Zuweisungen verblieben 774,2 Mio. Franken. Zur Bereitstellung des ausgewiesenen Jahresgewinnes von 2508,7 Mio. Franken wurden den Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken 1734,5 Mio. Franken entnommen.

Erfolg aus Gold

Aus dem Anstieg des Goldpreises resultierten Bewertungsgewinne. Infolge des Rückgangs des US-Dollar-Kurses ergaben sich auch auf den Devisentermingeschäften zur Absicherung der in US-Dollar anfallenden Goldverkaufserlöse (Verkauf von US-Dollar auf Termin) Gewinne. Tiefere Goldleihraten und ein geringeres durchschnittliches Volumen ausstehender Geschäfte führten zu einem Rückgang des Zinsertrages aus den Goldleihgeschäften.

	2002	2001	Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Monetäres Gold	452,8	910,5	-457,7
Marktbewertungserfolg	398,0	829,7	-431,7
Zinsertrag aus Goldleihgeschäften	54,8	80,8	-26,0
Gold der freien Aktiven	1 079,3	357,2	+722,1
Marktbewertungserfolg ¹	338,0	674,2	-336,2
Erfolg aus Absicherungsgeschäften	741,3	-317,0	+1 058,3
Total	1 532,1	1 267,6	+264,5

1 Einschliesslich realisierte Erfolge aus Goldverkäufen

Erfolg aus Devisenanlagen

Wie bereits im Vorjahr resultierten aus den rückläufigen Zinssätzen an den relevanten Anlagemärkten Kapitalgewinne. Demgegenüber ergaben sich – bedingt durch den stärkeren Frankenkurs – in sämtlichen Anlagewährungen Wechselkursverluste. Diese waren insbesondere im US-Dollar sehr ausgeprägt.

	2002	2001	Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
USD	-1 114,3	1 567,6	-2 681,9
Zinsen und Kapitalerfolg	2 087,5	1 253,5	+834,0
Wechselkurserfolg	-3 201,9	314,1	-3 516,0
EUR	1 595,9	670,7	+925,2
Zinsen und Kapitalerfolg	2 097,6	1 283,4	+814,3
Wechselkurserfolg	-501,7	-612,6	+110,9
JPY	-3,6	-82,0	+78,4
Zinsen und Kapitalerfolg	-1,2	35,0	-36,2
Wechselkurserfolg	-2,4	-117,0	+114,6
GBP	-19,1	144,1	-163,2
Zinsen und Kapitalerfolg	234,9	152,9	+82,0
Wechselkurserfolg	-254,1	-8,8	-245,3
DKK	141,5	59,5	+82,0
Zinsen und Kapitalerfolg	176,5	107,7	+68,8
Wechselkurserfolg	-35,0	-48,2	+13,2
CAD	-101,5	46,0	-147,5
Zinsen und Kapitalerfolg	80,2	71,0	+8,2
Wechselkurserfolg	-181,8	-25,1	-156,7
Diverse	0,0	-0,5	+0,5
Zinsen und Kapitalerfolg	0,0	-0,4	+0,4
Wechselkurserfolg	0,0	-0,1	+0,1
Total	498,8	2 405,4	-1 906,6
Zinsen und Kapitalerfolg	4 675,5	2 903,1	+1 772,4
Wechselkurserfolg ¹	-4 176,9	-497,7	-3 679,2

1 Einschliesslich Wechselkurserfolg auf Verbindlichkeiten in Fremdwährungen von 77,6 Mio. Franken (2001: 30,6 Mio.).

Erfolg aus übrigen Fremdwährungsguthaben

Der starke Rückgang des Umrechnungskurses für die Sonderziehungsrechte hatte bedeutende Wechselkursverluste zur Folge. Zudem führten rückläufige Bestände und Zinsen zu entsprechend tieferen Zinserträgen.

	2002	2001	Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Reserveposition beim IWF	-246,9	17,8	-264,7
Zinserträge	49,5	65,2	-15,7
Wechselkurserfolg XDR	-296,4	-47,4	-249,0
Internationale Zahlungsmittel	-33,0	-1,0	-32,0
Zinserträge	7,6	13,0	-5,4
Wechselkurserfolg XDR	-40,6	-14,0	-26,6
Währungshilfekredite	-27,2	8,6	-35,8
Zinserträge	7,4	14,1	-6,7
Wechselkurserfolg EUR	-0,4	-0,6	+0,2
Wechselkurserfolg XDR	-34,2	-4,9	-29,3

Einfluss der Wechselkursentwicklung auf die Erfolgsrechnung

Im Zusammenzug der Wechselkurserfolge aus den Devisenanlagen und aus den übrigen Fremdwährungspositionen ist der gesamte Einfluss der Wechselkursentwicklung auf die Erfolgsrechnung ersichtlich. Insgesamt resultierte ein Verlust von 4 548,4 Mio. Franken (2001: -564,6 Mio.).

	2002	2001	Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
USD	-3 201,9	314,1	-3 516,0
EUR	-502,1	-613,2	+111,1
JPY	-2,4	-117,0	+114,6
GBP	-254,1	-8,8	-245,3
DKK	-35,0	-48,2	+13,2
CAD	-181,8	-25,1	-156,7
XDR	-371,1	-66,3	-304,8
Übrige Währungen	-0,0	-0,1	+0,1
Total	-4 548,4	-564,6	-3 983,8

Ziffer 04 der Erfolgsrechnung**Erfolg aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken**

Die Forderungen lagen gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt um rund 4 Mrd. Franken höher. Wegen deutlich tieferer Zinssätze reduzierte sich der Ertrag aus Repo-Geschäften dennoch um mehr als die Hälfte auf 211,7 Mio. Franken (2001: 519,8 Mio.).

Ziffer 05 der Erfolgsrechnung**Erfolg aus Lombardvorschüssen**

Der Erfolg aus Lombardvorschüssen fiel aufgrund einer leicht tieferen durchschnittlichen Kreditbeanspruchung und tieferer Zinssätze mit 0,5 Mio. Franken geringer aus als im Vorjahr (1,1 Mio.).

Ziffer 06 der Erfolgsrechnung**Erfolg aus Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten**

Der Erfolg aus Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten ging infolge deutlich tieferer durchschnittlicher Bestände und tieferer Zinsen um 1,5 Mio. auf 0,2 Mio. Franken zurück.

Ziffer 07 der Erfolgsrechnung**Erfolg aus Wertschriften in Schweizer Franken**

Der Wertschriftenerfolg (Zinsen sowie realisierte und unrealisierte Kapitalerfolge) fiel mit 604,8 Mio. Franken bedeutend höher aus als im Vorjahr (236,0 Mio.). Dieser Anstieg ist überwiegend auf die deutlich rückläufigen Zinsen in allen Laufzeitsegmenten und die daraus resultierenden Kapitalgewinne zurückzuführen.

Ziffer 08 der Erfolgsrechnung**Übrige Erträge**

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Kommissionen aus Bankgeschäften	20,5	17,5	+17,1
Beteiligungsertrag	8,0	7,3	+9,6
Liegenschaftenertrag ¹	5,1	4,7	+8,5
Übriger ordentlicher Ertrag	0,4	0,3	+33,3
Total übrige Erträge	34,1	29,7	+14,8

¹ Der Liegenschaftenertrag stammt aus der Vermietung der nicht selbst belegten Räumlichkeiten in Bankliegenschaften und aus den als Raumreserve dienenden Gebäuden in Zürich und Genf.

Die höheren Kommissionen aus Bankgeschäften sind auf die deutlich gestiegenen Erträge aus den Wertschriftenverwaltungsoperationen zurückzuführen. Weil diese Kommissionen grösstenteils an die Banken retrozediert wurden, führte dieser Anstieg ebenfalls zu einer Erhöhung des Sachaufwandes (vgl. Ziffer 12 der Erfolgsrechnung).

Zinsaufwand

Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund stiegen im Vergleich zum Vorjahr an. Dennoch führten die wesentlich tieferen Zinssätze zu einem deutlichen Rückgang des Zinsaufwandes für Verpflichtungen gegenüber dem Bund.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden weniger Repo-Geschäfte in Fremdwährungen getätigt. Zusammen mit den tieferen Zinsen führte dies zu einem markanten Rückgang des Zinsaufwandes.

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Zinsaufwand für Verpflichtungen gegenüber dem Bund	59,3	160,8	-101,5
Zinsaufwand für Depotkonten	6,2	6,3	-0,1
Zinsaufwand für Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Schweizer Franken	0,0	1,0	-1,0
Zinsaufwand für Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Fremdwährungen	10,0	35,6	-25,6
Total Zinsaufwand	75,4	203,7	-128,3

Notenaufwand

Ziffer 10 der Erfolgsrechnung

Der Notenaufwand entspricht den Gestehungskosten der im Jahre 2002 in Umlauf gesetzten druckfrischen Noten. Der höhere durchschnittliche Notenumlauf sowie eine höhere Notenausscheidungsquote führten zum deutlichen Anstieg des Notenaufwandes.

Personalaufwand

Ziffer 11 der Erfolgsrechnung

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Löhne, Gehälter und Zulagen	69,4	64,5	+7,6
Sozialversicherungen	14,8	15,2	-2,6
Übriger Personalaufwand	4,7	4,2	+11,9
Total Personalaufwand	89,0	83,9	+6,1

Die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Zulagen ist in erster Linie auf die Zunahme des Personalbestandes um rund 6% und auf die Anpassung der Löhne (Teuerungsausgleich, individuelle Lohnerhöhungen) zurückzuführen. Für den Anstieg des übrigen Personalaufwandes waren die Verbesserung von Lohnnebenleistungen sowie höhere Ausbildungskosten verantwortlich.

Die Vorsorgepläne der Nationalbank sind in zwei Personalvorsorgeeinrichtungen zusammengefasst (Pensionskasse und Vorsorgestiftung). Im Sinne der Swiss GAAP FER handelt es sich um beitragsorientierte Vorsorgeeinrichtungen, deren Kosten durch reglementarische Beiträge der Mitarbeitenden und der Nationalbank bestritten werden.

Die Bezüge (Entlöhnung und Repräsentationspauschalen) der Mitglieder des Bankrates und des Direktoriums gliedern sich wie folgt:

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
40 Mitglieder des Bankrates, davon 10 im Ausschuss	0,447	0,447	–
davon Präsident des Bankrates	0,082	0,082	–
davon Vizepräsident des Bankrates	0,041	0,041	–
3 Mitglieder des Direktoriums	1,727	1,652	+4,5
davon Präsident des Direktoriums	0,589	0,564	+4,4
davon Vizepräsident des Direktoriums	0,569	0,544	+4,6

Die Nationalbank richtet keine erfolgsabhängigen Entschädigungen aus. Auch gewährt sie keine Organkredite.

Ziffer 12 der Erfolgsrechnung

Sachaufwand

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Prozent
Direkter Aufwand für Bankgeschäfte	40,3	36,6	+10,1
Raumaufwand	10,8	10,7	+0,9
Wartung mobile Sachanlagen und Software	10,2	8,1	+25,9
Übriger Sachaufwand	32,2	27,5	+17,1
Total Sachaufwand	93,5	82,9	+12,8

Direkter Aufwand für Bankgeschäfte

Dieser Posten umfasst direkte Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Notenumlauf (einschliesslich Entschädigungen an Agenturen), Kommissionen und Spesen für die Verwaltung der Finanzanlagen und des Goldes sowie weitergegebene Wertschriftenkommissionen. Letztere führten zum Anstieg dieser Position (vgl. Ziffer 8 der Erfolgsrechnung).

Raumaufwand

Darin sind Aufwendungen für Unterhalt und Betrieb der Bankgebäude sowie für gemietete Räume enthalten.

Wartung mobile Sachanlagen und Software

Der Anstieg ist insbesondere auf deutlich höhere Kosten für den Unterhalt von Applikationssoftware zurückzuführen. In dieser Zunahme widerspiegelt sich ein im Jahre 2002 stark gewachsener Umfang produktiv genutzter Softwareanwendungen.

Übriger Sachaufwand

Der übrige Sachaufwand umfasst nebst dem allgemeinen Verwaltungsaufwand auch Aufwendungen für Beratung und Unterstützung durch Dritte, die Informationsbeschaffung (Marktinformationssysteme) sowie die Sicherheit.

Die Aufwendungen für Beratung und Unterstützung fielen mit 8,8 Mio. Franken deutlich höher aus als im Vorjahr (7,3 Mio. Franken). Im Weiteren trugen höhere Betriebs- und Investitionsbeiträge an das Studienzentrum Gerzensee von 7,6 Mio. Franken (2001: 6,1 Mio.) sowie ein erstmals geleisteter Beitrag von 1,0 Mio. Franken an die Eurex Zürich AG zur teilweisen Deckung der Kosten der elektronischen Handelsplattform zum Anstieg des übrigen Sachaufwandes bei. Dieser Beitrag erfolgte im Hinblick auf die wesentliche Bedeutung des Repo-Geschäftes für die Nationalbank.

Ausserordentlicher Aufwand

Darin enthalten sind Aufwände von 8,9 Mio. Franken für das auf insgesamt 15,0 Mio. Franken veranschlagte Expo.02-Projekt der Nationalbank.

Ziffer 13 der Erfolgsrechnung

Ausserordentlicher Ertrag

Vom ausserordentlichen Ertrag entfielen 5,0 Mio. Franken auf einen in früheren Jahren über die Erfolgsrechnung gebildeten, nicht beanspruchten Rückbehalt für ein Bauprojekt. Weitere 1,0 Mio. Franken betreffen wieder eingebrachte Abschreibungen auf einem Darlehen an die Kreuz Gerzensee AG, welches im abgelaufenen Jahr zurückbezahlt wurde.

Ziffer 14 der Erfolgsrechnung

Gold

Im Jahr 2002 verkaufte die Nationalbank 281,9 Tonnen Gold zu einem durchschnittlichen Preis von 15 524 Franken pro Kilogramm. Der Erlös betrug 4376,0 Mio. Franken. Im Vorjahr waren 220,8 Tonnen zum Durchschnittspreis von 14 730 Franken pro Kilogramm verkauft worden. In den Durchschnittspreisen sowie beim Erlös sind die Erfolge aus der Absicherung des Währungsrisikos auf den in US-Dollar anfallenden Verkaufserlösen nicht berücksichtigt.

Der physische Goldbestand wird dezentral im In- und Ausland gelagert.

Ziffer 15 der Bilanz

	2002		2001	
	Tonnen	Marktwert in Mio. Franken	Tonnen	Marktwert in Mio. Franken
Barrengold	1 486,7	22 727,2	1 700,9	25 476,1
Goldmünzen	175,2	2 678,1	175,2	2 624,1
Total	1 661,9	25 405,2	1 876,1	28 100,1

Forderungen aus Goldgeschäften

Die Geschäfte werden mit erstklassigen in- und ausländischen Finanzinstituten abgeschlossen.

	2002		2001	
	Tonnen	Marktwert in Mio. Franken	Tonnen	Marktwert in Mio. Franken
Forderungen aus Goldleihe	254,6	3 932,5	322,2	4 879,3
Forderungen aus ungedeckter Goldleihe	158,7	2 438,8	237,4	3 587,2
Forderungen aus gedeckter Goldleihe ¹	95,9	1 493,7	84,8	1 292,0
Forderungen auf Metallkonti	0,1	1,8	0,2	3,0
Total	254,7	3 934,4	322,4	4 882,2

1 Gesichert durch Hinterlage von erstklassigen Wertschriften im Marktwert von 1 717,6 Mio. Franken.

Devisenanlagen

Die Staatspapiere lauten grösstenteils auf die Währung des Ausgabelandes. Die Schuldnerkategorie Währungsinstitutionen umfasst Anlagen bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der amerikanischen Zentralbank und anderer Notenbanken sowie Anlagen in Titeln der Weltbank. Die Bankanlagen werden bei Instituten mit sehr guter Bonität getätigt.

Devisenanlagen nach Schuldnern und Währungen¹

	2002			2001		
	Mio. Original- währung	Franken	Anteil Prozent	Mio. Original- währung	Franken	Anteil Prozent
Staatspapiere		41 844,4	79,0		36 825,3	72,8
USD	9 616,8	13 340,4	25,2	8 114,3	13 617,5	26,9
EUR	15 674,9	22 767,8	43,0	11 565,4	17 131,8	33,9
JPY	0,0	0,0	0,0	54 276,5	693,3	1,4
GBP	1 338,9	2 988,8	5,6	1 120,9	2 724,1	5,4
DKK	8 983,1	1 758,0	3,3	8 624,6	1 717,1	3,4
CAD	1 124,3	989,4	1,9	896,0	941,4	1,9
Währungsinstitutionen		1 590,6	3,0		1 085,8	2,1
USD	800,2	1 110,1	2,1	331,0	555,5	1,1
EUR	165,9	240,9	0,5	144,4	213,9	0,4
JPY	59,9	0,7	0,0	4 737,5	60,5	0,1
GBP	21,1	47,1	0,1	85,4	207,6	0,4
DKK	915,2	179,1	0,3	188,2	37,5	0,1
CAD	14,0	12,3	0,0	9,9	10,4	0,0
Diverse		0,4	0,0		0,5	0,0
Banken		9 506,0	18,0		12 669,7	25,0
USD	4 542,8	6 301,8	11,9	3 922,7	6 583,1	13,0
EUR	2 033,2	2 953,2	5,6	3 943,1	5 841,0	11,5
JPY	25,7	0,3	0,0	2 160,0	27,6	0,1
GBP	27,5	61,4	0,1	10,7	26,0	0,1
DKK	964,7	188,7	0,3	698,9	139,2	0,3
CAD	0,3	0,3	0,0	50,3	52,8	0,1
Diverse		0,3	0,0		0,1	0,0
Total²		52 941,2	100,0		50 580,8	100,0
USD	14 959,9	20 752,4	39,2	12 368,0	20 756,1	41,0
EUR	17 873,9	25 961,9	49,0	15 652,9	23 186,6	45,8
JPY	85,5	1,0	0,0	61 174,0	781,4	1,5
GBP	1 387,5	3 097,3	5,9	1 217,0	2 957,7	5,8
DKK	10 862,5	2 125,8	4,0	9 511,7	1 893,8	3,7
CAD	1 138,6	1 002,0	1,9	956,2	1 004,6	2,0
Diverse		0,7	0,0		0,6	0,0

1 Die Gliederung nach Währungen bezieht sich auf die Basisanlagen ohne Berücksichtigung der Devisenabsicherungsgeschäfte.

2 Davon nicht handelbare Anlagen: 4 070,8 Mio. Franken (2001: 6 921,6 Mio.)

Übrige Fremdwährungsguthaben

		2002		2001	
		Mio.		Mio.	
		Originalwährung	Franken	Originalwährung	Franken
Reserveposition beim IWF	XDR	1 413,8	2 669,8	1 262,6	2 665,7
Quote der Schweiz beim IWF	XDR	3 458,5	6 531,1	3 458,5	7 301,8
./.. CHF-Sichtguthaben des IWF bei der Nationalbank ¹	XDR	-2 044,7	-3 861,3	-2 195,9	-4 636,1
Internationale Zahlungsmittel ²	XDR	54,5	103,0	225,6	476,3
Währungshilfekredite			316,5		347,2
Bilateraler Kredit an Bulgarien ³	EUR	14,4	20,9	14,3	21,3
Kreditfazilität PRGF ³	XDR	150,4	284,1	154,3	325,9
Kreditfazilität interim PRGF ⁴	XDR	6,1	11,5	-	-

1 Guthaben nach Abzug der Marchzinsen von 3,7 Mio. XDR (7,1 Mio. Franken) auf der Reserveposition.

2 Zusätzlich bestehen Ende 2002 offene Zusagen von 345,8 Mio. XDR (2001: 175,0 Mio. XDR).

3 Ende 2002 bestehen keine offenen Zusagen mehr.

4 Zusätzlich bestehen Ende 2002 offene Zusagen von 243,9 Mio. XDR (2001: 250,0 Mio. XDR).

Reserveposition beim IWF

Die Reserveposition entspricht der Differenz zwischen der von der Nationalbank finanzierten schweizerischen Quote beim IWF und dem Frankenguthaben des IWF bei der Nationalbank. Sie hat den Charakter einer Währungsreserve und kann von der Nationalbank jederzeit in diesem Sinne verwendet werden.

Internationale Zahlungsmittel

Die Sonderziehungsrechte (XDR) sind verzinsliche Sichtguthaben beim IWF. Die Nationalbank verpflichtete sich gegenüber dem IWF, bis zu einer Bestandeslimite von 400 Mio. XDR Sonderziehungsrechte gegen Devisen zu kaufen.

Währungshilfekredite

Bei bilateralen Krediten handelt es sich um mittelfristige, international koordinierte Zahlungsbilanzhilfen, an denen sich die Schweiz mit einer Kredittranche beteiligt. Ende 2002 war nur ein auf Euro lautender Kredit an Bulgarien ausstehend.

Die Armutsverringerungs- und Wachstumsfazilität (PRGF, Poverty Reduction and Growth Facility) ist ein vom IWF verwalteter Treuhandfonds, der langfristige, zinsvergünstigte Kredite an arme Entwicklungsländer finanziert.

Sowohl die bilateralen Kredite als auch die Beteiligung der Schweiz am Darlehenskonto der PRGF werden in Bezug auf die Zins- und Kapitalrückzahlung vom Bund garantiert.

Repo-Geschäfte in Schweizer Franken

Mit dem Repo-Geschäft, dem wichtigsten geldpolitischen Instrument, wird dem Bankensystem Liquidität gegen die Pensionierung von Wertpapieren zur Verfügung gestellt oder durch Abschöpfung entzogen.

Die Forderungen aus Repo-Geschäften sind entweder durch Papiere aus dem SNB-Korb (auf Franken lautende, notenbankfähige Anleihen in- und ausländischer Emittenten sowie Geldmarktbuchforderungen von Bund und Kantonen), aus dem Euro GC Basket (in Euro denomierte Papiere der deutschen Bundesregierung sowie der Republik Österreich) oder aus dem German Jumbo Pfandbriefe GC Basket (in Euro denomierte deutsche Jumbo-Pfandbriefe) gesichert.

Im Rahmen der Geldmarktsteuerung kann die Nationalbank auch Abschöpfungs-Repos durchführen, um dem Markt Liquidität zu entziehen. 2002 wurden vereinzelt Abschöpfungsstransaktionen abgeschlossen. Ende Jahr waren keine Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften in Franken ausstehend.

Ziffer 19 der Bilanz

Lombardvorschüsse

Der Lombardkredit dient den Banken dazu, unvorhergesehene Liquiditätsengpässe kurzfristig zu überbrücken. Ende 2002 bestanden insgesamt 146 Kreditlimiten, 4 weniger als Ende 2001.

Die Limiten, die Deckungswerte und die Beanspruchungen entwickelten sich wie folgt:

Ziffer 20 der Bilanz

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Limiten per Ende Jahr	9 327,4	9 230,9	+96,5
Deckungswerte per Ende Jahr ¹	10 194,1	9 675,2	+518,9
Beanspruchung im Jahresdurchschnitt ²	16,1	20,8	-4,7
maximale Beanspruchung ³	800,0	975,0	-175,0

- 1 Kurswerte abzüglich 10–35%
- 2 Durchschnitt der arbeitstäglichen Werte
- 3 Tagesspitzenwert

Forderungen gegenüber Inlandkorrespondenten

440 Geschäftsstellen (2001: 559) von 57 Banken (2001: 62) besorgen für die Nationalbank den lokalen Bargeldausgleich und decken Bargeldbedürfnisse von Bundesstellen und bundesnahen Unternehmen ab. Die Forderungen werden zum Lombardsatz abzüglich 200 Basispunkte verzinst.

Ziffer 21 der Bilanz

Wertschriften in Schweizer Franken

Es handelt sich um kotierte Obligationen.

Vorjahr	2002		2001		Veränderung gegenüber Mio. Franken
	Mio. Franken	Anteil Prozent	Mio. Franken	Anteil Prozent	
Inländische Schuldner	4 624,9	65,9	4 050,1	67,5	+574,8
Eidgenossenschaft	1 691,0	24,1	1 259,4	21,0	+431,6
Kantone	653,2	9,3	570,3	9,5	+82,9
Gemeinden	360,0	5,1	351,6	5,9	+8,4
Pfandbriefinstitute	1 216,1	17,3	1 109,4	18,5	+106,7
Banken	704,6	10,0	759,4	12,7	-54,8
Ausländische Schuldner	1 809,1	25,8	1 397,3	23,3	+411,8
Staaten	785,7	11,2	624,8	10,4	+160,9
Banken	1 023,4	14,6	772,5	12,9	+250,9
Internationale Organisationen	584,4	8,3	552,6	9,2	+31,8
Total Marktwert	7 018,4	100,0	6 000,0	100,0	+1 018,4
Total Nominalwert	6 337,4		5 724,6		

Beteiligungen (nicht konsolidiert) in Mio. Franken

	Wert 31.12.2001	Investi- tionen	Devesti- tionen	Marktwert- verän- derungen	Wert 31.12.2002
Orell Füssli	27,0	-	-	-	27,0
BIZ	60,9	-	-	-	60,9
Diverse	1,4	-	-0,7	-0,0	0,6
Total	89,3	-	-0,7	-0,0	88,6

Die Nationalbank hält 33,34% des Aktienkapitals der Orell Füssli Holding AG, Zürich, deren Tochtergesellschaft Orell Füssli Sicherheitsdruck AG die schweizerischen Banknoten produziert. Das Unternehmen nahm eine weitere Nennwertreduktion von 30 Franken (1999 bis 2001: 20 Franken) pro Namenaktie vor. Der Betrag von 2,0 Mio. Franken, welcher der Nationalbank aus dieser Transaktion zustand, wurde dem Beteiligungsertrag gutgeschrieben. Diese höhere Ausschüttung trug massgeblich zum Anstieg des Beteiligungsertrages bei.

Die Beteiligung von 3,1% an der BIZ wird aus Gründen der währungspolitischen Zusammenarbeit gehalten.

Unter Diverse figurieren Aktien der Telekurs Holding AG, Zürich, der Sihl, Zürich (Papierfabrik), der SWIFT Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications S.G., La Hulpe (Belgien), sowie der Kreuz Gerzensee AG, der Nachfolgesellschaft zweier im Zusammenhang mit der Schaffung des Studienzentrums Gerzensee gegründeter Gesellschaften. Diese veräusserte im Jahre 2002 Anlagevermögen und setzte in der Folge mittels einer Nennwertreduktion ihr Aktienkapital herab. In den Büchern der Nationalbank wurde diese Kapitalrückzahlung vom Buchwert der Beteiligung in Abzug gebracht.

Sachanlagen

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungswerten aktiviert und über die geschätzte Lebensdauer linear abgeschrieben. Anschaffungen unter 1000 Franken werden direkt dem Sachaufwand belastet.

Der Vorrat an neuen, noch nie in Umlauf gesetzten Banknoten wird zu den Gestehungskosten bewertet. Diese werden im selben Rhythmus der Erfolgsrechnung belastet, wie die Noten in den Bargeldumlauf eingespiessen werden.

Die Zugänge und Reklassifikationen bei Liegenschaften und den spezifischen Einbauten sind überwiegend auf Umbauten am Sitz Zürich zurückzuführen.

Die übrigen Sachanlagen umfassen im Wesentlichen Maschinen, Geräte, Mobiliar, Informatik-Hardware und Fahrzeuge. Bisher war in dieser Rubrik auch die Informatik-Software enthalten. Diese wird im Anlagenspiegel neu separat ausgewiesen. Weil es sich um den einzigen aktivierten immateriellen Wert handelt, wird auf eine gesonderte Bilanzierung in einer Position Immaterielle Werte verzichtet.

Anlagenspiegel in Mio. Franken

	Banknoten-vorrat	Liegen-schaften ¹	Spezifische Einbauten	Anlagen im Bau	Soft-ware ²	übrige Sach-anlagen ³	Total
Abschreibungsdauer	gemäss Verbrauch	100 Jahre	10 Jahre	keine Abschr.	3 Jahre	3–12 Jahre	
Anschaffungswerte							
Bruttowerte Anfang 2002	152,1	324,3	34,3	4,5	20,2	68,4	603,8
Zugänge	37,8	0,4	5,2	–	9,5	9,4	62,3
Abgänge	–40,0	–	–0,0	–	–7,7	–2,7	–50,4
Reklassifikationen		1,4	2,9	–4,5	0,1	0,1	
Bruttowerte Ende 2002	149,9	326,1	42,4	–	22,1	75,2	615,8
Kumulierte Abschreibungen⁴							
Wertberichtigungen							
Anfang 2002		12,3	4,0		7,4	45,3	68,9
Zugänge		3,2	3,7		6,5	8,9	22,3
Abgänge		–	–0,0		–7,7	–1,7	–9,4
Reklassifikationen		–	–0,0		–	0,0	
Wertberichtigungen							
Ende 2002		15,6	7,7		6,2	52,5	82,1
Nettobuchwerte							
Nettobuchwerte							
Anfang 2002	152,1	312,0	30,3	4,5	12,9	23,1	534,8
Nettobuchwerte							
Ende 2002	149,9	310,5	34,7	–	15,9	22,6	533,7

1 Der Brandversicherungswert der Liegenschaften belief sich Ende 2002 auf 337,8 Mio. Franken (Ende 2001: 337,8 Mio. Franken).

2 Bis 2001 zusammen mit den übrigen Sachanlagen ausgewiesen.

3 Der Brandversicherungswert der übrigen Sachanlagen belief sich Ende 2002 auf 73,5 Mio. Franken (Ende 2001: 68,1 Mio. Franken).

4 Bei den Liegenschaften und den spezifischen Einbauten werden die Abschreibungen seit dem Jahr 1996 (Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze), bei den übrigen Sachanlagen ab Beginn der Nutzung kumuliert.

1 Bei den Münzen handelt es sich um die von der Swissmint erworbenen Scheide- und Gedenkmünzen, die von der Nationalbank in Umlauf gesetzt werden.

2 Die positiven Bruttowiederbeschaffungswerte entsprechen den nicht realisierten Gewinnen auf derivativen Finanzinstrumenten sowie offenen Kassageschäften. Der überwiegende Teil stammt aus Devisentermingeschäften zur Absicherung von Währungsrisiken (vgl. Seite 108).

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Münzen (einschliesslich Gedenkmünzen) ¹	337,4	351,6	-14,2
Fremde Sorten	0,3	0,1	+0,2
Postkonten	0,0	0,0	-
Übrige Forderungen	6,6	14,0	-7,4
Aktive Rechnungsabgrenzungen	3,0	2,4	+0,6
Checks und Wechsel (Inkassogeschäft)	0,4	2,7	-2,3
Positive Bruttowiederbeschaffungswerte ²	592,8	86,1	+506,7
Total	940,6	456,8	+483,8

Ziffer 26 der Bilanz

Notenumlauf

Darunter fallen alle vom Publikum und von Banken gehaltenen Banknoten. Von den im Mai 2000 zurückgerufenen Noten der sechsten Emission – sie sind bis zum 30. April 2020 bei der Nationalbank einlösbar – waren per Ende Jahr Abschnitte im Werte von gesamthaft 2,3 Mrd. Franken ausstehend (2001: 2,8 Mrd. Franken).

Ziffer 27 der Bilanz

Girokonten inländischer Banken

Die 292 Girokonten (2001: 298) der 274 Banken (2001: 277) sind unverzinslich. Die Girogelder bilden die Basis für die geldpolitische Steuerung durch die Nationalbank und dienen der Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in der Schweiz. Zudem sind sie Bestandteil der gesetzlichen Liquidität der Banken.

Ziffer 28 der Bilanz

Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund

Die Sichtguthaben des Bundes dienen zur Abwicklung des in- und ausländischen Zahlungsverkehrs von Bundesstellen und bundesnahen Unternehmen. Sie werden zum Lombardzinssatz abzüglich 200 Basispunkte verzinst. Die Verzinsungslimite beträgt 600 Mio. Franken.

Die Termineinlagen des Bundes werden marktgerecht verzinst. Ende Jahr beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf 6 704,1 Mio. Franken (2001: 2 251,9 Mio.).

Girokonten ausländischer Banken und Institutionen

Ziffer 29 der Bilanz

Die 221 Girokonten (2001: 218) der 88 Banken (2001: 82) und 133 Währungs- und anderen Institutionen (2001: 136) lauten auf Franken und sind unverzinslich.

Übrige Sichtverbindlichkeiten

Ziffern 30 der Bilanz

Darunter figurieren Konten von Mitarbeitenden und Pensionierten, Verbindlichkeiten gegenüber Personalvorsorgeeinrichtungen in Höhe von 16,6 Mio. Franken (2001: 19,6 Mio. Franken) sowie Verbindlichkeiten gegenüber einzelnen Nichtbanken.

Verbindlichkeiten in Fremdwährungen

Ziffer 31 der Bilanz

Diese umfassen Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Devisenanlagen in Höhe von 146,1 Mio. Franken (2001: 1469,1 Mio.) sowie die Sichtverbindlichkeiten in Fremdwährungen gegenüber dem Bund.

Sonstige Passiven

Ziffer 32 der Bilanz

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Übrige Verbindlichkeiten	6,1	12,1	-6,0
Passive Rechnungsabgrenzungen	5,6	3,1	+2,5
Negative Bruttowiederbeschaffungswerte ¹	178,4	308,1	-129,7
Total	190,2	323,4	-133,2

1 Die negativen Bruttowiederbeschaffungswerte entsprechen den nicht realisierten Verlusten auf derivativen Finanzinstrumenten sowie offenen Kassageschäften. Der überwiegende Teil stammt aus Devisentermingeschäften zur Absicherung von Währungsrisiken (vgl. Seite 108).

Rückstellung für die Abtretung der freien Aktiven

Ziffer 33 der Bilanz und Erfolgsrechnung

	2002	2001
	Mio. Franken	Mio. Franken
Stand am 01. Januar	19 217,6	18 860,4
Zuweisung/Entnahme	1 079,3	357,2
davon Bewertungserfolg Gold freie Aktiven	338,0	674,2
davon Erfolg Absicherungsgeschäfte Gold freie Aktiven	741,3	-317,0
Stand am 31. Dezember	20 296,9	19 217,6

Mit dieser Rückstellung wird zum Ausdruck gebracht, dass 1300 Tonnen Gold nicht mehr für monetäre Zwecke benötigt werden und die Nationalbank in absehbarer Zeit den Erlös aus dessen Verkauf zur Verwendung für andere öffentliche Zwecke abtreten wird.

Die Höhe der Rückstellung bemisst sich nach dem Marktwert des noch nicht verkauften Anteils an den 1300 Tonnen Gold, den vereinnahmten Erlösen aus den Goldverkäufen sowie dem Erfolg aus Geschäften zur Absicherung des Währungsrisikos auf Goldverkaufserlösen in US-Dollar:

	Tonnen	2002 Mio. Franken
Marktwert des noch nicht verkauften Goldbestandes der freien Aktiven	626,5	9 571,1
Kumulierte Erlöse aus Goldverkäufen	673,5	10 218,8
Kumulierter Erfolg aus Absicherungsgeschäften		507,1
Stand Rückstellung für die Abtretung der freien Aktiven		20 296,9

Ziffer 34 der Bilanz und Erfolgsrechnung

Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold

	2002 Mio. Franken	2001 Mio. Franken
Stand am 01. Januar	7 419,5	6 589,9
Zuweisung Bewertungserfolg auf dem Goldbestand der Währungsreserven	398,0	829,7
Stand am 31. Dezember	7 817,5	7 419,5

Mit dieser Rückstellung werden die Markt- und Liquiditätsrisiken auf dem monetären, d. h. für geldpolitische Zwecke benötigten Gold (rund 1290 Tonnen) berücksichtigt. Marktwertschwankungen auf dem monetären Gold werden dieser Rückstellungsposition zugeordnet. Im Sinne der neuen Gewinnausschüttungsvereinbarung mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement (vgl. Seite 105f) wird die Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold per 1. Januar 2003 in die Rückstellung für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken integriert.

**Rückstellungen für Betriebsrisiken sowie
Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken**

Ziffer 35 der Bilanz
und Erfolgsrechnung

	2002	2001
	Mio. Franken	Mio. Franken
Rückstellungen für Betriebsrisiken		
Stand am 01. Januar	465,9	467,1
Veränderung	-4,0	-1,1
Zuweisung	-	3,0
Entnahme	-4,0	-4,1
Stand am 31. Dezember	461,9	465,9
Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken		
Stand am 01. Januar	40 252,9	38 893,4
Entnahme/Zuweisung	-1 734,5	1 359,5
Stand am 31. Dezember	38 518,4	40 252,9
Total (Stand am 31. Dezember)	38 980,3	40 718,8

Den Rückstellungen für Betriebsrisiken wurden Auszahlungen für frühzeitige Pensionierungen als Folge der Neukonzeption des Bargeldverkehrs belastet.

Unter den Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken ragen die Wechselkursrisiken auf den Devisenanlagen heraus. Ebenfalls ins Gewicht fallen die Zinsrisiken auf den Devisenanlagen und den Wertschriften in Schweizer Franken. Bei den Kreditrisiken handelt es sich vorwiegend um Risiken auf Guthaben gegenüber Banken sowie um Abwicklungsrisiken im Devisengeschäft. Zur Bereitstellung des ausgewiesenen Jahresgewinnes von 2 508,7 Mio. Franken wurden den Rückstellungen 1 734,5 Mio. Franken entnommen. Der Überschuss für künftige Ausschüttungen gemäss Gewinnermittlungskonzept (vgl. Seite 105f) bildete sich zurück. Die Rückstellungen liegen jedoch weiterhin über dem angestrebten Bestand.

Aktienkapital

Das Aktienkapital der Nationalbank beträgt unverändert 50 Mio. Franken, eingeteilt in 100 000 Namenaktien von je 500 Franken, wovon 50% einbezahlt sind (non versé: 250 Franken).

Im Geschäftsjahr 2002 genehmigte der Bankausschuss die Übertragung von 8 252 Aktien auf neue Eigentümer. Am 31. Dezember waren die Eintragungsgesuche für 16 611 Aktien hängig oder ausstehend.

Die Aktien waren wie folgt verteilt:

Privataktionäre	Anzahl Aktien
2 591 Aktionäre mit zusammen	27 495
davon 1007 Aktionäre mit je	1
davon 1229 Aktionäre mit je	2 -10
davon 329 Aktionäre mit je	11-100
davon 14 Aktionäre mit je	101-200
davon 12 Aktionäre mit je	über 200
Öffentlich-rechtliche Aktionäre	
86 Aktionäre mit zusammen	55 894
davon 26 Kantone mit zusammen	38 981
davon 24 Kantonalbanken mit zusammen	14 473
davon 36 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften/Anstalten mit zusammen	2 440
Total 2 677 Aktionäre mit zusammen	83 389
Hängige oder ausstehende Eintragungsgesuche für	16 611
Total Aktien	100 000

Von den am Stichtag eingetragenen Aktien – rund 83% des Gesamtbestandes – gehörten 67% Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten, 33% waren auf Privataktionäre eingetragen. In der Kategorie der Privataktionäre wurden 73% der Aktien von natürlichen Personen und 27% von juristischen Personen gehalten. In ausländischem Besitz (ohne Stimmrecht) befanden sich 2 263 Aktien bzw. 2,3% des Aktienkapitals.

Der Kurs der Nationalbankaktie entwickelt sich wegen der gesetzlichen Maximaldividende von 6% normalerweise ähnlich wie eine mit 6% verzinste langfristige Bundesobligation. Er lag Ende Jahr bei 949 Franken, verglichen mit 1090 Franken am Jahresanfang. Zwischenzeitlich betrug der Höchstkurs 1220 Franken. Der zu bezahlende Preis liegt jeweils um das non versé von 250 Franken unter dem Kurswert.

Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Transaktionen – bei höherem Volumen – um 8%, während die Anzahl hängiger oder ausstehender Eintragungsgesuche um 12% zurückging. Im Jahresvergleich nahm die Zahl der eingetragenen Privataktionäre leicht um 66 ab.

Bedeutende Aktionäre, deren Beteiligung 5% aller Stimmrechte bzw. 5000 Namenaktien übersteigt, sind:

	Anzahl Aktien		Beteiligungsquote	
	2002	Veränderung gegenüber Vorjahr	2002	Veränderung gegenüber Vorjahr
Kanton Bern	6 630	–	6,63%	–
Kanton Zürich	5 200	–	5,20%	–

Reservefonds

Aus dem Jahresgewinn 2001 wurde der Reservefonds um 1,0 Mio. Franken (gesetzlich vorgesehener Höchstbetrag) auf 67,0 Mio. Franken aufgestockt.

Ziffer 37 der Bilanz

Jahresgewinn – Ermittlung und Ausschüttung

Die Gewinnermittlung trägt den Besonderheiten der Nationalbank Rechnung. Die Nationalbank schüttet nicht den ganzen Ertragsüberschuss aus, sondern bildet Rückstellungen sowohl für die üblichen betriebswirtschaftlichen als auch für volkswirtschaftliche Risiken. Sie benützt die Rückstellungen in erster Linie dazu, Devisenreserven aufzubauen. Diese erlauben ihr, im Falle einer Frankenschwäche am Markt zu intervenieren. Zudem stärken sie die Resistenz der schweizerischen Volkswirtschaft gegen internationale Krisen und sichern damit das Vertrauen in den Franken. Der Bedarf an Devisenreserven wächst mit der Grösse und der Auslandverflechtung der schweizerischen Wirtschaft.

Ziffer 38 der Bilanz und Erfolgsrechnung

In der am 24. April 1998 abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Nationalbank und dem Eidgenössischen Finanzdepartement über die Gewinnausschüttung für die Jahre 1998–2002 wurde diesem Umstand damit Rechnung getragen, dass die Rückstellungen im Gleichschritt mit dem nominalen Brutto-sozialprodukt ausgeweitet werden sollen. Die angestrebte prozentuale Zunahme bemisst sich nach dem durchschnittlichen Zuwachs in den letzten fünf Jahren. Damit werden spätere Korrekturen und grosse Schwankungen von Jahr zu Jahr vermieden.

Der verbleibende Überschuss gemäss Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG wird nach der Festlegung der übrigen gesetzlich vorgesehenen Gewinnzuweisungen (Art. 27 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 lit. a NBG) ermittelt. Ein solcher Überschuss liegt vor, wenn die effektiven Rückstellungen die angestrebten übersteigen. Die Ausschüttungen an den Bund und die Kantone wurden in der Vereinbarung mit dem Finanzdepartement – zwecks mittelfristiger Glättung – für die fünf Geschäftsjahre 1998–2002 aufgrund einer Ertragsprognose zum Voraus auf 1,5 Mrd. Franken pro Jahr festgelegt.

Die am 5. April 2002 abgeschlossene neue Vereinbarung beinhaltet eine Sonderausschüttung von 1 Mrd. Franken für das Geschäftsjahr 2002 (vgl. Seite 49). Aufgrund der neuen Vereinbarung wird die Nationalbank für die Geschäftsjahre 2003–2012 jeweils 2,5 Mrd. Franken an Bund und Kantone ausschütten. Die Berechnung der Höhe der angestrebten Währungsreserven berücksichtigt neu ab 2003 auch die monetären Goldreserven (Basis 1290 Tonnen Gold). Dies bedeutet, dass die Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold per 1. Januar 2003 zum angestrebten Bestand der Rückstellungen addiert wird. Zudem wird der effektive Bestand der Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold per 1. Januar 2003 mit dem effektiven Bestand der Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken in einer einzigen Bilanzposition zusammengefasst. Als Berechnungsbasis für den angestrebten Bestand der Rückstellungen wird aufgrund der rascheren Verfügbarkeit der Zahlen neu das Wachstum des nominalen Bruttoinlandproduktes anstelle des Brutto-sozialproduktes verwendet.

Angestrebter Bestand der Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken sowie für Betriebsrisiken und Berechnung des verbleibenden Überschusses sowie der Ausschüttung

	Wachstum des nominalen Bruttoinlandsproduktes ¹	Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken sowie für Betriebsrisiken am Jahresende		Verbleibender Überschuss vor Ausschüttung	Ausschüttung	Verbleibender Überschuss für künftige Ausschüttungen
	Prozent (Durchschnittsperiode) ²	Mio. Franken		Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
		Angestrebter Bestand	Effektiver Bestand vor Ausschüttung ³	Ende Jahr	Im folgenden Jahr	
(1)	(2)	(3)	(4) = (3) - (2)	(5)	(6) = (4) - (5)	
1999	1,9 (1993–1997)	26 132,7	39 649,3	13 516,6	1 500,0	12 016,6
2000	2,0 (1994–1998)	26 655,4	40 860,5	14 205,1	1 500,0	12 705,1
2001	2,6 (1995–1999)	27 337,8	42 218,8	14 881,0	1 500,0	13 381,0
2002	3,3 (1996–2000)	28 239,9	41 480,3 ⁴	13 240,4	2 500,0	10 740,4
2003	2,3 (1997–2001)	36 886,7 ⁵				

1 Bis 2002: nominales Bruttosozialprodukt

2 Die Daten werden laufend revidiert. Die in der Tabelle ausgewiesenen Wachstumsraten weichen deshalb geringfügig von den Prozentzahlen ab, die sich aufgrund der neuesten verfügbaren Daten ergeben.

3 Die Bilanzpositionen Rückstellungen für Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken sowie für Betriebsrisiken entsprechen diesem Betrag abzüglich der Ausschüttung von 1,5 bzw. 2,5 Mrd. Franken an Bund und Kantone.

4 Vor Integration des Bestandes der Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold von 7 817,5 Mio. Franken

5 Nach Addition der Rückstellung für Markt- und Liquiditätsrisiken auf Gold per 1. Januar 2003 (7 817,5 Mio. Franken)

3.4 Erläuterungen zu den Ausserbilanzgeschäften

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Offene Zusagen			
Two-way-arrangement (IWF) ¹	652,9	369,5	+283,4
Allg. Kreditvereinbarungen (AKV) und neue Kreditvereinbarungen (NKV) ²	2 940,3	3 287,2	-346,9 ³
Interim-PRGF ⁴	460,6	527,8	-67,2

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mio. Franken	Mio. Franken	Mio. Franken
Übrige Ausserbilanzpositionen			
Nachschusspflicht Namenaktien BIZ ⁵	133,1	130,5	+2,6
Akkreditive ⁶	3,6	5,6	-2,0
Übrige Zahlungsverpflichtungen ⁷	27,1	29,1	-2,0
Treuhandanlagen des Bundes	414,4	509,1	-94,7

	2002	2001	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Marktwert in Mio. Franken	Marktwert in Mio. Franken	Mio. Franken
Zur Sicherung eigener Verpflichtungen verpfändete oder abgetretene Aktiven			
Devisenanlagen			
USD	137,4	1 100,9	-963,5
EUR	37,3	481,2	-443,9
JPY	-	1,3	-1,3
GBP	62,6	28,1	+34,5
Wertschriften in Schweizer Franken	4,2	9,0	-4,8
Total⁸	241,5	1 620,5	-1 379,0

1 Zusage der Nationalbank, bis zu der vereinbarten Höchstlimite von 400 Mio. XDR Sonderziehungsrechte gegen Devisen zu kaufen oder die erworbenen Sonderziehungsrechte wieder gegen Devisen abzugeben (vgl. Ziffer 18 der Bilanz)

2 Kreditlimite in Höhe von zusammen 1557 Mio. XDR (davon maximal 1020 Mio. XDR

im Rahmen der AKV) zugunsten des IWF für besondere Fälle, ohne Bundesgarantie

3 Ausschliesslich wechselkursbedingte Veränderung

4 Zeitlich befristete Kreditzusage von 250,0 Mio. XDR an den Treuhandfonds des IWF (vgl. Seite 66)

5 Die BIZ-Aktien sind nur zu 25% liberiert; die Nachschusspflicht rechnet sich in Goldfranken, d. h. ist stark vom Goldkurs abhängig. Die Zunahme ist ausschliesslich auf den Anstieg des Goldpreises zurückzuführen.

6 Hauptsächlich aus Entwicklungshilfeleistungen des Bundes (gedeckt durch ausgedehnte Guthaben)

7 Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Wartungsverträgen

8 Im Rahmen von Repo- und Futures-Geschäften hinterlegte Sicherheiten

Kontraktwert	Bruttowiederbeschaffungswert	
Mio. Franken	Mio. Franken	
	positiv	negativ

Offene derivative Finanzinstrumente

	Kontraktwert	Bruttowiederbeschaffungswert positiv	Bruttowiederbeschaffungswert negativ
Zinsinstrumente	24 160,5	79,0	70,7
Terminkontrakte ¹	10 531,0	6,8	1,8
Zinssatzswaps	3 599,2	72,2	68,9
Futures	10 030,3	–	–
Devisen	13 850,0	512,9	100,5
Terminkontrakte ¹	13 850,0	512,9	100,5
Edelmetalle	1 381,3	0,9	7,2
Terminkontrakte ²	357,6	0,9	–
Optionen (OTC) ³	1 023,7	–	7,2
Total Ende 2002	39 391,9	592,8	178,4
Total Ende 2001	22 609,5	86,1	308,1

1 Einschliesslich Kassageschäften mit Valuta im neuen Jahr

2 Aus Kassaverkäufen und Goldleihgeschäften mit Valuta im neuen Jahr

3 Aus im Rahmen von Goldverkaufsprogrammen mit Cap (vertraglich vereinbarte Spotverkäufe mit Preisobergrenze) geschriebenen Optionen

4 Anträge des Bankrates an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat genehmigte in seiner Sitzung vom 7. März 2003 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten 95. Geschäftsbericht über das Jahr 2002 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre.

Der Bundesrat erteilte seine in Artikel 63 Absatz 2 lit. i des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 14. März 2003. Die Revisionskommission erstellte ihren in Artikel 51 Absatz 2 des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 4. Februar 2003.

Der Bankrat beantragt der Generalversammlung¹:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Jahresrechnung wird genehmigt.
2. Den mit der Verwaltung beauftragten Gesellschaftsorganen wird Entlastung erteilt.

3. Der Jahresgewinn von Fr. 2 508 661 866.40 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds

(Art. 27 Abs. 1 NBG) Fr. 1 000 000.--

Ausrichtung einer Dividende von 6 %

(Art. 27 Abs. 2 NBG) Fr. 1 500 000.--

Ablieferung an die Eidgenössische
Finanzverwaltung:

– zugunsten der Kantone, 80 Rp. je Kopf der
Bevölkerung (Art. 27 Abs. 3 lit. a NBG) Fr. 5 830 408.--

– Nachzahlung für das Geschäftsjahr 2001²
(Fr. 5 830 408.– ./ Fr. 5 498 949.60) Fr. 331 458.40

– zugunsten von Bund und Kantonen
(Art. 27 Abs. 3 lit. b NBG)

– ordentliche Gewinnausschüttung gemäss
Vereinbarung vom 24. April 1998 Fr. 1 500 000 000.--

– einmalige Sonderausschüttung gemäss
Vereinbarung vom 5. April 2002 Fr. 1 000 000 000.--

Fr. 2 508 661 866.40

1 Die Anträge betreffend die Wahlen in den Bankrat bzw. die Wiederwahl der Revisionskommission sind auf den Seiten 77 bzw. 78 zu finden.

2 Aufgrund der definitiven Bevölkerungszahl aus der Volkszählung 2000

5 Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Revisionskommission haben wir die Buchführung und die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der Schweizerischen Nationalbank für das am 31. Dezember 2002 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Befähigung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des schweizerischen Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben sowie gestützt auf die Berichterstattung von PricewaterhouseCoopers AG. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsgrundsätze, die wesentlichen Bewertungsentscheide sowie die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER, wobei wir auf die im Anhang zur Jahresrechnung erläuterten Besonderheiten in der Rechnungslegung der Schweizerischen Nationalbank, der mit dem Notenmonopol ausgestatteten Zentralbank der Schweiz, verweisen.

Ferner entsprechen die Buchführung und die Jahresrechnung sowie der Antrag über die Verwendung des Jahresgewinnes den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes und des Obligationenrechts.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Bern, 4. Februar 2003

Die Revisionskommission:

Hans Michel

Präsident

Maryann Rohner

Vizepräsidentin
dipl. Wirtschaftsprüferin

Kaspar Hofmann

Leitender Revisor
dipl. Wirtschaftsprüfer

1 Chronik

Am 5. April 2002 schliessen das Eidgenössische Finanzdepartement und die Nationalbank eine neue Vereinbarung über die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank ab (vgl. Seite 49).

April

Am 2. Mai senkt die Nationalbank das Zielband für den Dreimonats-Libor um einen halben Prozentpunkt auf 0,75%–1,75% (vgl. Seite 42f).

Mai

Am 26. Juni verabschiedet der Bundesrat die Botschaft für eine Totalrevision des Nationalbankgesetzes zuhanden der Eidgenössischen Räte (vgl. Seite 48).

Juni

Am 26. Juli senkt die Nationalbank das Zielband für den Dreimonats-Libor um einen halben Prozentpunkt auf 0,25%–1,25% (vgl. Seite 42f).

Juli

Am 22. September lehnen Volk und Stände die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Goldinitiative)» sowie den Gegenvorschlag der Bundesversammlung «Gold für AHV, Kantone und Stiftung» ab (vgl. Seite 47).

September

Mit Botschaft vom 20. November 2002 unterbreitet der Bundesrat den Eidgenössischen Räten den Bundesbeschluss über die Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV) des IWF um fünf Jahre (vgl. Seite 67).

November

Am 20. November stimmt der Bundesrat der Verlängerung der Teilnahme der Schweiz an den Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) des IWF um weitere fünf Jahre zu (vgl. Seite 67).

Am 18. Dezember löst der Bundesrat den Fonds zugunsten bedürftiger Opfer von Holocaust/Shoa auf (vgl. Seite 65).

Dezember

2 Medienmitteilungen der Nationalbank zur Geldpolitik

21. März

Unveränderte Geldpolitik – Zielband für den Dreimonats-Libor bleibt bei 1,25%–2,25%

Die Nationalbank hat beschlossen, ihre gegenwärtige Geldpolitik weiterzuführen. Sie belässt das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert bei 1,25%–2,25%. Der Dreimonats-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten werden. Die Nationalbank hat ihre Geldpolitik im Verlauf des letzten Jahres deutlich gelockert und das Zielband für den Dreimonats-Libor um insgesamt 1,75 Prozentpunkte gesenkt. Die letzte Senkung um 0,5 Prozentpunkte erfolgte am 7. Dezember 2001. Die Nationalbank trug mit der deutlichen Lockerung ihrer Geldpolitik dem verminderten Preisdruck und der Gefahr einer übermässigen Frankenaufwertung Rechnung. Mittlerweile haben sich das Risiko einer weiteren Abschwächung der Konjunktur und die damit verbundene Gefahr einer deflationären Preisentwicklung in der Schweiz verringert. Die weltwirtschaftliche Lage zeigt erste Zeichen einer Besserung. Die Nationalbank sieht daher zurzeit keinen Anlass, ihre Geldpolitik zu ändern.

Die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz verlor in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 deutlich an Dynamik. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandproduktes fiel gegenüber dem Vorquartal auf annualisierter Basis von 1,6% im ersten auf –0,3% im dritten Quartal 2001. Im vierten Quartal 2001 kam der Abschwung zum Stillstand. Der Konsum nahm weiter zu, wenn auch etwas weniger stark als zuvor. Er stellt weiterhin eine Stütze der Konjunktur dar. Der starke Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen hielt an, während die Bauinvestitionen im vierten Quartal 2001 leicht zulegen konnten. Nach zwei Quartalen mit deutlichen Rückgängen sind die Exporte im vierten Quartal gegenüber dem dritten Quartal 2001 wieder leicht gewachsen.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) gemessene Teuerung hat von 1,5% im zweiten Quartal 2001 auf 0,4% im vierten Quartal 2001 abgenommen. Im Januar 2002 betrug die Teuerung 0,5% und im Februar 0,7%. Die geringe Teuerung ist in erster Linie auf einen Preisrückgang bei den ausländischen Gütern, insbesondere bei den Erdölprodukten zurückzuführen. Zudem haben Saison- und Sondereffekte – wie die Ausverkaufspreise bei der Bekleidung – die Teuerung dämpfend beeinflusst. Der eigentliche Teuerungsdruck wird zurzeit vom LIK leicht unterschätzt. Die Teuerung der inländischen Güter ist mit 1,8% im Februar deutlich höher als die LIK-Teuerung ausgefallen.

Die Nationalbank geht bei ihrer Beurteilung der weltwirtschaftlichen Lage davon aus, dass die Konjunktur in den USA spätestens ab der Mitte des Jahres 2002 deutlich anziehen und danach allmählich zum Potenzialwachstum zurückkehren wird. Die europäische Wirtschaft dürfte sich vorläufig noch etwas verhaltener als die amerikanische entwickeln. Sie sollte aber in der zweiten Hälfte des Jahres wieder vermehrt an Dynamik gewinnen. Der Erdölpreis dürfte mit der konjunkturellen Erholung allmählich wieder leicht steigen. Der Euro sollte gegenüber dem Dollar ungefähr auf dem heutigen Niveau verweilen. Unter diesen Annahmen haben sich die Inflationsaussichten gegenüber der Prognose vom Dezember 2001 nur wenig verändert. Die Nationalbank nimmt an, dass die

Teuerung über die nächsten Quartale leicht tiefer sein könnte als im letzten Dezember prognostiziert. Insbesondere könnte sie im Laufe des zweiten Quartals 2002 gegen Null tendieren. Dies dürfte aber ausschliesslich auf einen Basiseffekt zurückzuführen sein und würde keine deflationäre Entwicklung darstellen. Ab Mitte 2003 wird sich die Teuerung wieder gemäss der im Dezember veröffentlichten Prognose entwickeln. Die wirtschaftliche Aktivität sollte im zweiten Halbjahr, gestützt von einer Erholung der Exporte, wieder anziehen. Für das ganze Jahr 2002 dürfte das Realwachstum rund 1% betragen. Die Arbeitslosigkeit wird sich noch leicht erhöhen und dann im Einklang mit der wirtschaftlichen Erholung wieder abnehmen.

Die Nationalbank betrachtet das jetzige Niveau des Dreimonats-Libors und die herrschenden monetären Bedingungen als angemessen, um eine nachhaltige und inflationsfreie Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen. Eine weitere Senkung des Dreimonats-Libors würde in Anbetracht der sich bessernden Weltkonjunktur die Risiken für die zukünftige Preisstabilität verstärken. Eine Erhöhung des Dreimonats-Libors wäre angesichts der günstigen Inflationsaussichten und der Unsicherheit über den zeitlichen Verlauf des europäischen Wirtschaftsaufschwunges im jetzigen Zeitpunkt nicht angebracht. Die weltwirtschaftliche Situation kann sich aber rasch ändern. Bei einer unerwarteten Entwicklung der weltwirtschaftlichen Aktivität, insbesondere in Europa, oder bei Wechselkursunruhen würde die Nationalbank ihre Geldpolitik rasch anpassen.

Senkung des Zinszielbandes um 0,5 Prozentpunkte – Anhaltende Besorgnis über Wechselkursentwicklung des Frankens

Die Schweizerische Nationalbank senkt ihr Zielband für den Dreimonats-Libor mit sofortiger Wirkung um 0,5 Prozentpunkte auf 0,75%–1,75%. Sie beabsichtigt, den Dreimonats-Libor im mittleren Bereich des angepassten Zielbandes zu halten. Die Nationalbank reagiert mit diesem Schritt auf die rasche Aufwertung des Frankens gegenüber den wichtigsten Währungen, die zu einer unerwünschten Verschärfung der monetären Rahmenbedingungen in der Schweiz geführt hat. Dadurch wird die konjunkturelle Erholung gefährdet, die sich langsamer als erwartet verwirklicht. Dagegen bleiben die Aussichten für die Preisstabilität weiterhin günstig. Der Anstieg des Landesindex für Konsumentenpreise im April war vor allem auf Sonderfaktoren zurückzuführen.

Für die Erhöhung des Frankenkurses sind besondere wirtschaftliche und politische Unsicherheiten verantwortlich. Es ist derzeit kaum abzuschätzen, ob diese längere Zeit anhalten werden. Die Nationalbank verfolgt die weitere Entwicklung aufmerksam und wird ihren geldpolitischen Handlungsspielraum falls nötig ausnützen.

Unverändertes Libor-Zielband von 0,75%–1,75%

Die Schweizerische Nationalbank hat beschlossen, das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert bei 0,75%–1,75% zu belassen. Der Dreimonats-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten werden. Die Nationalbank hat ihre Geldpolitik seit der letzten Lagebeurteilung vom 21. März 2002 erneut angepasst. Am 2. Mai 2002 senkte sie das Zielband für den Dreimonats-Libor um 0,5 Prozentpunkte auf das heute gültige Niveau. Bereits zuvor, am 27. März 2002, hatte sie die Repo-Sätze um rund zehn Basispunkte gesenkt, was eine entsprechende Veränderung des Dreimonats-Libors bewirkte. In beiden Fällen reagierte die Nationalbank auf die Aufwertung des Frankens, die zu einer unerwünschten Verschärfung der monetären Bedingungen geführt hatte.

Die Nationalbank hat ihre Geldpolitik seit März 2001 stark gelockert und das Zielband für den Dreimonats-Libor seither um insgesamt 2,25 Prozentpunkte gesenkt. Nach dem konjunkturellen Einbruch in der zweiten Hälfte des letzten Jahres gibt es nun Anzeichen für eine Besserung der weltwirtschaftlichen Entwicklung, von der auch die schweizerische Wirtschaft profitieren wird. Die Unsicherheiten über den Aufschwung in der Schweiz bestehen allerdings weiter, weshalb die Nationalbank ihre lockere Geldpolitik vorerst fortsetzt. Die Preisstabilität wird damit nicht gefährdet. Die durchschnittliche Jahreststeuerung dürfte in den nächsten drei Jahren bei einem konstanten Dreimonats-Libor von 1,25% zwischen 0,9% und 1,6% liegen. Die Nationalbank geht für das Jahr 2002 weiterhin von einem Wirtschaftswachstum in der Grössenordnung von 1% aus.

Schweizerische Nationalbank senkt Zinszielband um 0,5 Prozentpunkte auf 0,25%–1,25% – Langsamere Konjunkturerholung als erwartet – Unzufriedenheit mit dem Wechselkurs

Die Nationalbank senkt das Zielband für den Dreimonats-Libor mit sofortiger Wirkung um 0,5 Prozentpunkte auf 0,25%–1,25%. Sie beabsichtigt, den Dreimonats-Libor bis auf weiteres im mittleren Bereich des neuen Zielbandes zu halten. Die Nationalbank reagiert mit der weiteren Lockerung der Geldpolitik auf die zunehmenden Anzeichen aus dem In- und Ausland, dass sich die Konjunkturerholung verzögert und das Wirtschaftswachstum im Jahre 2002 niedriger ausfallen wird als bis anhin erwartet. Sie rechnet für das Jahr 2002 neu mit einem durchschnittlichen Anstieg des realen Bruttoinlandproduktes von deutlich weniger als 1%. Zudem führte die weitere reale Höherbewertung des Frankens zu einer Verschärfung der monetären Rahmenbedingungen, die unter den gegenwärtigen Umständen klar unerwünscht ist. Die erneute Lockerung der Geldpolitik stellt für die kurz- und mittelfristige Preisstabilität keine Gefahr dar.

Die Erstarkung des Frankens widerspiegelt die anhaltenden wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten, die auch an den internationalen Aktienmärkten zu einem Vertrauensverlust führten. Die Turbulenzen an den Börsen könnten zu einem Risikofaktor werden, falls sie wider Erwarten anhalten sollten. Die Nationalbank verfolgt die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin mit grosser Aufmerksamkeit.

Unveränderte Geldpolitik – Zielband für den Dreimonats-Libor bleibt bei 0,25%–1,25%

Die Nationalbank hat beschlossen, das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert bei 0,25%–1,25% zu belassen. Der Dreimonats-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten werden. Die Nationalbank hat ihre Geldpolitik letztmals am 26. Juli 2002 angepasst, als sie das Zielband um 50 Basispunkte senkte. Sie reagierte damit auf die sich bereits damals abzeichnende schleppende Erholung der schweizerischen Konjunktur sowie auf die erneute Aufwertungstendenz des Frankens. Sie nützte den Spielraum aus, der ihr dank der günstigen Preisentwicklung zur Verfügung stand. Die Nationalbank hat ihre Geldpolitik seit März 2001 deutlich gelockert und das Zielband für den Dreimonats-Libor seit jenem Zeitpunkt um insgesamt 2,75 Prozentpunkte gesenkt. Die erwartete Erholung der Weltwirtschaft verzögert sich. Mit einem spürbaren Aufschwung ist erst im Frühjahr 2003 zu rechnen. Dies wird sich auch auf die konjunkturelle Entwicklung in der Schweiz auswirken. Die Nationalbank führt daher ihre lockere Geldpolitik weiter. Die Preisstabilität ist nicht gefährdet.

Die schweizerische Konjunktur hat sich im ersten Halbjahr 2002 unter den Erwartungen der Nationalbank entwickelt. Die Konjunktur leidet weiterhin unter der schwierigen Situation der Weltwirtschaft und dem hohen Frankenkurs. Das reale Bruttoinlandprodukt lag im zweiten Quartal 2002 leicht unter dem Stand des Vorjahres, doch bildete es sich gegenüber dem Vorquartal nicht mehr zurück. Die Arbeitslosigkeit nahm erneut leicht zu.

Der private und staatliche Konsum stellen weiterhin die wichtigste Stütze der Konjunktur dar. Der Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen hat sich in den letzten Quartalen noch einmal verstärkt, während die Bauinvestitionen stagnieren. Dagegen legten im zweiten Quartal 2002 sowohl die Exporte als auch die Importe gegenüber dem Vorquartal zu. Allerdings deutet der Verlauf des Bestellungseingangs noch auf keine nachhaltige Erholung bei den Exporten hin.

Die am Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) gemessene Jahres-teuerung stieg von 0,4% im Januar auf 1,1% im April. Danach bildete sie sich zurück und erreichte im Juli 2002 den Tiefpunkt von –0,1%. Im August erhöhte sie sich auf 0,5%. Die negative Teuerung im Juli ist vor allem auf eine Änderung bei der Erfassung der Ausverkaufspreise für Bekleidung zurückzuführen. Unabhängig von diesem Sondereffekt bleibt der Teuerungsdruck gering, was weiterhin insbesondere dem Preisrückgang bei den ausländischen Gütern zuzuschreiben ist. Die Teuerung der inländischen Güter lag in diesem Jahr immer über 1%. Auch die von der Nationalbank als getrimmtes Mittel berechnete Kernteuerung beläuft sich auf rund 1%. Die geringe Teuerung ist somit nicht Ausdruck einer deflationären Entwicklung in der Schweiz.

Die Nationalbank beurteilt die Aussichten für die Weltwirtschaft vorsichtiger als noch vor drei Monaten. Das Wachstum in den USA dürfte erst im Frühjahr 2003 wieder anziehen und danach allmählich zu seinem Potenzial zurückfinden. Dies gilt auch für die europäische Wirtschaft.

Die schweizerische Wirtschaft wird nach Einschätzung der Nationalbank bis Mitte 2003 nur moderat wachsen. Danach sollte eine Erholung eintreten. Der private und staatliche Konsum dürften die Konjunktur weiterhin stützen. Notwendig für die wirtschaftliche Erholung ist aber eine Zunahme der Exporte, die stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft und hauptsächlich von der Nach-

frage nach Investitionsgütern abhängt. Mit der Erhöhung der Exporte dürften auch die Ausrüstungsinvestitionen in der Schweiz wieder steigen. Aufgrund der vor kurzem revidierten Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung geht die Nationalbank nun davon aus, dass das reale Bruttoinlandprodukt 2002 im Durchschnitt annähernd stagnieren wird. Das Wachstum sollte 2003 wieder anziehen. Die Arbeitslosigkeit wird im laufenden Jahr noch zunehmen. Die Teuerung dürfte über die nächsten Quartale als Folge des verzögerten Konjunkturaufschwunges tief bleiben. Erst im Jahre 2004 wird sie voraussichtlich wieder ansteigen.

Als Folge der Frankenstärke und der schwachen Konjunktur hat die Nationalbank die Zinsen stark gesenkt und die monetären Rahmenbedingungen damit deutlich gelockert. Die Nationalbank wird auf absehbare Zeit ihre expansive Geldpolitik fortführen, um die wirtschaftliche Erholung weiter zu unterstützen und die Attraktivität von Frankenanlagen gering zu halten. Die tiefen Zinsen und das relativ hohe Wachstum der Geldaggregate stellen unter den heutigen Umständen keine Gefahr für die Preisstabilität dar. Die Nationalbank betrachtet das jetzige Niveau für den Dreimonats-Libor als angemessen.

Die Unsicherheiten bleiben im gegenwärtigen Umfeld indessen gross. Ein erneutes Abgleiten der Weltwirtschaft in eine Rezession oder eine erneute Aufwertung des Frankens, insbesondere gegenüber dem Euro, könnte die Erholung der schweizerischen Wirtschaft wieder in Frage stellen. Die Nationalbank wird bei Veränderungen des Umfeldes rasch reagieren.

Fortsetzung der expansiven Geldpolitik – Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert bei 0,25%–1,25%.

13. Dezember

Die Schweizerische Nationalbank hat beschlossen, das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert bei 0,25%–1,25% zu belassen. Der Dreimonats-Libor soll bis auf weiteres im mittleren Bereich des Zielbandes gehalten werden. Dank tiefer Teuerung hat die Nationalbank ihre Geldpolitik seit März 2001 stark lockern können und das Zielband für den Dreimonats-Libor seither um insgesamt 2,75 Prozentpunkte gesenkt. Die Nationalbank reagierte deutlich auf den Rückgang des Wirtschaftswachstums und die Aufwertungstendenzen des Frankens. Die jüngste Zinssenkung erfolgte am 26. Juli dieses Jahres.

Die Unsicherheiten über die Entwicklung der Weltwirtschaft bleiben gross und ein nachhaltiger Konjunkturaufschwung in der Schweiz dürfte erst im Verlaufe der zweiten Hälfte von 2003 eintreten. Die Nationalbank führt deshalb ihre expansive Geldpolitik fort und will die Attraktivität von Frankenanlagen weiter tief halten. Die Preisstabilität wird dadurch nicht gefährdet. Die durchschnittliche Jahresteuern dürfte in den nächsten drei Jahren bei einem konstanten Dreimonats-Libor von 0,75% zwischen 0,7% und 1,6% liegen. Für 2003 geht die Nationalbank von einem Wirtschaftswachstum von gut 1% aus, während für dieses Jahr mit einem Null-Wachstum zu rechnen ist.

1 Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane

(Stand per 1. Januar 2003)

Dr. Hansueli Raggenbass, Kesswil, Nationalrat, Rechtsanwalt, Präsident
Dr. Philippe Pidoux, Lausanne, Rechtsanwalt, Vizepräsident
Dr. Kurt Amsler, Neuhausen am Rheinfall, Präsident des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken (VSKB)
Käthi Bangerter, Aarberg, Nationalrätin, Verwaltungsratspräsidentin und Delegierte der Bangerter-Microtechnik AG
* Fritz Blaser, Reinach, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes
Pierre Darier, Coligny, Teilhaber der Lombard Odier Darier Hentsch & Cie, Banquiers Privés
* Hugo Fasel, St. Ursen, Nationalrat, Präsident der Travail.Suisse
Laurent Favarger, Develier, Direktor der Four électrique Delémont SA
Ueli Forster, St. Gallen, Präsident der economiesuisse, Verwaltungsratspräsident der Forster Rohner AG
* Dr. Hansjörg Frei, Mönchaltorf, Präsident des Schweizerischen Versicherungsverbandes SVV, Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung der Credit Suisse Financial Services
* Brigitta M. Gadiant, Chur, Nationalrätin, Mitinhaberin eines Beratungsbüros für Rechts-, Organisations- und Strategiefragen
Dr. Serge Gaillard, Bolligen, geschäftsführender Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Peter Galliker, Altishofen, Unternehmer, Präsident der Luzerner Kantonalbank
Marion Gétaz, Cully, Mitglied des Rates des Centre romand de promotion du management
* Dr. Jean Guinand, Neuenburg, Rechtsanwalt
Rudolf Hauser, Zürich, Präsident des Verwaltungsrates der Bucher Industries AG
* Trix Heberlein, Zumikon, Nationalrätin, Rechtsanwältin
* Rudolf Imhof, Laufen, Nationalrat
* Dr. Hansheiri Inderkum, Altdorf, Ständerat, Rechtsanwalt
Thomas Isler, Rüschlikon, Präsident des Textilverbandes Schweiz, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Gessner AG
* Dr. Armin Jans, Zug, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hochschule Winterthur
Andreas W. Keller, Erlenbach, Präsident des Verwaltungsrates der Diethelm Keller Holding AG
Marianne Kleiner-Schläpfer, Herisau, Regierungsrätin, Finanzdirektorin des Kantons Appenzell Ausserrhoden
Dr. Ralph Lewin, Basel, Regierungsrat, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes des Kantons Basel-Stadt
* Hansueli Loosli, Würenlos, Vorsitzender der Geschäftsleitung Coop
* Dr. Ruth Lüthi, Freiburg, Staatsrätin, Vorsteherin der Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion des Kantons Freiburg
* Jean-Philippe Maitre, Vézenaz, Nationalrat, Rechtsanwalt
* Franz Marty, Goldau, Verwaltungsratspräsident des Schweizer Verbandes der Raiffeisenbanken
Luigi Pedrazzini, Locarno Solduno, Staatsrat, Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes des Kantons Tessin
Vasco Pedrina, Zürich, Zentralpräsident der Gewerkschaft Bau + Industrie, Vizepräsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Dr. Fulvio Pelli, Sorengo, Nationalrat, Rechtsanwalt und Notar
Heinz Pletscher, Löhningen, alt Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbandes

Bankrat

(Amtsperiode 1999–2003)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet.

Rolf Ritschard, Luterbach, Regierungsrat, Vorsteher des Departementes des Innern des Kantons Solothurn
Christian Seiler, Sitten, Rechtsanwalt, Delegierter des Verwaltungsrates der Seiler Hotels Zermatt AG
* Prof. Dr. Alexandre Swoboda, Genf, Professor am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales
Alberto Togni, Küsnacht, Vizepräsident des Verwaltungsrates der UBS AG
Hansjörg Walter-Heim, Wängi, Nationalrat, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes
Prof. Dr. Ulrich Zimmerli, Muri BE, Professor für eidgenössisches und kantonales Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Bern
* Elisabeth Zölch-Balmer, Bern, Regierungspräsidentin, Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Bern

Bankausschuss

(Amtsperiode 1999–2003)

Wesentliche

Interessenbindungen

Hansueli Raggenbass
– Verwaltungsratspräsident der SWICA Gesundheitsorganisation und verbundene Unternehmen
– Verwaltungsratsmitglied der OC Oerlikon Contraves, Zürich
Philippe Pidoux
– Verwaltungsratspräsident der Publigroupe SA, Lausanne
– Vizepräsident des Verwaltungsrates der Zurich Financial Services AG, Zürich
Ueli Forster
– Präsident des Verwaltungsrates der Forster Rohner AG, St. Gallen
– Vizepräsident des Verwaltungsrates der Helvetia Patria Holding, St. Gallen
Serge Gaillard
– (keine)
Trix Heberlein
– Stiftungsratspräsidentin der SwissTransplant
– Mitglied des Zentralratsausschusses der SRG
Hansheiri Inderkum
– (keine)
Armin Jans
– (keine)
Jean-Philippe Maitre
– Verwaltungsratspräsident der Affichage Holding SA, Genf, und der Société générale d'affichage SA, Genf
– Mitglied des Verwaltungsrates der Agence immobilière Edouard Brun & Cie SA, Genf
– Mitglied des Verwaltungsrates der Allianz Suisse Versicherungs-Gesellschaft, Zürich
– Mitglied des Vorstandes von Schweiz Tourismus
Franz Marty
– Verwaltungsratspräsident des Schweizer Verbandes der Raiffeisenbanken
Ulrich Zimmerli
– Präsident des Verwaltungsrates Der Bund Verlag AG, Bern
– Vizepräsident des Verwaltungsrates der Allianz Suisse Versicherungs-Gesellschaft, Zürich
– Vizepräsident des Verwaltungsrates der WIFAG Maschinenfabrik AG, Bern

Basel	Lokalkomitees (Amtsperiode 1999–2003)
Klaus Endress, Reinach, CEO der Endress + Hauser (International) Holding AG, Vorsitzender	
Raymond Cron, Binningen, Mitglied der Gruppenleitung der Batigroup Holding AG, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Bruno Sidler, Binningen, President of the Executive Board, CEO der Panalpina Management AG	
Bern	
Jean-François Rime, Bulle, Verwaltungsratspräsident der Despond SA, Vorsitzender	
Reto Hartmann, Hünibach, Vorsitzender der Konzernleitung der Valora Holding AG, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Edgar Geiser, Brugg/BE, Stellvertretender Generaldirektor Finanzen, Controlling, IT, Mitglied der Konzernleitung der Swatch Group AG	
Genf	
Charles Seydoux, Choulex, Direktor der Seydoux-DMB SA, Präsident der Genfer Sektion des Schweizerischen Baumeisterverbandes, Vorsitzender	
Raymond Léchaire, Bussigny, Direktor, Leiter der Verkaufsregion Coop suisse romande, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Claude-Daniel Proellocks, Neuchâtel, Generaldirektor und Delegierter des Verwaltungsrates der Vacheron Constantin SA	
Lausanne	
Rolf Mehr, St-Prex, Präsident der Generaldirektion und Delegierter des Verwaltungsrates der Groupe Vaudoise Versicherungen, Vorsitzender	
Gérard Beytrison, Conthey, Generaldirektor der Orgamol SA, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Bernard Rüeger, Féchy, Generaldirektor der Rüeger SA, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer des Kantons Waadt	
Lugano	
Franz Bernasconi, Genestrerio, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Precicast SA, Vorsitzender	
Olimpio Pini, Sorengo, Direktor der Pini & Associati SA, Stellvertreter des Vorsitzenden	
Giancarlo Bordoni, Viganello, Generaldirektor und Verwaltungsratspräsident der Oleificio Sabo SA	
Luzern	
Hans-Rudolf Schurter, Luzern, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Schurter Holding AG, Vorsitzender	
Ruth Pedrazzetti-Weibel, Luzern, Hotelière, Hotel Continental-Park, Stellvertreterin des Vorsitzenden	
Dr. Werner Steinegger, Schwyz, Delegierter des Verwaltungsrates der Celfa AG	

St. Gallen

Willy Egeli, Wittenbach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Egeli AG,
Präsident des Schweizerischen Verbandes Creditreform, Vorsitzender

Charles Peter, Uzwil, CEO, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Benninger AG,
Stellvertreter des Vorsitzenden

Urs Kienberger, Sils-Maria, Direktor und Präsident des Verwaltungsrates des Hotel Waldhaus Sils

Zürich

Silvia Huber-Meier, Lengnau/AG, Delegierte des Verwaltungsrates der Domaco
Dr. med. Aufdermaur AG, Vorsitzende

Kurt E. Feller, Wollerau, Präsident des Verwaltungsrates der Rieter Holding AG, Stellvertreter
der Vorsitzenden

Dr. Reto Müller, Dietikon, Verwaltungsratspräsident und CEO der Helbling Holding AG

Revisionskommission

(Amtsperiode 2002/2003)

Mitglieder

Hans Michel, Egnach, Präsident

Maryann Rohner, Zürich, dipl. Wirtschaftsprüferin, Treureva AG, Vizepräsidentin

Kaspar Hofmann, Adliswil, dipl. Wirtschaftsprüfer, Hofmann Wirtschaftsprüfung AG, leitender
Revisor seit dem Geschäftsjahr 1996

Ersatzmitglieder

Josef Blöchlinger, Begnins, dipl. Wirtschaftsprüfer, Moore Stephens Refidar SA

Jean-Claude Grangier, Epalinges

Werner M. Schumacher, Binningen, Direktor und Vorsitzender der Geschäftsleitung der
Banque Jenni et Cie SA

	Dr. Jean-Pierre Roth, Präsident, Zürich	Direktorium
	Prof. Dr. Bruno Gehrig,	
	Vizepräsident, Zürich (bis 30. Juni 2003)	
	Prof. Dr. Niklaus Blattner, Mitglied, Bern	
Generalsekretariat		
Generalsekretär	Peter Schöpf, Direktor, Zürich	
Stellvertreter des Generalsekretärs	Alfred Flessenkämper, Vizedirektor, Bern	

I. Departement (Zürich)		Departemente
Departementsvorsteher	Dr. Jean-Pierre Roth, Präsident des Direktoriums	
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Peter Klauser, Direktor	
	Prof. Dr. Ulrich Kohli, Direktor	
Interne Revision	Ulrich W. Gilgen, Direktor	
	Beat Müller, Vizedirektor	
Kommunikation	Werner Abegg, stellvertretender Direktor	
Regionale Wirtschaftskontakte	Heinz Alber, Direktor	
Personal	Martin Hiller, Direktor	
	Dr. Benjamin Künzli, Vizedirektor	
	Gabriela Mittelholzer, Vizedirektorin	
Bereich Internationale Angelegenheiten		
Forschung und technische Hilfe	Dr. Werner Hermann, Direktor	
Bretton-Woods-Institutionen	Dr. Roberto Cippà, Direktor	
	Dr. Umberto Schwarz, Vizedirektor	
Bereich Volkswirtschaft		
Forschung	Dr. Michel Peytrignet, Direktor	
	Dr. Thomas J. Jordan, stellvertretender Direktor	
	Dr. Marcel Savioz, Vizedirektor	
Konjunktur	Dr. Eveline Ruoss, stellvertretende Direktorin	
	Dr. Barbara Rudolf, Vizedirektorin	
Statistik	Christoph Menzel, Direktor	
Stab	Robert Fluri, Vizedirektor	
Applikationssoftware	Jean-Marie Antoniazza, Vizedirektor	
Methoden und Analysen	Dr. Guido Boller, Vizedirektor	
Datenbanken	Rolf Gross, Vizedirektor	
Zahlungsbilanz	Thomas Schlup, Vizedirektor	
Bereich Recht und Dienste		
Rechtsdienst	Dr. Peter Klauser, Direktor	
	Dr. Hans Kuhn, stellvertretender Direktor	
Vorsorgeeinrichtungen	Dr. Peter Hadorn, stellvertretender Direktor	
Liegenschaften und Dienste	Peter Fankhauser, stellvertretender Direktor	

II. Departement (Bern)	
Departementsvorsteher	Prof. Dr. Niklaus Blattner, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Thomas Wiedmer, Direktor
Stab	Dr. Theodor Scherer, Direktor Daniel Ambühl, Vizedirektor
Regionale Wirtschaftskontakte	Dr. Anne Kleinewefers Lehner, Vizedirektorin
Sicherheit	Hans Balzli, Vizedirektor
Bereich Bankgeschäft und Dienste	Dr. Thomas Wiedmer, Direktor
Rechnungswesen	Peter Bechtiger, stellvertretender Direktor Daniel Hübscher, Vizedirektor
Wertschriften und Goldoperationen	Vincent Crettol, Vizedirektor
Zahlungsverkehr/Abwicklung/ Depotgeschäft	Dr. Hans-Christoph Kesselring, Direktor
Wertschriftenadministration	Niklaus Wyss, Vizedirektor
Kasse	Werner Beyeler, Vizedirektor
Liegenschaften und Dienste	Samuel Grossenbacher, Vizedirektor
Bereich Bargeld	Roland Tornare, Hauptkassier der Bank, Direktor
Verarbeitung	Urs Locher, Vizedirektor
Bereich Systemstabilität und Überwachung	Dr. Daniel Heller, Direktor
Systemstabilität	Dr. Bertrand Rime, stellvertretender Direktor
Finanzmarktinfrastuktur	Andy Sturm, Vizedirektor
Berater	Dr. Urs W. Birchler, Direktor

III. Departement (Zürich)	
Departementsvorsteher	Prof. Dr. Bruno Gehrig, Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. Erich Spörndli, Direktor Erwin Sigrist, Direktor
Bereich Monetäre Operationen	Dr. Erich Spörndli, Direktor
Risikomanagement	Dewet Moser, Direktor Erich Gmür, Vizedirektor
Geldmarkt und Devisenhandel	Karl Hug, Direktor Marcel Zimmermann, Vizedirektor
Devisenanlagen	Dr. Thomas Stucki, Direktor Wolfgang Meyer, Vizedirektor
Bereich Abwicklung und Informatik	Erwin Sigrist, Direktor
Abwicklung	Daniel Wettstein, Direktor
Zahlungsverkehr Inland	Walter Gautschi, Vizedirektor
Zahlungsverkehr Ausland	Markus Steiner, Vizedirektor
Kasse	Peter Eltschinger, Vizedirektor
Informatik	Dr. Rudolf Hug, Direktor
Stab	Dr. Raymond Bloch, Vizedirektor
Applikationen Bankgeschäfte	Roland Wettstein, Vizedirektor
Applikationen Statistik	Dr. Jürg Ziegler, stellvertretender Direktor
Applikationen Büroautomation und Bankbetrieb	Peter Bornhauser, Vizedirektor
Systemtechnik	Jules Troxler, Vizedirektor
Informatikbetrieb Zürich	Peter Künzli, Vizedirektor
Informatikbetrieb Bern	Bruno Beyeler, Vizedirektor

Basel	Dr. Anton Föllmi, Direktor (bis 31. Juli 2003)	Zweiganstalten
Genf ¹	Yves Lieber, Direktor	
Lausanne	François Ganière, Direktor	
Lugano ¹	Mauro Picchi, Direktor	
Luzern	Max Galliker, Direktor	
St. Gallen	Dr. Jean-Pierre Jetzer, Direktor	

¹ mit Kassenbetrieb

Die Schweizerische Nationalbank unterhält an folgenden Orten von Kantonalbanken geführte Agenturen:

Agenturen

- Altdorf
- Appenzell
- Basel
- Biel
- Chur
- Freiburg
- Glarus
- Liestal
- Luzern
- Sarnen
- Schaffhausen
- Schwyz
- Sitten
- Stans
- Thun
- Zug

2 Organigramm

Generalversammlung				Revisionskommission
Bankrat				Lokalkomitees
Bankausschuss				
Direktorium				Generalsekretariat Zürich/Bern
I. Departement Zürich				II. Departement Bern
Personal	Interne Revision	Kommunikation	Regionale Wirtschaftskontakte	Stab
Bereich Internationale Angelegenheiten	Bereich Volkswirtschaft	Bereich Recht und Dienste		Bereich Bankgeschäft und Dienste
Forschung und Technische Hilfe	Forschung	Rechtsdienst		Rechnungswesen
Bretton-Woods- Institutionen	Konjunktur	Vorsorgeeinrichtungen		Wertschriften- und Goldoperationen
	Statistik	Liegenschaften und Dienste		Zahlungsverkehr/Abwick- lung/Depotgeschäft
	Bibliothek			Benutzerunterstützung Bankgeschäft
				Kasse
				Liegenschaften und Dienste
Zweiganstalt Basel	Zweiganstalt Luzern	Zweiganstalt St. Gallen		Zweiganstalt Genf¹

¹ mit Kassenbetrieb

Sicherheit

**Regionale
Wirtschaftskontakte**

Bereich Bargeld

**Bereich Systemstabi-
lität und Überwachung**

Administration

Systemstabilität

Lagerung

Finanzmarktinfrastuktur

Verarbeitung

Technik

**Zweiganstalt
Lausanne**

Zweiganstalt Lugano¹

III. Departement Zürich

**Bereich
Monetäre Operationen**

**Bereich Abwicklung
und Informatik**

Geldmarkt und
Devisenhandel

Abwicklung

Devisenanlagen

Informatik

Risikomanagement

3 Publikationen

Die gedruckten Publikationen sind verfügbar auf Internet: <http://www.snb.ch>

Geschäftsbericht	<p>Der Geschäftsbericht erscheint jeweils im April in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache.</p> <hr/> <p>Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Generalsekretariat, Bundesplatz 1, 3003 Bern, Telefon 031 327 02 11, Fax 031 327 02 21 Bezug: gratis</p>
Die Banken in der Schweiz	<p>«Die Banken in der Schweiz» ist ein kommentiertes statistisches Quellenwerk über Struktur und Entwicklung des Bankensektors in der Schweiz. Die Angaben stützen sich im Wesentlichen auf die Jahresendstatistik der Nationalbank. Die Publikation erscheint Mitte Jahr in deutscher und französischer Sprache.</p> <hr/> <p>Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 55 25, Fax 0848 80 55 20 Preis: Fr. 20.–¹</p>
Zahlungsbilanz der Schweiz	<p>Die «Zahlungsbilanz der Schweiz» kommentiert die Entwicklung des schweizerischen Handels- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland und erscheint jeweils im September, auch als Beilage zum Monatsheft, in deutscher, französischer und englischer Sprache.</p> <hr/> <p>Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Fraumünsterstrasse 8, Postfach, 8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 81 14 Bezug: gratis</p>
Quartalsheft	<p>Das Quartalsheft umfasst die geldpolitische Lagebeurteilung, den Bericht über die Wirtschafts- und Währungslage, wissenschaftliche Arbeiten und ausgewählte Vorträge von Mitarbeitenden der Nationalbank über geld- und währungspolitische Fragen. Das Quartalsheft erscheint vier Mal jährlich in deutscher und französischer Sprache. Im Internet wird das Quartalsheft zusätzlich in englischer Sprache veröffentlicht.</p> <hr/> <p>Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa, Telefon 01 928 55 25, Fax 0848 80 55 20 Preis: pro Jahr Fr. 25.–¹ (Ausland Fr. 30.–), für Abonnenten des statistischen Monatshefts: pro Jahr Fr. 15.–¹ (Ausland Fr. 20.–)</p>

¹ einschliesslich 2,4% MWSt

Das statistische Monatsheft enthält einen kurzen Kommentar zur Politik der Nationalbank und zum Geschehen am Geld-, Kapital- und Devisenmarkt sowie grafische und tabellarische Darstellungen der wichtigsten schweizerischen und internationalen Wirtschaftsdaten (deutsch und französisch).

Statistisches Monatsheft

Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa,
Telefon 01 928 55 25, Fax 0848 80 55 20
Preis: pro Jahr Fr. 40.–¹ (Ausland Fr. 80.–; Luftpostzuschlag auf Anfrage)

Das bankenstatistische Monatsheft enthält detaillierte Angaben aus der Bankenstatistik (deutsch und französisch).

Bankenstatistisches Monatsheft

Bezugsstelle: Zürichsee Zeitschriftenverlag, Seestrasse 86, Postfach, 8712 Stäfa,
Telefon 01 928 55 25, Fax 0848 80 55 20
Bezug: gratis (zusammen mit dem statistischen Monatsheft)

Der Ausweis ist die Kurzfassung der Bilanz der Nationalbank. Er erscheint drei Mal monatlich, am 10., 20. und letzten jedes Monats, zuweilen mit knapper Erläuterung (deutsch, französisch und englisch).

Ausweis

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Generalsekretariat, Bundesplatz 1, 3003 Bern,
Telefon 031 327 02 11, Fax 031 327 02 21
Bezug: gratis

Die Broschüre «Ein Kurzporträt» beschreibt auf rund dreissig Seiten das geldpolitische Konzept, wichtige andere Aufgaben sowie Organisation und Rechtsgrundlagen der Tätigkeit der Nationalbank. Die Broschüre erscheint in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache.

Ein Kurzporträt

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Fraumünsterstrasse 8, Postfach,
8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 81 14
Bezug: gratis

Die Broschüre **Was heisst hier Geld?** stellt die Tätigkeit der Nationalbank in einfacher Form dar. Sie ist geeignet für den Schulunterricht auf Mittel- und Oberstufe.

Informationsmittel für Schulen und allgemein Interessierte

Die Broschüre **Die Nationalbank und das liebe Geld** informiert über die Nationalbank und ihre Aufgaben. Sie richtet sich an den Unterricht auf Oberstufe, die Berufsausbildung sowie an allgemein Interessierte.

Das Lexikon **Von «Aktiengesellschaft» bis «Zweigstellen»** erklärt wichtige Begriffe aus der Welt der Nationalbank und des Geldes.

Die Internet-Seite **www.snb.ch/Die Welt der Nationalbank** vermittelt die Inhalte der Broschüren in einer dem Internet angepassten Form.

Der Kurzfilm **Die Nationalbank und das Geld** illustriert die Eigenschaften des Geldes.

Der Kurzfilm **Die Nationalbank und ihre Geldpolitik** veranschaulicht die Durchführung der Geldpolitik im Alltag und erläutert Grundlagen der Geldpolitik.

Alle Informationsmittel sind in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache erhältlich.

Bezugsstelle: Schweizerische Nationalbank, Bibliothek, Fraumünsterstrasse 8, Postfach,
8022 Zürich, Telefon 01 631 32 84, Fax 01 631 81 14
Bezug: gratis

¹ einschliesslich 2,4% MWSt

4 Adressen der Sitze und Zweiganstalten

Sitze	Zürich	
	Börsenstrasse 15	Telefon +41 1 631 31 11
	Postfach 2800	Telefax +41 1 631 39 11
	8022 Zürich	Telex 812 400 snb ch
	Bern	
	Bundesplatz 1	Telefon +41 31 327 02 11
3003 Bern	Telefax +41 31 327 02 21	
	Telex 911 310 snb ch	
Zweiganstalten mit Kassenbetrieb	Genf	
	Rue François Diday 8	Telefon +41 22 311 86 11
	Postfach 5355	Telefax +41 22 818 57 62
	1211 Genf 11	
	Lugano	
	Via Canova 12	Telefon +41 91 911 10 10
Postfach 2858	Telefax +41 91 911 10 11	
6901 Lugano		
Zweiganstalten ohne Kassenbetrieb	Basel	
	Aeschenvorstadt 55	Telefon +41 61 270 80 80
	Postfach 626	Telefax +41 61 270 80 87
	4010 Basel	
	Lausanne	
	Rue de la Paix 6	Telefon +41 21 213 05 11
	Postfach 2332	Telefax +41 21 213 05 18
	1002 Lausanne	
	Luzern	
	Münzgasse 6	Telefon +41 41 227 20 40
	Postfach 7864	Telefax +41 41 227 20 49
	6000 Luzern 7	
	St. Gallen	
	Neugasse 43	Telefon +41 71 227 25 11
	Postfach 529	Telefax +41 71 227 25 19
9004 St. Gallen		
Internet	http://www.snb.ch	
E-Mail	snb@snb.ch	

Gestaltung

Weiersmüller Bosshard Grüniger WBG, Zürich

Satz

Visiolink AG, Zürich

Druck

Printlink AG, Wetzikon

ISSN 1421-5497

